



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 53

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 53

vom 4.3.2015

del 4/3/2015

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 53

vom 4.3.2015

Inhaltsverzeichnis

Volksbegehrensgesetzentwurf Nr. 1/13: "Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte, Stimmrechte" (Fortsetzung) Seite 1

Tagesordnung Nr. 1 vom 24.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba, Heiss und Köllensperger, betreffend Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte und Stimmrechte Seite 4

Tagesordnung Nr. 2 vom 24.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba, Heiss und Köllensperger, betreffend Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte und Stimmrechte Seite 6

Beschlussvorschlag: Überprüfung des Berichtes des Wahlbestätigungsausschusses und Bestätigung der Wahl der im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode nachgerückten Landtagsabgeordneten Myriam Atz Tammerle Seite 8

Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 Seite 12

Namhaftmachung, auf Vorschlag der politischen Minderheit, eines Ersatzmitgliedes des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen anstelle der vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Frau Silvia Rier Seite 16

Beschlussantrag Nr. 145/14 vom 29.5.2014, eingebracht vom abgeordneten Köllensperger, betreffend die Sanierung der Aufschnaiter-SchuleSeite 16

Beschlussantrag Nr. 229/14 vom 6.10.2014, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Tinkhauser, betreffend

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 53

del 4/3/2015

Indice

Disegno di legge di iniziativa popolare n. 1/13: "Democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi" (continuazione). pag. 1

Ordine del giorno n. 1 del 24.2.2015, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba, Heiss e Köllensperger, riguardante la democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi pag. 4

Ordine del giorno n. 2 del 24.2.2015, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba, Heiss e Köllensperger, riguardante la democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi pag. 6

Proposta di deliberazione: Esame della relazione della commissione di convalida e convalida dell'elezione della consigliera provinciale Myriam Atz Tammerle, subentrata nel corso della corrente legislatura pag. 9

Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2015pag. 12

Designazione, su proposta della minoranza politica, di una componente sostitutiva della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne in sostituzione della sig.a Silvia Rier, dimissionaria dalla relativa carica pag. 16

Mozione n. 145/14 del 29.5.2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante la ristrutturazione della scuole Aufschnaiter pag. 16

Mozione n. 229/14 del 6.10.2014, presentata dai consiglieri Stocker S., Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Tinkhauser, concernente atti di violenza nei

Gewalt an Mitbürgern – Grundkenntnisse der Selbstverteidigung an den Schulen erlernen Seite 21

Beschlussantrag Nr. 273/14 vom 22.12.2014, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend die Einrichtung eines eigenen Ressorts für Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Seite 27

Beschlussantrag Nr. 325/15 vom 16.2.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend die Verwirklichung von dringenden wichtigen Bauvorhaben für Bozen Seite 30

Beschlussantrag Nr. 300/15 vom 30.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend: Verwaltung von Personal und Diensten bei Post und Bahn muss in Südtirol erfolgen! Seite 40

Beschlussantrag Nr. 311/15 vom 2.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Mit dem Stundentakt soll es auch von Bozen abwärts aufwärts gehen! Seite 46

Beschlussantrag Nr. 320/15 vom 13.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend die Süd-Tiroler Vertretung in der OSZE Seite 49

Beschlussantrag Nr. 324/15 vom 13.2.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend Gesicherte Finanzierung und ein genauer Zeitplan für die Renovierung des Konservatoriums Seite 52

Beschlussantrag Nr. 327/15 vom 16.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Bozner Verwaltungsgericht: Öffentliche Ausschreibung der Hälfte der Richterstellen Seite 55

confronti di concittadini – imparare le tecniche di base dell'autodifesa nelle scuole pag. 21

Mozione n. 273/14 del 22/12/2014, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante l'istituzione di un assessorato per l'indipendenza e la riunificazione pag. 27

Mozione n. 325/15 del 16/2/2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la realizzazione opere prioritarie per Bolzano pag. 30

Mozione n. 300/15 del 30/1/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante: il personale e i servizi delle Poste e delle Ferrovie vanno amministrati in Alto Adige! pag. 40

Mozione n. 311/15 del 2/2/2015, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: Anche a sud di Bolzano vanno finalmente introdotti i treni con cadenza oraria! pag. 46

Mozione n. 320/15 13/2/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante la rappresentanza altoatesina all'OSCE pag. 49

Mozione n. 324/15 del 13/2/2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante i lavori di risanamento del Conservatorio, sono necessarie risorse definite e tempistica certa pag. 52

Mozione n. 327/15 del 16/2/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il Tar di Bolzano: pubblici concorsi per metà di/delle magistrati/e pag. 55

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.06 Uhr

Namensaufruf - Appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt. Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Bizzo und Foppa und die Landesrätinnen Deeg und Stocker entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: *Volksbegehrensgesetzentwurf Nr. 1/13: "Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte, Stimmrechte"* (Fortsetzung).

Punto 2 all'ordine del giorno: *Disegno di legge di iniziativa popolare n. 1/13: "Democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi"* (continuazione).

Wir fahren mit der Generaldebatte fort. Wer wünscht das Wort? Frau Abgeordnete Hochgruber Kuenzer, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Direkte Demokratie hat uns auch in der gesamten letzten Legislaturperiode beschäftigt. Ich muss zugeben, dass die Initiativgruppe für die Direkte Demokratie etwas angestoßen hat, worüber man in Südtirol wenig gesprochen hat. Die Initiativgruppe hat immer wieder Beispiele aus der Schweiz und anderen europäischen Ländern genannt, wo Bürgerbeteiligung und Bürgerbefragung selbstverständlich sind. Wir wissen, dass Referenden auf Staatsebene immer eine ganze geringe Beteiligung der Bevölkerung das hatten. Deshalb wurden sie nicht umgesetzt. Das ist natürlich gut, denn wenn sich die Bürger nicht an Referenden oder Volksbefragungen beteiligen, dann ist das auch ein Zeichen von Desinteresse, das den Staat dazu veranlassen könnte, diese demokratische Form der Bürgerbeteiligung zu streichen.

Die Südtiroler Volkspartei hat mit Erstunterzeichner Arnold Schuler dem Landtag ein entsprechendes Gesetz vorgelegt. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass dieses Gesetz ein sehr gutes Gesetz war. Es wurde unserer Partei zugeordnet und damit automatisch als schlecht empfunden. Wir haben ein Beteiligungsquorum von Null. Das heißt, wer hingehet entscheidet. Das ist eine große Besonderheit. Was das Sammeln von Unterschriften anbelangt, braucht es 7,5 Prozent der wählenden Bevölkerung, um eine Volksbefragung durchzuführen. Demokratischer geht es wohl nicht.

Ich möchte noch etwas sagen. Dieses Gesetz ist den Bürgern im Rahmen einer Volksbefragung vorgelegt worden, um zu sehen, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Ich habe mit vielen Bürgern gesprochen, die zur Volksabstimmung hingegangen und über dieses Gesetz abgestimmt haben. Auf die Frage, was sie an diesem Gesetz störe, kam die Antwort, dass es sich um kein gutes Gesetz handeln würde. Viele haben nicht einmal den Inhalt gekannt. Ich schätze die Bürgerinnen und Bürger sehr hoch, aber die Zeit war einfach noch nicht reif. Außerdem fehlte das Interesse, sich damit auseinanderzusetzen. Dieses Gesetz wurde von verschiedener Seite schlecht geredet. Das Gesetz war gut, ja sogar sehr gut, und ich werde mir anschauen, ob das neue Gesetz dann besser sein wird. Ich bin davon überzeugt, dass die zukünftigen Gesetze nicht mehr so großzügig sein werden. Wir haben auch in den letzten Monaten Volksabstimmungen in Gemeinden erlebt, wobei die Bevölkerung darüber gestaunt hat, welche Konsequenzen Volksbefragungen haben. Wie gesagt, das Gesetz sah eine null Prozent Beteiligungsquorum und 7,5 Prozent der Unterschriften der wählenden Bevölkerung vor. Das war sehr großzügig!

Der Landtag hat in dieser Legislatur die Entscheidung getroffen, eine Initiative für die Erarbeitung eines neuen Gesetzes zu starten. Er hat dafür auch Geld ausgegeben. Wir haben im Präsidium beschlossen, für die verschiedenen Veranstaltungen draußen in den Bezirken 18.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wir haben Steu-

ergeld zur Verfügung gestellt, um ein gutes Gesetz auszuarbeiten. Wir sind noch nicht am Ende dieser Phase, und deshalb müssen wir notgedrungen über ein Gesetz abstimmen, das im Grunde genommen alles wieder außer Kraft setzen würde. Ich stimme natürlich gegen dieses Gesetz, weil der Prozess für ein neues Gesetz noch läuft. Es wäre aus meiner Sicht auch unverantwortlich, Steuergelder auszugeben, ohne konsequent etwas daraus zu machen. Wir müssen die Ziele, die wir uns stecken, anpeilen und dürfen sie nicht auf Halbweg fallen lassen und etwas anderes tun. Ein Gesetz ist nichts Statisches, sondern kann immer wieder abgeändert und verbessert werden. Wir sollten versuchen, ein gutes Gesetz zu machen. Heute gilt das Gesetz aus dem Jahr 2005, das ein Beteiligungsquorum von 40 Prozent und 13.000 Unterschriften vorsieht. Es ist richtig, dass sich viele Abgeordnete mit dem neuen Gesetz auseinandersetzen. Es ist auch richtig, dass wir die Menschen miteinbeziehen, aber wir dürfen ihnen nicht gut oder schlecht vorgeben. Wir müssen ihnen erklären, dass sie die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Ich bin davon überzeugt, dass wir es in dieser Legislaturperiode schaffen werden, ein neues Gesetz zu verabschieden. Ich wünsche mir, dass dann nicht wieder gesagt wird, dass es ein schlechtes Gesetz sei. Wir wissen, dass es bei der Direkten Demokratie eine klare Struktur braucht.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zunächst möchte ich all jenen danken, die sich im Lande für die Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung einsetzen. Das ist hierzulande kein Honigschlecken bzw. das merkt man spätestens dann, wenn man solche Freigeister bezüglich einer Kandidatur für den Gemeinderat fragt. Meistens bekommt man Absagen, und das ist schade. Um ein vernünftiges Gesetz zur Direkten Demokratie zu machen, bedürfte es eigentlich nur, ein bisschen über den eigenen Gartenzaun hinauszuschauen. Wir brauchen nur in die Schweiz zu schauen, denn da funktioniert Direkte Demokratie sehr gut. Die Schweiz ist trotz oder wegen der Direkten Demokratie ein Musterland, was die wirtschaftliche und demokratiepolitische Seite anbelangt.

Die Direkte Demokratie würde für die Politik eine große Stütze und Hilfe sein, um gewisse schwierige und komplizierte Projekte durchzusetzen. In der Schweiz konnte der Gotthardtunnel aufgrund der Bürgerbeteiligung viel schneller gebaut werden. Vor zwei Jahren hat es eine Volksabstimmung bezüglich des Ausbaus des Bahnnetzes gegeben, wobei es eine gewaltige Mehrheit gegeben hat. Auf diesem Wege könnte man eine viel breitere Unterstützung und Akzeptanz für bestimmte Projekte in der Bevölkerung erreichen. Im Pustertal gibt es beispielsweise das Projekt der Tauferer Bahn, die von Bruneck bis nach Steinhaus führen soll. So ein Projekt könnte man der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen. Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei um ein tolles zukunftsfähiges Projekt. Ein weiteres Beispiel ist das Finanzabkommen, das der Landeshauptmann in Rom unterschrieben hat. Normalerweise müsste man zumindest den Landtag damit befassen oder das Volk darüber abstimmen lassen. Ich erinnere nur daran, dass die Hälfte der 476 Millionen Euro, die wir jährlich zahlen, für den aufgeblähten Apparat des Staatspräsidenten draufgeht. Das nur, um die Dimension des Ganzen zu erkennen!

Statistische Daten beweisen, dass Direkte Demokratie dem Steuerzahler billiger kommt, weil die Politik kurzfristig und nicht langfristig denkt. Auch Südtirol braucht mehr Bürgerbeteiligung und mehr Direkte Demokratie. Ansätze dafür hat es in den letzten Jahren schon gegeben. Die Bürger müssen mehr Eigenverantwortung übernehmen und mehr mitbestimmen, damit es für gewisse Projekte eine Akzeptanz geben kann. Die Eigenverantwortung der Bürger ist in den letzten Jahrzehnten ziemlich verloren gegangen. Das ist schade, denn in früheren Zeiten war Eigenverantwortung der Bevölkerung selbstverständlich, Stichwort "Landlibell".

Zum Gesetzentwurf selber. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber für die Süd-Tiroler Freiheit geht er einfach zu wenig weit. Wir haben gute Kontakte zum Präsidenten der Initiative für Direkte Demokratie in der Schweiz, der sagt, dass über alles abgestimmt werden müsse, auch über heikle Themen. Bei uns wären das volkstumpolitische Themen wie Toponomastik oder faschistische Relikte. Der Gesetzentwurf zeigt gute Ansätze, ist aber zu wenig weitreichend. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich werde vor allem im Namen von Brigitte Foppa sprechen, die aus Krankheitsgründen leider abwesend ist. Kollegin Foppa ist auf dem Wege der Genesung und hat aus diesem Grund ein Kommunikee geschickt. Sie wäre heute sehr gerne hier gewesen, weil sie sich in dieser Runde von Anhörungen rund um den Prozess eines neuen Gesetzes gemeinsam mit Magdalena Amhof sehr engagiert hat. Umso bedauerlicher ist es, dass sie heute nicht hier ist. Ich darf nun Ihre Nachricht zur allgemeinen Kenntnis bringen: *Liebe KollegInnen, vor 1 ½ Jahren – es war Sommer/Frühherbst 2013 – habe ich für die Initiative für mehr Demokratie Unterschriften beglaubigt und auch selber gesammelt. Beim Unterschriftensammeln lernt man bereits nach kurzer Zeit, sich das Wichtigste in einem einzigen Satz zurechtzulegen, um vorbeieilenden PassantInnen in einem Atemzug verstehen zu geben, worum es geht. In der Kürze liegt die Würze, auch im Falle der Direkten Demokratie. Es gilt also, Aufmerksamkeit für das Anliegen zu schaffen. Einmal stehen geblieben,*

informieren sich die Menschen dann meist genauer. Ein Teil unterschreibt natürlich auch aus anderen Gründen, aber das ist eine klein Minderheit. Die weitaus größere Mehrheit hingegen will wissen, worum es geht und die eigene Unterschrift gut vergeben wissen. Ich habe mir damals den Satz zurecht gelegt, 'unterschreiben Sie dafür, dass der Gesetzentwurf der Initiative im Landtag behandelt werden muss'. Dieser Moment ist nun gekommen. 18.000 Menschen haben diesen Moment mit ihrer Unterschrift gefordert. Das ist die Mehrheit dieses Landtages mal Tausend. Stellen Sie sich all diesem Menschen vor dem Landtag vor. Bei den Protesten rund um den Renten-skandal waren ein paar hundert Menschen auf dem Magnago-Platz, allerdings der Radau war weit größer. Hier sprechen wir von 18.000 Menschen, und das ist eine Verantwortung, die ich Euch bitte, ernst zu nehmen. Ich habe heute im Morgentelefon gehört, dass der Entwurf heute abgelehnt wird, weil ein Anhörungsprozess der Gesetzgebungs-kommission gestartet wurde. Da Geschichte auch durch Falscherzählungen geschrieben wird, möchte ich hier noch einmal klar sagen und ins Protokoll aufgenommen wissen, dass der Anhörungsprozess für ein neues Gesetz gestartet wurde, nachdem feststand, dass die SVP den Gesetzentwurf der Initiative für mehr Demokratie ablehnen würde. Die Gründe dafür leuchten bis heute nicht ein. Wenn die SVP das Gesetz defizitär findet, warum verbessert sie es dann nicht durch Änderungsanträge? Ist ein einziger Änderungsantrag zum Gesetz der Initiative für mehr Demokratie vorgelegt worden? Nein! Das wurde gar nicht in Betracht gezogen. Es war eine reine Vergeltungsaktion. Zumindest hier im Südtiroler Landtag sollten wir die Dinge beim Namen nennen. Es war ein kindisches Spiel. Die Initiative für mehr Demokratie hat da Schuler-Gesetz versenkt, und das musste vergolten werden. So banal ist Politik, wenn man sie aus der Nähe sieht. Auge um Auge, Zahn um Zahn! Es wäre noch anderes möglich gewesen. Zumindest hätte man sich in einen Mediationsprozess einlassen können, doch selbst das war zu viel verlangt. Das Einzige, was in dieser Ansammlung politischer Verletztheiten herauszuholen war, war der nun beinahe abgeschlossene Anhörungsprozess. Magdalena Amhof und ich wurden als Arbeitsgruppe eingesetzt, um ihn abzuwickeln. Wir haben das getan, gegen alle Widrigkeiten. Es mag auch bösen Willen gegeben haben, aber das war nicht einmal vordergründig. Was deutlich wurde, war, dass diese Prozesse diametral auf der anderen Seite zu den Gewohnheiten, Abläufen und Prioritäten der repräsentativen Demokratie stehen. Darin lag eine interessante Herausforderung, nämlich die starren Grenzen zu überschreiten, Neues zu probieren und Realität werden zu lassen. In diesem Sinne sehe ich den Anhörungsprozess als Pionierleistung, auf die wir ruhig auch stolz sein können. Dies konnte nur funktionieren, weil von Mehrheit und Minderheit gemeinsam gestartet. Alles andere hätte die Glaubwürdigkeit sofort beeinträchtigt oder aber die Tragweite gemindert. Von daher war dies absolute Grundlage. Nun lasten große Erwartungen auf uns. Bürgerinnen und Bürger kamen zu den Anhörungen, haben mitgearbeitet. Insbesondere haben viele VertreterInnen der Initiative mit viel Selbstdisziplin ihre Skepsis verdrängt und den Moment genutzt, die in langen Jahren erworbene Expertise einzubringen. Allerdings wurde im Laufe des Prozesses auch Frust geäußert: Welche Anhörungen sind das, wenn die Ohren, die hören sollen, nicht anwesend sind? An einigen Abenden waren wir gerade einmal zu dritt als Abgeordnete anwesend. Deshalb entstand das verständliche Gefühl, dass alles eine Inszenierung sei. Der schwierigste Moment aber steht uns noch bevor. Es gilt jetzt nämlich wieder das Eingeholte, das Erhörte und das Zusammengetragene in die Kanäle der repräsentativen Demokratie zu lenken. Wir wissen, wie das abläuft. Dazu brauchen wir nur die bisherige Geschichte des Gesetzes anschauen. Sollte Neues plötzlich möglich sein? Wenn ja, dann wird dieses Gesetz nicht in einer Parteizentrale entstehen und wir müssen weiterhin experimentell und parteiübergreifend arbeiten. Wenn ja, dann müssen weiterhin die Grenzen zwischen der Politik und der Zivilgesellschaft auflösen und aus beiden das Beste herausholen. Wenn ja, dann müssen wir auch bereit sein zu Kompromissen und zu neuen Lösungen, auch zum Scheitern. Das alles klingt vielleicht schwierig. Andererseits wäre alles andere ein Missbrauch des Vertrauens, das in uns gesetzt wurde. Soviel hätten wir im letzten Jahr wirklich lernen müssen, denn dieser Missbrauch ist das einzige, was sich Politik definitiv nicht leisten kann. Soweit die eindringliche Botschaft und Warnung von Kollegin Brigitte Foppa.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nachdem meine Kollegin Ulli Mair gestern die Position der Freiheitlichen dargelegt hat, möchte ich nur noch sagen, dass wir dem Übergang zur Artikeldebatte zustimmen. Wir sind für die Behandlung dieses Gesetzentwurfes, wenngleich wir nicht mit allem, was er beinhaltet, einverstanden sind. Ich möchte nur ganz kurz wiederholen, was aus unserer Sicht nach wie vor das einzig Realistische ist. Das bestehende Gesetz soll insofern abgeändert werden, als dass das Quorum gesenkt wird. Es gibt Kollegen, die das Quorum nicht akzeptieren, aber wenn man das Quorum von 40 auf 15 oder 20 Prozent absenkt, dann hätte man dem Stier die Hörner abgeschlagen. Man könnte den Wählerinnen und Wählern eine Broschüre schicken, in welcher die Befürworter und Gegner ausgewogen zu Wort kommen. Dann kann sich der Bürger selber ein Bild machen, ob er für oder gegen einen Antrag ist. Das ist das einzig realistisch Mögliche. Die Südtiroler Volkspartei versucht jetzt

natürlich, aus dieser Ecke herauszukommen, etwas tun zu müssen. Ich war bei einer dieser Anhörungen dabei, nämlich bei jener in Sterzing. Wenn man die Organisatoren, Mediatoren usw. weggezählt hat, dann waren nicht zehn Leute anwesend. Das große Interesse habe ich also nicht gesehen. Ich war bei den anderen Anhörungen nicht dabei, aber ich hätte mir gedacht, dass in Sterzing mehr Leute dabei sind, nachdem damals, als es um die Diskussion über das Krankenhaus gegangen ist, tausende Leute auf die Straße gegangen sind. Das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung. Alle Fraktionen im Landtag reden von der Stärkung der Direkten Demokratie, und auch ich bin selbstverständlich klar für mehr Bürgerbeteiligung. Allerdings brauchte es klare Spielregeln. Wir haben ein Gesetz, das so nicht anwendbar sind, denn eine 40-Prozent-Hürde ist einfach nicht in Ordnung. Das gilt im Übrigen auch für das staatliche Wahlgesetz, denn auch dort gibt es eine 40-Prozent-Hürde. Solche Hürden gibt es nicht einmal in der Türkei oder in einer Diktatur! Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen! Hier braucht es ein bisschen Gewissenserforschung, ein bisschen Hausverstand und ein bisschen Entgegenkommen den Bürgern gegenüber. Wenn man glaubwürdig sein will, dann muss man solche Dinge auch durchziehen. Dann muss es hier und auch dort gelten. Solange diese Hürden bestehen, spreche ich Euch jedes Demokratieverständnis ab!

PRÄSIDENT: Bevor ich der Kollegin Amhof das Wort gebe, möchte ich die Klassen 5A und 5B der Wirtschaftsfachoberschule Meran mit Professor Pircher begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollegin Amhof, bitte.

AMHOF (SVP): Bei den Veranstaltungen, die wir quer durchs ganze Land abgehalten haben, waren nicht sonderlich viele Menschen dabei. Irgendwo gebe ich dem Kollegen Leitner Recht, wenn er sagt, dass es nicht ein vordergründliches Thema ist, das den Menschen stark am Herzen liegt, wie es vielleicht der Durchzugsverkehr im Eisacktal oder die Eröffnung einer neuen Kindergartensektion ist. Nichtsdestotrotz haben wir ein Gesetz aus dem Jahr 2005, das den Anforderungen direkt demokratischer Beteiligung in vielen Bereichen nicht gerecht wird und es erschwert, Menschen in politische Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Dieser Notwendigkeit ist Rechnung zu tragen. Wir haben als Gesetzgebungsausschuss diesen Weg beschritten, und diesen Weg wollen wir weitergehen. Kollege Heiss, die Aufarbeitung des Gesetzestextes soll experimentell und parteiübergreifend erfolgen. Sie soll unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten erfolgen, aber das entscheide nicht ich alleine. Das entscheidet der Gesetzgebungsausschuss nach Abschluss der Prozessrunde, die wir mit dem 10. März abschließen. Kollege Heiss, ich gebe Ihnen auch Recht, wenn Sie sagen, dass sehr große Erwartungen an uns gestellt werden, die wir wahrscheinlich nicht allen Bereichen erfüllen werden können. Es herrscht Angst, nicht nur bei den Verantwortlichen und den Menschen der Initiative für mehr Demokratie, sondern auch bei Menschen, die mit vollster Überzeugung für Demokratie eintreten, in der politische Entscheidungsträger voll und ganz die Verantwortung übernehmen. Es gibt diese beiden Seiten, die zu respektieren sind. Unsere Aufgabe ist es, einen Mittelweg zu finden, der sowohl dem einen, als auch dem anderen gerecht wird. Es wird schwierig werden, und in einigen Punkten werden wir nicht zusammenfinden. Davon bin ich überzeugt, aber es ist wichtig, sich auf diese Prozesse einzulassen und diese Diskussion zu führen. Wir werden Lösungen finden. Ich glaube daran, dass wir zur Zeit den richtigen Weg gehen, den ich mit vollster Überzeugung weiter beschreiten werde, auch bei der Schreibung des neuen Gesetzes.

Der Kollege Dello Sbarba hat mich gestern gefragt, ob die Mitarbeit der Initiative für mehr Demokratie bei der Schreibung des Gesetzes garantiert ist. Ich werde dem Gesetzgebungsausschuss den Vorschlag unterbreiten, Experten einzuladen, wobei die Initiative für mehr Demokratie in meinen Augen eine Expertenrunde ist, die in den letzten Jahren sehr viel dazu beitragen hat, dass das Thema Direkte Demokratie immer wieder auf der politischen Agenda gelandet ist. Wie gesagt, das entscheide nicht ich alleine, sondern der Gesetzgebungsausschuss.

PRÄSIDENT: Nachdem keine Replik vorgesehen ist, kommen wir nun zur Behandlung der Tagesordnungen.

Tagesordnung Nr. 1 vom 24.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba, Heiss und Köllensperger, betreffend Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte und Stimmrechte.

Ordine del giorno n. 1 del 24.2.2015, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba, Heiss e Köllensperger, riguardante la democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi.

Der vorliegende Gesetzentwurf wurde als Volksbegehren eingereicht und von über 18.000 BürgerInnen Südtirols unterzeichnet.

Aus diversen Gründen wurde in den Monaten vor der Behandlung des Gesetzentwurfes vom I. Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages ein partizipativer Prozess in Gang gesetzt, der alle bisherigen Akteurinnen und Akteure, interessierte BürgerInnen und Vertretungen von diversen Interessensgruppen zum Thema der BürgerInnen-Beteiligung befragt und um ihre Vorschläge für ein neues Gesetz gebeten hat. Viele Vorschläge wurden hinterlegt und werden nun vom Gesetzgebungsausschuss in einen neuen Gesetzentwurf eingearbeitet.

Im Hinblick auf dieses neue zu erarbeitende Gesetz

verpflichtet

der Südtiroler Landtag

den I. Gesetzgebungsausschuss,

das neue Gesetz im Geiste des partizipativen Prozesses auszuarbeiten und die aus ihm erwachsenen Elemente aufzunehmen.

Weiters dient der vorliegende Gesetzentwurf, der von über 18.000 BürgerInnen mitgetragen wird, als Arbeitsgrundlage und bietet Orientierung für das neue Gesetz.

Il disegno di legge in esame è stato presentato sotto forma di iniziativa popolare e ha ottenuto la firma di oltre 18.000 cittadini e cittadine.

Per svariati motivi, nei mesi che hanno preceduto la trattazione del disegno di legge da parte della I commissione legislativa del Consiglio provinciale è stato avviato un processo partecipativo in cui i diversi soggetti coinvolti, i cittadini e le cittadine interessati nonché i/le rappresentanti di diversi gruppi di interesse sono stati interpellati sul tema della partecipazione dei cittadini e invitati ad avanzare proposte in vista della nuova legge. Sono state depositate numerose proposte che verranno incorporate dalla commissione legislativa nel nuovo disegno di legge.

In vista della legge di prossima stesura

il Consiglio della Provincia

autonoma di Bolzano

impegna

la I commissione legislativa

a elaborare la nuova legge nello spirito del processo partecipativo e sulla base di quanto emerso dal processo stesso.

Inoltre, il presente disegno di legge, sostenuto da oltre 18.000 cittadini e cittadine, funge da base e orientamento per l'elaborazione della nuova legge.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): L'obiettivo dell'ordine del giorno n. 1 è esprimere un rispetto e una stima verso i 18 mila cittadini e cittadine, ma anche verso i 120 mila cittadini e cittadine che hanno allora votato per questo disegno di legge che stiamo discutendo adesso e che l'anno scorso hanno firmato questo disegno di legge. Proponiamo che l'elaborazione della nuova legge avvenga nello spirito partecipativo con cui si è lavorato fino adesso e che il presente disegno di legge venga considerato la base su cui lavorare.

Leggo l'ordine del giorno per chiarezza:

"Il disegno di legge in esame è stato presentato sotto forma di iniziativa popolare e ha ottenuto la firma di oltre 18.000 cittadini e cittadine. Per svariati motivi, nei mesi che hanno preceduto la trattazione del disegno di legge da parte della I commissione legislativa del Consiglio provinciale è stato avviato un processo partecipativo in cui i diversi soggetti coinvolti, i cittadini e le cittadine interessati nonché i/le rappresentanti di diversi gruppi di interesse sono stati interpellati sul tema della partecipazione dei cittadini e invitati ad avanzare proposte in vista della nuova legge. Sono state depositate numerose proposte che verranno incorporate dalla commissione legislativa nel nuovo disegno di legge.

In vista della legge di prossima stesura il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la I commissione legislativa

a elaborare la nuova legge nello spirito del processo partecipativo e sulla base di quanto emerso dal processo stesso.

Inoltre, il presente disegno di legge, sostenuto da oltre 18.000 cittadini e cittadine, funge da base e orientamento per l'elaborazione della nuova legge."

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Der Tagesordnungsantrag ist eigentlich nur eine nochmalige Verstärkung des Hinweises auf den partizipativen Prozess, der seit Monaten eingeleitet worden ist und auf die Arbeitsgrundlage des Gesetzes der Initiative für mehr Demokratie. Es ergeht die Aufforderung, nach Möglichkeit die Ergebnisse des partizipativen Prozesses zu nutzen und zugleich die guten Früchte und Ergebnisse des Gesetzes der Initiative für mehr Demokratie zur Kenntnis zu nehmen. Im Grunde genommen wiederholt die Tagesordnung eigentlich nur das, was die Kollegin Amhof vorher ausgeführt hat. Wir hoffen also, dass sie eine breite Zustimmung findet.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Inhaltlich ist diese Tagesordnung voll zu unterstützen. Ich hätte nur eine technische Frage an den Landtagspräsidenten. Inwieweit ist dieser Beschlussantrag überhaupt zulässig? Er bezieht sich ja nicht auf das Gesetz, sondern auf ein anderes Gesetz. Wenn er angenommen würde, dann würde das ja implizieren, dass das vorliegende Gesetz nicht angenommen werden könnte. Was passiert, wenn der vorliegende Gesetzentwurf auch angenommen würde? Dann würde dieser Tagesordnungsantrag im Widerspruch zum verabschiedeten Gesetz stehen. Ich weiß, dass man davon ausgeht, dass der Gesetzentwurf nicht angenommen wird, aber ich stelle mir trotzdem diese Frage.

PRÄSIDENT: Laut Artikel 92 der Geschäftsordnung ist es zulässig. "*Jeder Abgeordnete/jede Abgeordnete kann vor Abschluss der Generaldebatte höchstens drei Tagesordnungen einbringen, welche eine Ausrichtung der Landesregierung oder des Landtages in Zusammenhang mit dem in Behandlung stehenden Gesetzesentwurf zum Inhalt haben ...*".

Möchte jemand von der Landesregierung Stellung nehmen? Niemand. Dann kommen wir zur Abstimmung. Herr Abgeordneter Heiss, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Müsste hier nicht das Landtagspräsidium und somit der Landtagspräsident replizieren?

PRÄSIDENT: Kollege Heiss, ich hätte mich auf den nächsten Tagesordnungsantrag vorbereitet.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich eröffne die Abstimmung: mit 12 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Tagesordnung Nr. 2 vom 24.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba, Heiss und Köllensperger, betreffend Direkte Demokratie – Anregungsrechte, Befragungsrechte und Stimmrechte.

Ordine del giorno n. 2 del 24.2.2015, presentato dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba, Heiss e Köllensperger, riguardante la democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi.

Der vorliegende Gesetzentwurf wurde als Volksbegehren eingereicht und von über 18.000 BürgerInnen Südtirols unterzeichnet.

Aus diversen Gründen wurde in den Monaten vor der Behandlung des Gesetzentwurfes vom I. Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages ein partizipativer Prozess in Gang gesetzt, der alle bisherigen Akteurinnen und Akteure, interessierte BürgerInnen und Vertretungen von diversen Interessensgruppen zum Thema der BürgerInnen-Beteiligung befragt und um ihre Vorschläge für ein neues Gesetz gebeten hat.

Die Organisation und Abwicklung dieses Prozesses gestaltete sich sehr schwierig und voller Hürden, auch weil es bisher nichts Vergleichbares gegeben hat und somit die Grundlagen in der Geschäftsordnung und der Haushaltsgebarung unklar sind.

Andererseits wird von der Gesellschaft vermehrt Partizipation und Mitentscheidung gefordert und es hat sich gerade in diesem Prozess gezeigt, dass es auch der repräsentativen Demokratie dienlich ist, die Expertise der Bevölkerung einzuholen.

Im Hinblick auf analoge künftige Prozesse, die Partizipationsschleifen nötig oder erstrebenswert machen,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag
das Präsidium,*

- 1. bei der künftigen Erstellung des Landtagshaushaltes einen Teil des Budgets für entsprechende Prozesse, deren Moderation und Bewerbung zu reservieren;*
- 2. im Zuge der anstehenden Überarbeitung der Geschäftsordnung dem zuständigen Ausschuss entsprechende Anpassungsvorschläge vorzulegen, um diese Prozesse zu erleichtern und zu forcieren und finanziell ausstatten zu können.*

Il disegno di legge in esame è stato presentato sotto forma di iniziativa popolare e ha ottenuto la firma di oltre 18.000 cittadini e cittadine.

Per svariati motivi nei mesi che hanno preceduto la trattazione del disegno di legge da parte della I commissione legislativa del Consiglio provinciale è stato avviato un processo partecipativo in cui i diversi soggetti coinvolti, i cittadini e le cittadine interessati nonché i/le rappresentanti di diversi gruppi di interesse sono stati interpellati sul tema della partecipazione dei cittadini e invitati ad avanzare proposte in vista della nuova legge.

L'organizzazione e lo svolgimento di questo processo si sono rivelati alquanto difficili e pieni di ostacoli, anche perché non essendoci stato finora nulla di equivalente, sia il regolamento interno che le disposizioni di bilancio sono poco chiari al riguardo.

D'altro canto la società chiede di essere sempre più coinvolta e interpellata; e proprio in questo processo si è visto che anche la democrazia rappresentativa ci guadagna se si chiede il parere della popolazione.

In vista di futuri processi analoghi che rendono necessari ovvero auspicabili iniziative simili all'insegna della partecipazione,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna
l'ufficio di presidenza*

- 1. a destinare nell'ambito della stesura del prossimo bilancio del Consiglio provinciale una parte dei mezzi finanziari a processi di questo tipo, alla loro moderazione e alla loro pubblicizzazione;*
- 2. a presentare per la prossima rielaborazione del regolamento interno alla commissione competente delle proposte di adeguamento al fine di facilitare e sostenere questi processi nonché dotarli dei mezzi finanziari necessari.*

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questo ordine del giorno è rivolto al presidente del Consiglio. Durante questo processo di partecipazione abbiamo visto che ci sono state delle difficoltà nell'organizzazione che derivavano dal fatto che era la prima volta che c'era un processo di questo tipo e quindi il Consiglio provinciale non era abituato, non aveva gli strumenti, le voci di spesa ecc. per poter finanziare questo processo, per cui riteniamo che se processi di democrazia partecipata debbano essere in futuro messi in campo da questo Consiglio provinciale, il Consiglio stesso si debba attrezzare sia dal punto di vista finanziario che per tutte le misure di adattamento del regolamento interno che sono necessarie perché queste cose vengano fatte.

L'ordine del giorno n. 2 ha l'obiettivo di attrezzare questo Consiglio a gestire il rapporto nuovo con le cittadine e i cittadini, questo nuovo modo di fare le leggi, che poi è stato applicato per la prima volta al tema della legge sulla democrazia diretta ma non è detto che non debba essere applicato anche per altre leggi, soprattutto per leggi che venendo, per esempio, dalla Giunta provinciale sono spesso destinate ad essere approvate. Allora la Giunta provinciale mette in campo dei processi di consultazioni delle parti sociali per le proprie leggi che però gestisce

come esecutivo, quindi ci sono gli incontri dell'esecutivo con le parti sociali, poi c'è un dibattito che avviene fuori da quest'aula. Sarebbe interessante che magari anche la Giunta provinciale vedesse in questo Consiglio lo strumento per avviare processi di partecipazione e di consultazione, perché in questo modo non sarebbe più quasi una trattativa sindacale come adesso con le varie categorie interessate ma diventerebbe un processo democratico di partecipazione che vede nel Consiglio provinciale, nel parlamento, nel potere legislativo la sede più opportuna. Quindi dico che non solo un disegno di legge avviato dalla commissione potrebbe essere oggetto di processi di partecipazione incentrati sul Consiglio provinciale ma perché no, il Consiglio provinciale potrebbe essere il luogo attraverso cui anche la Giunta provinciale passa per processi di partecipazione sulle proprie leggi, per lo meno su alcune. Abbiamo visto che certe audizioni in Consiglio provinciale, per esempio per quanto riguarda la sanità, una certa utilità l'hanno avuta.

Per essere in grado di fare questo, il Consiglio provinciale ha bisogno dell'attrezzatura necessaria, sia finanziaria sia per le regole, per questo proponiamo questo ordine del giorno che vado a leggere:

"Il disegno di legge in esame è stato presentato sotto forma di iniziativa popolare e ha ottenuto la firma di oltre 18.000 cittadini e cittadine. Per svariati motivi nei mesi che hanno preceduto la trattazione del disegno di legge da parte della I commissione legislativa del Consiglio provinciale è stato avviato un processo partecipativo in cui i diversi soggetti coinvolti, i cittadini e le cittadine interessati nonché i/le rappresentanti di diversi gruppi di interesse sono stati interpellati sul tema della partecipazione dei cittadini e invitati ad avanzare proposte in vista della nuova legge. L'organizzazione e lo svolgimento di questo processo si sono rivelati alquanto difficili e pieni di ostacoli, anche perché non essendoci stato finora nulla di equivalente, sia il regolamento interno che le disposizioni di bilancio sono poco chiari al riguardo. D'altro canto la società chiede di essere sempre più coinvolta e interpellata; e proprio in questo processo si è visto che anche la democrazia rappresentativa ci guadagna se si chiede il parere della popolazione. In vista di futuri processi analoghi che rendono necessari ovvero auspicabili iniziative simili all'insegna della partecipazione, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna l'ufficio di presidenza

- 1. a destinare nell'ambito della stesura del prossimo bilancio del Consiglio provinciale una parte dei mezzi finanziari a processi di questo tipo, alla loro moderazione e alla loro pubblicizzazione;*
- 2. a presentare per la prossima rielaborazione del regolamento interno alla commissione competente delle proposte di adeguamento al fine di facilitare e sostenere questi processi nonché dotarli dei mezzi finanziari necessari."*

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann werde ich kurz replizieren.

Wir haben den zweiten Absatz des beschließenden Teiles des Beschlussantrages im Präsidium besprochen und sind zur Meinung gekommen, dass der partizipative Weg in den Bezirken grundsätzlich richtig war. Dieser Weg ist auch weiterhin möglich. Dafür ist ein eigenes Haushaltskapitel vorgesehen. Allerdings wurde im Präsidium beschlossen, nicht für jede Initiative, unabhängig davon, von wem sie ausgeht, externe Radiowerbung zugekauft werden soll. Wir haben ein eigenes Pressebüro, das gerne aufgestockt werden kann. Ich bin also dafür, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 3 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Übergang zur Artikeldebatte: mit 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Presidente, chiedo la convocazione del collegio dei capigruppo, ho fatto un breve sondaggio e mi pare ci sia ampia disponibilità da parte dei colleghi, per le ore 14.30, per un quarto d'ora circa.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Ich würde vorschlagen, dass wir die nachmittägige Sitzung um 15.00 Uhr beginnen.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Beschlussvorschlag: Überprüfung des Berichtes des Wahlbestätigungsausschusses und Bestätigung der Wahl der im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode nachgerückten Landtagsabgeordneten Myriam Atz Tammerle."**

Punto 3) all'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Esame della relazione della commissione di convalida e convalida dell'elezione della consigliera provinciale Myriam Atz Tammerle, subentrata nel corso della corrente legislatura."**

Ich ersuche den Vorsitzenden des Wahlbestätigungsausschusses um Verlesung des Berichtes.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Der Wahlbestätigungsausschuss versammelte sich am 5.2.2015, um gemäß Art. 23-bis Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages die Rechtsposition einer im Laufe der XV. Legislaturperiode nachrückten Landtagsabgeordneten zu prüfen.

Nach Annahme des Rücktritts der Abg. Eva Klotz durch den Landtag am 02.12.2014 rückte Myriam Atz Tammerle als erste der Nichtgewählten auf der Liste der SÜD-TIROLER FREIHEIT nach. In derselben Landtagssitzung wurde Frau Myriam Atz Tammerle vereidigt.

Der Wahlbestätigungsausschuss schritt daher zur Prüfung der Rechtsposition der neuen Landtagsabgeordneten laut Artikel 1 Absätze 1 und 4 des Landesgesetzes Nr. 4 vom 14. März 2003, "Bestimmungen über die im Jahr 2003 anfallende Wahl des Südtiroler Landtages", Artikel 1 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 3 vom 9. Juni 2008 "Bestimmungen über die im Jahre 2008 anfallende Wahl des Südtiroler Landtages" und Artikel 1 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 5 vom 8. Mai 2013 "Bestimmungen über die Wahl des Südtiroler Landtags für das Jahr 2013 und die Zusammensetzung und Bildung der Landesregierung". Die Rechtsquelle des Ausschusses ist nach wie vor das Regionalgesetz Nr. 7 vom 8. August 1983, das im Einheitstext der Regionalgesetze für die Wahl des Regionalrates enthalten ist und mit D.P.R.A. Nr. 2 vom 29. Jänner 1987, genehmigt wurde, welches unter Titel II das passive Wahlrecht regelt und auf welches sich die drei genannten "technischen" Wahlgesetze des Landes berufen.

Die Prüfung der Rechtsposition erfolgte auf der Grundlage der am 3. Dezember 2014 abgegebenen Erklärung der neuen Abgeordneten nach Art. 30-ter Absatz 2 der Geschäftsordnung über die von ihr bis zum letzten Tag für die Einreichung der Kandidatur bzw. bis zum Zeitpunkt der Erklärung bekleideten Ämter, Stellen und übernommenen Aufträge jeglicher Art.

Unter anderen, bekleidete die Abg. Atz Tammerle das Amt einer Gemeinderätin von Schenna, welches nach Art. 12 Absatz 1 Buchstabe d) des Regionalgesetzes Nr. 7/1983 mit dem einer Abgeordneten unvereinbar ist.

Nach dem Rücktritt der Abgeordneten von diesem Amt am 19.12.2014, Prot. Nr. 0008163, der nach Art. 12 Abs. 5 des Dekrets des Regionalratspräsidenten Nr. 3/L vom 01.02.2005 unverzüglich wirksam ist, gilt die entsprechende Unvereinbarkeit als aufgelöst. Der Ausschuss konnte demnach das Vorliegen von Nichtwählbarkeits- oder Unvereinbarkeitsgründen ohne eine weitere Prüfung ausschließen.

Demnach SCHLÄGT der Wahlbestätigungsausschuss nach Artikel 30-quinquies Absatz 1 Buchstabe a) der Geschäftsordnung dem Südtiroler Landtag VOR, die Wahl der in den Südtiroler Landtag nachrückten Landtagsabgeordneten Myriam Atz Tammerle für die XV. Legislaturperiode zu BESTÄTIGEN.

Egregio presidente,
gentili consigliere,
gentili consiglieri,

la commissione di convalida si è riunita il giorno 5.2. 2015 per esaminare, come previsto dall'art. 23-bis, comma 3, del regolamento interno del Consiglio provinciale, la posizione giuridica di una consigliera subentrata nel corso della XV legislatura.

Nella seduta del 2.12.2014 il Consiglio provinciale, dopo aver accettato le dimissioni dalla carica di consigliera provinciale della cons. Eva Klotz, ha proclamato eletta Myriam Atz Tammerle, che risulta prima dei non eletti sulla lista "SÜD-TIROLER FREIHEIT". Nella stessa seduta del Consiglio provinciale Myriam Atz Tammerle ha prestato giuramento.

La commissione di convalida ha dovuto pertanto esaminare la posizione giuridica della neo consigliera provinciale, ai sensi dell'art. 1, commi 1 e 4, della legge provinciale 14 marzo 2003, n. 4 "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2003",

dell'articolo 1, comma 1, della legge provinciale 9 giugno 2008, n. 3 "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2008" e dell'art. 1, comma 1, della legge provinciale 8 maggio 2013, n. 5 "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2013 e sulla composizione e formazione della Giunta provinciale". La fonte giuridica di riferimento dei lavori della commissione è rimasta la legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, contenuta nel testo unico delle leggi regionali per l'elezione del Consiglio regionale, approvato con D.P.G.R. 29 gennaio 1987, n. 2, che al capo II disciplina l'elettorato passivo e alla quale le tre succitate leggi elettorali provinciali "tecniche" fanno rinvio.

La verifica della posizione è avvenuta sulla base della dichiarazione, presentata in data 3 dicembre 2014 dalla neoconsigliera Myriam Atz Tammerle ai sensi dell'art. 30-ter, comma 2, del regolamento interno, sulle cariche, gli incarichi e gli uffici di ogni genere che essa ricopriva alla data dell'ultimo giorno fissato per la presentazione della candidatura, nonché su quelle ricoperte al momento della presentazione della dichiarazione.

Tra gli incarichi ricoperti dalla cons. Tammerle Atz risultava quello di componente del Consiglio comunale di Scena, carica incompatibile con quella di consigliera provinciale, ai sensi dell'art. 12, comma 1, lettera d), della legge regionale n. 7/1983.

Preso atto che la consigliera ha rassegnato le dimissioni da tale carica in data 19.12.2014, prot. N. Nr. 0008163 – dimissioni aventi efficacia immediata ai sensi dell'art. 12, comma 5, del D.P.G.R. 1.2.2005, n. 3/L - facendo quindi venire meno la situazione di incompatibilità, la commissione ha potuto escludere la sussistenza di cause di ineleggibilità o di incompatibilità senza procedere ad ulteriore istruttoria.

Ciò premesso, la commissione di convalida PROPONE, ai sensi dell'articolo 30-quinquies, comma 1, lettera a), del regolamento interno, al Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano di CONVALIDARE l'elezione per la XV legislatura della subentrata consigliera provinciale Myriam Atz Tammerle .

PRÄSIDENT: Ich verlese den Beschlussvorschlag:

Da in der Sitzung vom 2. Dezember 2014 der Rücktritt der Abg. Eva Klotz durch den Landtag angenommen wurde und Myriam Atz Tammerle als erste der Nichtgewählten der Liste der SÜD-TIROLER FREIHEIT nachrückte und in der selben Landtagssitzung vom 2. Dezember 2014 vereidigt wurde; nach Einsicht in Artikel 48 Absatz 1 des Autonomiestatuts, in der von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe z) des Verfassungsgesetzes vom 31. Jänner 2001, Nr. 2, ersetzten Fassung;

nach Einsicht in das Landesgesetz vom 8. Mai 2013, Nr. 5, "Bestimmungen über die Wahl des Südtiroler Landtags für das Jahr 2013 und die Zusammensetzung und Bildung der Landesregierung", das in Artikel 1 Absatz 1 auf die Regelung gemäß Landesgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7, in geltender Fassung, "Einheitstext der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates" sowie auf die vorhergehenden technischen Wahlgesetze des Landes verweist, nämlich das Landesgesetz vom 9. Juni 2008, Nr. 3, "Bestimmungen über die im Jahre 2008 anfallende Wahl des Südtiroler Landtages", und das Landesgesetz vom 14. März 2003, Nr. 4, "Bestimmungen über die im Jahr 2003 anfallende Wahl des Südtiroler Landtages";

festgehalten, dass in Bezug auf das passive Wahlrecht Artikel 1 Absatz 1 des genannten Landesgesetzes Nr. 4/2003 auf das Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 verweist;

nach Einsicht in die Artikel 10, 11, 12 und 13 des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7 (das im D.P.R.A. vom 29. Jänner 1987, Nr. 2/L enthalten ist), die die Nichtwählbarkeits- und Unvereinbarkeitsgründe sowie die entsprechenden Ausnahmefälle regeln;

nach Einsicht in das Dekret des Präsidenten der Republik vom 20. März 1967, Nr. 223 (Genehmigung des Einheitstextes der Gesetze über die Regelung des aktiven Wahlrechts und über die Führung und Überprüfung der Wählerlisten);

nach Einsicht in das Gesetzesvertretende Dekret vom 31. Dezember 2012, Nr. 235 (Einheitstext der Bestimmungen über den Wahlrechtsausschluss und das Verbot der Bekleidung von Wahl- und Regierungsmandaten nach rechtskräftiger Verurteilung wegen nicht fahrlässiger Straftaten gemäß Artikel 1 Absatz 63 des Gesetzes vom 6. November 2012, Nr. 190);

nach Einsicht in das Gesetzesvertretende Dekret vom 8. April 2013, Nr. 39, "Vorgaben über die Unerteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Ämtern bei öffentlichen Verwaltungen und bei privaten, aber öf-

fentlich kontrollierten Körperschaften, im Sinne von Artikel 1 Absätze 49 und 50 des Gesetzes vom 6. November 2012, Nr. 190";

festgestellt, dass das Landesgesetz Nr. 4/2003 unter Artikel 1 Absatz 4 den Wahlbestätigungsausschuss des Landtages mit den Feststellungen und Untersuchungen zur Wahlbestätigung betraut; nach Einsicht in Artikel 23-bis Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags, Artikel 30-ter Absatz 2, Artikel 30-quinquies Absätze 1, 2 und 3 sowie Artikel 30-octies, die die Wahlbestätigung durch den Wahlbestätigungsausschuss und den Landtag regeln;

nach Überprüfung und positiver Beurteilung des vom Wahlbestätigungsausschuss in seiner Sitzung vom 5. Februar 2015 genehmigten Berichts, wonach der Bestätigung der Wahl der in der laufenden Legislaturperiode nachgerückten Landtagsabgeordneten keinerlei Nichtwählbarkeits- oder Unvereinbarkeitsgründe im Wege stehen;

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

1. die Wahl der in dieser Legislaturperiode nachgerückten Landtagsabgeordneten Myriam Atz Tammerle zu bestätigen;
2. festzuhalten, dass vorliegender Beschluss im Amtsblatt der Region veröffentlicht wird.

Constatato che nella seduta del 2 dicembre 2014 il Consiglio provinciale ha accolto le dimissioni della consigliera provinciale Eva Kloz e ha proclamato eletta in sua vece Myriam Atz Tammerle, in quanto prima dei non eletti sulla stessa lista di candidati, che ha prestato giuramento nella stessa seduta del Consiglio provinciale del 2 dicembre 2014;

visto l'articolo 48, comma 1, dello Statuto speciale di autonomia, come sostituito dall'articolo 4, comma 1, lettera z), della legge costituzionale 31 gennaio 2001, n. 2;

vista la legge provinciale 8 maggio 2013, n. 5, recante "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2013 e sulla composizione e formazione della Giunta provinciale" che, all'articolo 1, comma 1, invia alla disciplina contenuta nella legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, e successive modifiche, recante "Testo unico delle leggi regionali per la elezione del Consiglio regionale" nonché alle precedenti leggi tecniche elettorali provinciali, legge provinciale 9 giugno 2008, n. 3, recante "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2008" e legge provinciale 14 marzo 2003, n. 4, recante "Disposizioni sull'elezione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2003";

preso atto che in materia di elettorato passivo l'articolo 1, comma 1, della suddetta legge provinciale n. 4/2003 rinvia alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7;

visti gli articoli 10, 11, 12 e 13 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 (contenuta nel D.P.G.R. 29 gennaio 1987, n. 2/L), che disciplinano le cause di ineleggibilità e di incompatibilità dei consiglieri provinciali, nonché le relative esimenti;

visto il decreto del Presidente della Repubblica 20 marzo 1967, n. 223 (Approvazione del testo unico delle leggi per la disciplina dell'elettorato attivo e per la tenuta e la revisione delle liste elettorali);

visto il decreto legislativo 31 dicembre 2012, n. 235 (Testo unico delle disposizioni in materia di incandidabilità e di divieto di ricoprire cariche elettive e di Governo conseguenti a sentenze definitive di condanna per delitti non colposi, a norma dell'articolo 1, comma 63, della legge 6 novembre 2012, n. 190);

visto il decreto legislativo 8 aprile 2013, n. 39, recante "Disposizioni in materia di inconferibilità e incompatibilità di incarichi presso le pubbliche amministrazioni e presso gli enti privati in controllo pubblico, a norma dell'articolo 1, commi 49 e 50, della legge 6 novembre 2012, n. 190";

constatato che la legge provinciale n. 4/2003 all'articolo 1, comma 4, assegna alla commissione di convalida del Consiglio provinciale gli accertamenti e l'istruttoria del procedimento di convalida delle elezioni;

Visti l'articolo 23-bis, comma 3, del regolamento interno del Consiglio provinciale, l'articolo 30-ter, comma 2, l'articolo 30-quinquies, commi 1, 2 e 3, e l'articolo 30-octies, che disciplinano il procedimento della convalida delle elezioni in commissione di convalida e in Consiglio provinciale;

esaminata e condivisa la relazione approvata dalla commissione di convalida nella seduta del 5 febbraio 2015, dalla quale risulta che per la consigliera provinciale Myriam Atz Tammerle, subentrata nella corrente legislatura, non è stata rilevata alcuna causa d'ineleggibilità né di incompatibilità;

tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera

1. di convalidare l'elezione della consigliera provinciale Myriam Atz Tammerle, subentrata nella corrente legislatura;
2. di dare atto che la presente deliberazione verrà pubblicata nel Bollettino ufficiale della Regione.

Wer möchte das Wort? Frau Atz Tammerle, bitte.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident, da es um meine Person geht, beteilige ich mich nicht an dieser Abstimmung.

PRÄSIDENT: Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, eröffne ich die Abstimmung über den Beschlussvorschlag: einstimmig genehmigt.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Herr Abgeordneter Heiss, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, ich muss auf den Kollegen Dello Sbarba warten, weil er der Verwahrer des Namens ist. Deshalb würde ich darum ersuchen, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes kurzfristig auszusetzen.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015."**

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2015."**

Bericht/Relazione

*Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
anbei übermittle ich Ihnen zur Überprüfung und Genehmigung den Beschlussvorschlag für die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015, der vom Südtiroler Landtag am 3. Dezember 2014 mit Beschluss Nr. 18/14 genehmigt worden ist.*

Ich schicke voraus, dass Artikel 17-ter des D.P.R. vom 26.10.1972, Nr. 633, eingefügt von Artikel 1, Absatz 629, Buchstabe b) des Stabilitätsgesetzes vom 23. Dezember 2014, Nr.190, vorsieht, dass die Bezahlung der Mehrwertsteuer in Zusammenhang mit Aufträgen des Südtiroler Landtages betreffend den Ankauf von Waren bzw. die Erbringung von Dienstleistungen, von Seiten des Südtiroler Landtages vorgenommen werden muss.

Aufgrund der obgenannten Bestimmung muss die Zahlung der Mehrwertsteuer von Seiten des Südtiroler Landtages über spezifische Kapitel der Sonderbuchhaltung (Durchlaufposten) erfolgen, die der Haushaltsvoranschlag des Landtages für das Finanzjahr 2015 derzeit nicht vorsieht.

Infolge dieser kürzlich verabschiedeten Änderung muss eine Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 2015 vorgenommen werden, mit welcher sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ein neues Kapitel eingerichtet wird.

Sonderbuchhaltungen

Einnahmen

Kapitel 8350: "Mehrwertsteuer für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen"

Der Ansatz dieses Kapitels wird für das Jahr 2015 auf 280.000,00 Euro festgelegt.

Ausgaben

Kapitel 3350: "Einzahlung der für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen geschuldeten Mehrwertsteuer"

Der Ansatz dieses Kapitels wird für das Jahr 2015 auf 280.000,00 Euro festgelegt.

Ich ersuche abschließend die Damen und Herren Abgeordneten, die beiliegende vom Präsidium vorgelegte Beschlussvorlage betreffend die Berichtigung des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 einschließlich der beigelegten Tabelle zu genehmigen.

Signore e signori consiglieri,

con la presente trasmetto Loro, per l'esame e l'approvazione, la proposta di deliberazione per l'assestamento del bilancio di previsione 2015 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, bilancio approvato dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano con deliberazione n. 18/14 del 3 dicembre 2014.

Premetto che l'articolo 17-ter del D.P.R. 26.10.1972, n. 633, inserito dall'articolo 1, comma 629, lettera b), della legge di stabilità del 23 dicembre 2014, n. 190, prevede che la liquidazione dell'imposta sul valore aggiunto riferita a incarichi del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'acquisto di beni e prestazioni di servizi, deve essere effettuata da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano.

In seguito alla sopraccitata normativa la liquidazione dell'imposta sul valore aggiunto da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano deve avvenire tramite specifici capitoli della contabilità speciale (partite di giro) che il bilancio di previsione del Consiglio provinciale per l'anno 2015 attualmente non prevede.

La modifica approvata recentemente rende pertanto necessario un assestamento del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2015, assestamento che prevede sia per le entrate sia per le uscite l'istituzione di un nuovo capitolo.

Contabilità speciali

Uscite

Capitolo 8350: "Imposta sul valore aggiunto per l'acquisto di beni e servizi"

Per l'anno 2015 su questo capitolo viene previsto uno stanziamento di euro 280.000,00.

Uscite

Capitolo 3350: "Versamento dell'imposta sul valore aggiunto dovuta per l'acquisto di beni e servizi"

Per l'anno 2015 su questo capitolo viene previsto uno stanziamento di euro 280.000,00.

Invito infine le signore consigliere e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza di deliberazione concernente l'assestamento del bilancio di previsione 2015 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, inclusa la relativa tabella, presentata dall'ufficio di presidenza.

Beschlussvorschlag/Proposta di deliberazione

Nach Einsichtnahme in den eigenen Beschluss Nr. 18/14 vom 3. Dezember 2014, mit welchem der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 genehmigt worden ist;

nach Einsichtnahme in den Artikel 17-ter des D.P.R. vom 26.10.1972, Nr. 633, eingefügt von Artikel 1, Absatz 629, Buchstabe b) des Stabilitätsgesetzes vom 23. Dezember 2014, Nr.190, welcher vorsieht, dass die Bezahlung der Mehrwertsteuer in Zusammenhang mit Aufträgen des Südtiroler Landtages betreffend den Ankauf von Waren bzw. die Erbringung von Dienstleistungen, von Seiten des Südtiroler Landtages vorgenommen werden muss;

festgestellt, dass aufgrund der obgenannten Bestimmung, die Zahlung der Mehrwertsteuer von Seiten des Südtiroler Landtages über spezifische Kapitel der Sonderbuchhaltung (Durchlaufposten) erfolgen muss, die der Haushaltsvoranschlag des Landtages für das Finanzjahr 2015 derzeit nicht vorsieht;

festgestellt, dass sich somit die Notwendigkeit ergibt, das Einnahmenkapitel 8350 "Mehrwertsteuer für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen" und das Ausgabenkapitel 3350 "Einzahlung der für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen geschuldeten Mehrwertsteuer" einzurichten und diese mit dem erforderlichen Kapitelansatz auszustatten;

nach Einsichtnahme in den Präsidiumsbeschluss Nr. 5/15 vom 17. Februar 2015, mit welchem der Entwurf der Berichtigung des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 gemäß beiliegender Tabelle genehmigt worden ist;

nach Einsichtnahme in die Artikel 18 und 30 der Geschäftsordnung sowie in die Bestimmungen der Verwaltungs- und Buchungsordnung des Südtiroler Landtages;

auf die Erwägung hin, den vom Landtagspräsidium vorgelegten Entwurf der Haushaltsberichtigung zu genehmigen;
dies vorausgeschickt,

beschließt
der Südtiroler Landtag

1. im Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 das Einnahmenkapitel 8350 "Mehrwertsteuer für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen" und das Ausgabenkapitel 3350 "Einzahlung der für den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen geschuldeten Mehrwertsteuer" einzurichten;
2. die beiliegende Tabelle betreffend die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015 zu genehmigen;

Berichtigung der Einnahmen

Kompetenz + 280.000,00 Euro

Berichtigung der Ausgaben

Kompetenz + 280.000,00 Euro

3. festzuhalten, dass der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2015 damit folgende Gesamtbeträge (einschließlich Sonderbuchhaltungen) ausweist:

Gesamtbetrag der Einnahmen

(einschließlich Sonderbuchhaltungen)
Kompetenz 10.890.700,00 Euro

Gesamtbetrag der Ausgaben

(einschließlich Sonderbuchhaltungen)
Kompetenz 10.890.700,00 Euro

Vista la propria deliberazione n. 18/14 del 3 dicembre 2014, con la quale è stato approvato il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2015;

visto l'articolo 17-ter del D.P.R. 26.10.1972, n. 633, inserito dall'articolo 1, comma 629, lettera b), della legge di stabilità del 23 dicembre 2014, n. 190, il quale prevede che la liquidazione dell'imposta sul valore aggiunto riferita a incarichi del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'acquisto di beni e prestazioni di servizi, deve essere effettuata da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;

constatato che in seguito alla sopraccitata normativa la liquidazione dell'imposta sul valore aggiunto da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano deve avvenire tramite specifici capitoli della contabilità speciale (partite di giro) che il bilancio di previsione del Consiglio provinciale per l'anno 2015 attualmente non prevede;

constatato che sorge quindi la necessità di istituire il capitolo di entrata 8350 "Imposta sul valore aggiunto per l'acquisto di beni e servizi" e il capitolo di spesa 3350 "Versamento dell'imposta sul valore aggiunto dovuta per l'acquisto di beni e servizi" nonché di provvedere alla necessaria dotazione di tali capitoli;

vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 5/15 del 17 febbraio 2015, con la quale è stato approvato il progetto di assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, per l'anno finanziario 2015 secondo l'allegata tabella;

visti gli articoli 18 e 30 del Regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ed il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;

ritenuto di approvare la proposta di assestamento del bilancio presentato dall'Ufficio di Presidenza; ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera

1. di istituire nel bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2015 il capitolo di entrata 8350 "Imposta sul valore aggiunto per l'acquisto di beni e servizi" e il capitolo di spesa 3350 "Versamento dell'imposta sul valore aggiunto dovuta per l'acquisto di beni e servizi";

2. di approvare l'allegata tabella relativa all'assestamento del bilancio di previsione del Consiglio provinciale per l'anno finanziario 2015;

assestamento delle entrate

competenza + 280.000,00 euro

assestamento delle uscite

competenza + 280.000,00 euro

3. di prendere atto che pertanto il bilancio di previsione per l'anno finanziario 2015 comprende i seguenti totali generali (contabilità speciali comprese):

Totale delle entrate

(incluse contabilità speciali)

competenza 10.890.700,00 euro

Totale delle uscite

(incluse contabilità speciali)

competenza 10.890.700,00 euro

Aufgrund einer Neuregelung auf Staatsebene ist es so, dass öffentliche Einrichtungen die Mehrwertsteuer direkt bezahlen. Somit braucht es ein eigenes Kapitel im Haushalt.

Kollegin Atz Tammerle, bitte.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Ich möchte nur nachfragen, ob es möglich ist, dass Sie erklären, wie es vorher war und wie das dann abläuft. Bekommt man das dann wieder rückvergütet?

PRÄSIDENT: Im Prinzip handelt es sich um eine Geldbeschaffungsmethode des Staates. Der Staat bekommt von den Betrieben Geld geliehen, und zwar für die Zeit der Verrechnungsmethode. Dadurch kommt es für die Unternehmen in Italien zu einer höheren Belastung, da sie die Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Die öffentlichen Einrichtungen zahlen sie direkt an den Staat. Frau Atz Tammerle, ich werde Ihnen aber noch eine schriftliche Antwort zukommen lassen, aus der die genauen Bestimmungen hervorgehen. Wir müssen diese formelle Maßnahme machen, denn sonst wären wir außerhalb der Rechtssprechung und müssten mit Zahlungsunfähigkeit, Strafen usw. rechnen.

Kollege Blaas, bitte.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Es ist genau so, wie Sie sagen, nämlich ein Kredit, den der Staat von den Unternehmen bekommt. Störender ist aber der zusätzliche Verwaltungsaufwand. Ich weise darauf hin, dass die öffentliche Verwaltung aufgrund dieser zusätzlichen Aufgabe erheblich in ihrer Arbeit eingeschränkt wird. Deshalb sollten wir uns darüber Gedanken machen, wie wir eventuell Einfluss nehmen könnten, um diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, wenn vor der Verabschiedung derartiger Punkte der Kontakt mit den Parlamentarier in Rom gesucht würde. Es wäre schon deren Aufgabe, den Südtiroler Landtag über solche Bestimmungen zu informieren. Wenn man das früh genug gewusst hätte, dann hätte man einen Begehrensantrag an das italienische Parlament richten können. Dass wir das, was kommt, quasi immer nur absegnen müssen, ist nicht richtig. Deshalb würde ich vorschlagen, dass ein regelmäßiger Kontakt mit den Parlamentariern in Rom gesucht wird. Wir erfahren meist ja nur die Dinge, die effektiv schon beschlossen worden sind. Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, dass wir das immer alles schlucken müssen. Hier geht es nicht nur um einen verwaltungstechnischen Aufwand, sondern auch um Mehrkosten. Das kann weder im Interesse des Südtiroler Landtages, noch der Südtiroler Wirtschaft sein. Es wäre wichtig, vorab zu reagieren und nicht immer erst dann, wenn der Zug in Richtung Rom abgefahren ist.

PRÄSIDENT: Kollege Knoll, Sie haben Recht. Wir haben die Zustellung bekommen, und deshalb müssen wir diese Maßnahme umsetzen. Wenn es um so elementare Änderungen geht, dann müsste der Staat die betroffenen Stellen vorab involvieren.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, eröffne ich die Abstimmung: mit 22 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung, auf Vorschlag der politischen Minderheit, eines Ersatzmitgliedes des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen anstelle der vom entsprechenden Amt zurückgetretenen Frau Silvia Rier."**

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Designazione, su proposta della minoranza politica, di una componente sostitutiva della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne in sostituzione della sig.a Silvia Rier, dimissionaria dalla relativa carica."**

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Il gruppo Verde propone la signora Verena Buratti come componente sostitutiva della commissione provinciale per le pari opportunità.

PRÄSIDENT: Vor der Abstimmung möchte ich die vierte Klasse des Realgymnasiums und der Technischen Oberschule Meran und die fünfte Klasse der Fachoberschule für Soziales Marie Curie Meran mit Prof. Linter und Holzer herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Ich ersuche nun um Verteilung der Stimmzettel. Vorgeschlagen ist Frau Verena Buratti.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 30 abgegebene Stimmzettel, 16 weiße Stimmzettel, 14 Stimmen für Frau Verena Buratti. Somit ist Frau Buratti gewählt worden.

Somit haben wir die Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte abgeschlossen. Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte fort, die in die der Minderheit zustehende Zeit fallen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 145/14 vom 29.5.2014, eingebracht vom abgeordneten Köllensperger, betreffend die Sanierung der Aufschnaiter-Schule."**

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 145/14 del 29.5.2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante la ristrutturazione della scuole Aufschnaiter."**

Die Mittelschule "Josef von Aufschnaiter" in der Leonardo-da-Vinci-Straße 13 in Bozen ist die größte und traditionsreichste Schule in deutscher Sprache der Stadt und daher eine Institution, die der Bevölkerung sehr ans Herz gewachsen ist. Aus diesem Grund setzen sich seit Jahren Elternvertreter, Schulgremien und zahlreiche Bürger und Bürgerinnen dafür ein, dass die Schule an ihrem ursprünglichen Standort verbleibt. Will man das in Jugendstil errichtete und historisch besonders wertvolle Gebäude erhalten, sind dringende Sanierungsmaßnahmen notwendig.

Aus diesen Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

dafür zu sorgen,

dass die Schule an ihrem derzeitigen Standort verbleibt;

dass konkrete Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten vorgesehen werden, damit die dringende Sanierung der Schule durchgeführt werden kann, wobei – wenn möglich – die Arbeiten noch vor Beginn des kommenden Schuljahres fertigzustellen sind.

La scuola media Aufschnaiter, in via Leonardo da Vinci 13 a Bolzano, è la scuola media in lingua tedesca più antica e grande di Bolzano, un edificio e un' istituzione a cui i cittadini sono molto legati. Per questo motivo da anni i rappresentanti dei genitori, gli organi scolastici e numerosi cittadini si stanno impegnando per lasciare la scuola nella sua storica sede. L'edificio, costruito in stile Jugendstil e di notevole valore storico, necessita di lavori di risanamento per la sua conservazione.

Tutto ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

a mantenere la scuola nella sua attuale sede;

a pianificare le modalità operative ed economiche per rendere possibile l'urgente ristrutturazione della scuola, facendo coincidere – se possibile – il termine per la conclusione dei lavori con l'inizio del prossimo anno scolastico.

Es liegt ein Änderungsantrag vom Abgeordneten Köllensperger vor, der wie folgt lautet: Punkt 2 des verpflichtenden Teils wird wie folgt ersetzt:

"2. dass konkrete Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten vorgesehen werden, damit die dringende Sanierung der Schule mit dem frühest möglichen Beginn der Arbeiten durchgeführt werden kann."

"Il punto 2 della parte impegnativa viene sostituito come segue:

"2. a pianificare le modalità operative ed economiche per rendere possibile l'inizio dei lavori dell'urgente ristrutturazione della scuola nel più breve tempo possibile."

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Danke, Herr Präsident! Die Aufschnaiter-Mittelschule ist die größte und traditionsreichste Mittelschule in Bozen und eine echte Institution für die Bozner Bevölkerung, vor allem für jene, die im Zentrum wohnt. Seit Jahren setzen sich Elternvertreter, Schulgremien und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger dafür ein, dass diese Schule an ihrem ursprünglichen Standort bleiben kann. Das im Jugendstil errichtete Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Diesbezüglich hat es bereits einige Anfragen gegeben, auch von Seiten der Kollegen Freiheitlichen. Ich möchte daran erinnern, dass es in den letzten Jahren eine ziemlich konfuse Geschichte rund um diese Schule gegeben hat. Am 26. Juli 2010 wurde ein Vorvertrag zwischen der Gemeinde und dem Land abgeschlossen, wobei im Zuge eines Tauschvorgangs, der etliche Immobilien, Grundstücke und Bauparzellen betraf, das Gebäude der Aufschnaiter-Schule von der Gemeinde an die Provinz übertragen wurde, mit der Auflage, dass das Land alle Sanierungs- und Wartungsarbeiten übernimmt und sich dazu verpflichtet, der Gemeinde ein gewisses Terrain, das gegenüber der Franziskanerschule in der Vintler-Straße liegt, zur Verfügung zu stellen. Das kam aber nie zustande. Der Besitzübergang ist also noch nicht ganz vollzogen, aber langer Rede kurzer Sinn: Dieser Beschlussantrag zielt darauf ab, dass die Landesregierung das in ihrer Macht stehende tut, um die Aufschnaiter-Schule an ihrem aktuellen Standort zu behalten und die dringend nötigen Sanierungs- und Wartungsarbeiten in Auftrag gibt und durchführt. Der Änderungsantrag ändert Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages dahingehend ab, dass der Passus, dass die Arbeiten noch vor Beginn des kommenden Schuljahres abgeschlossen sein müssen, gestrichen wird. Dieser Beschlussantrag ist bereits vor einiger Zeit eingereicht worden, und deshalb wäre das zeitlich natürlich nicht mehr zu schaffen. Jetzt heißt es "*mit dem frühest möglichen Beginn der Arbeiten durchgeführt werden kann*". Ich weiß, dass sich auch der Kollege Steger sehr stark für die Aufschnaiter-Schule eingesetzt hat. Es gab vor wenigen Tagen auch einen Beschluss des Stadtviertel-Rates Bozen Zentrum, der sich für die Annahme dieses Punktes des Beschlussantrages ausgesprochen hat. Ich glaube, dass im Landtag ein großer Konsens quer durch alle Parteien besteht, dass man dafür sorgen muss, dass diese historische Schule an ihrem Ort verbleiben kann. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Die Freiheitliche Landtagsfraktion stimmt diesem Beschlussantrag zu. Wir haben in Vergangenheit mehrmals mittels Anfragen in Erfahrung bringen wollen, wie es mit der Zukunft dieser Schule ausschaut. Der Kollege Köllensperger hat die Verträge bezüglich eines Tausches oder einer Aussiedlung der Schule mit der Gemeinde Bozen bereits erwähnt. Für die Schule wäre es enorm wichtig zu wissen, ob sie bleiben kann oder nicht. Wenn sie bleibt, dann sind selbstverständlich Sanierungsmaßnahmen – teilweise dringende - erforderlich. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, so sind 400.000 Euro für dringende Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Die Frau Direktor ist ja vor einiger Zeit mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit getreten, nachdem ein Teil der Decke herabgebrochen war. So stark sind die Baumängel! Deshalb ist die Problematik sicher allen bekannt. Möglicherweise hat die Landesregierung deshalb nichts getan, weil sie der Meinung war, die Schule aufzulassen. Sonst kann ich mir das am besten Willen nicht vorstellen. Man kann doch nicht Schüler und Lehrpersonen einer tagtäglichen Gefahr aussetzen. Jetzt gibt es einen Hoffnungsschimmer, denn wenn das Land

Geld in die Hand nimmt, um diese Baumängel zu sanieren, dann ist das zumindest ein Anzeichen dafür, dass man sich überlegt, die Schule dort zu belassen.

Die beiden Punkte des beschließenden Teiles sind selbstverständlich zu unterstützen. Die Schule soll am derzeitigen Standort bleiben, und dazu braucht es eine klare Aussage. Es ist nichts schlimmer, auch für eine Schule, ständig im Ungewissen zu sein. Die Perspektive muss schon klar sein, auch für die Schule selber und alle, die dort arbeiten. Dass jene Mängel, die wirklich eine Gefahr darstellen, behoben werden sollen, ist natürlich auch zu unterstützen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Anche noi del gruppo Verde voteremo a favore di questa mozione e quindi a favore del mantenimento della scuola Aufschnaiter nella sua attuale sede, che è quello che la scuola in modo molto forte ha chiesto fin dall'inizio di questa discussione. Ha senso riutilizzare la sede esistente. La scuola non è solo un apparato tecnico ma anche una comunità di persone, di insegnanti, di personale ausiliario, amministrativo, studenti, famiglie e di un quartiere di Bolzano che in questa scuola si riconosce. Quindi la scuola ha chiesto più volte di non essere spostata, di poter mantenere l'attuale sede ristrutturandola e facendo tutti quegli interventi che tra l'altro sarebbero costati molto meno dell'operazione di spostamento di sede per rendere la scuola all'altezza dei tempi moderni e della moderna didattica.

Io ho l'impressione che grazie alla mobilitazione della scuola e attraverso un difficilissimo confronto sia con la Provincia che con il Comune, questo obiettivo sia stato raggiunto. Guardo il collega Steger, e aspetto che lui intervenga, ma ho l'impressione che nonostante le difficoltà che ci sono state, la scuola resterà lì dove è adesso. Per questo chiedo due cose. È proprio così, che la scuola resterà lì dove è? In questo caso la mozione del collega Köllensperger può essere accettata, perché più che un invito fotografa la situazione attuale. La seconda domanda che faccio alla Giunta provinciale è questa: lo spostamento della scuola Aufschnaiter faceva parte di una specie di gioco a scacchi di diversi spostamenti. La scuola doveva andare in via Weggenstein, al posto della scuola doveva venire l'università, c'era una permuta tra Provincia e Comune che implicava anche uno scambio di valori, anzi a me risulta tra l'altro che il Comune ha già incassato i soldi per la scuola von Aufschnaiter, non so se è vero e chiedo conferma. Questo gioco a scacchi tra le varie sedi e questa cessione da parte del Comune di Bolzano è già avvenuta? Il Comune di Bolzano ha già incassato i soldi che erano stati prospettati? E a questo punto, se la scuola von Aufschnaiter resta lì dov'è, quali sono le conseguenze dal punto di vista finanziario? Ci sono stati cioè dei passaggi di cessione tra Comune e Provincia? A chi appartiene a questo punto l'edificio della scuola? E cosa succede in via Weggenstein?

Queste sono le domande che pongo alla Giunta provinciale, se davvero la scuola resta lì, quali sono le conseguenze finanziarie e quali sono le conseguenze strutturali ribadendo il nostro sostegno alla mozione del collega del Movimento 5 Stelle.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Es ist beachtlich, wie sich einige Personen schon seit Jahren darum bemühen, diese Schule zu retten. Wir haben hier im Landtag ja auch schon des Öfteren darüber diskutiert. Dieser Beschlussantrag ist auf alle Fälle unterstützenswert. Einerseits ist es eine Traditionsschule, andererseits ist es auch vom Gebäude her eine interessante Struktur. Man sollte diese Bemühungen auf jeden Fall anerkennen und unterstützen.

STEGER (SVP): Es freut mich, dass dieses Thema auf der Tagesordnung ist, nachdem ich es in meiner Funktion als Stadtbmann der Südtiroler Volkspartei seit Jahren persönlich begleite. Meine Meinung zum Thema Aufschnaiter-Schule ist bekannt. Ich möchte, dass diese Schule an ihrem derzeitigen Standort bleibt. Es stimmt, dass es mit der vorhergehenden Landesregierung schwierige Verhandlungen gegeben hat. Die Bereitschaft und das Verständnis für das, was die Bürger im Einzugsgebiet dieser Schule fühlen – das ist zufällig das Stadtviertel, in dem ich zu Hause bin und in dem auch meine Kinder zur Schule gegangen sind bzw. noch gehen – war relativ. Bei der neuen Landesregierung hat jetzt eine Kehrtwende hinsichtlich dieses Themas stattgefunden. Es gibt ein großes Verständnis für die Notwendigkeit, die Schule an diesem Standort zu belassen. Ich halte es für sinnvoll, dass eine Mittelschule in der Nähe einer Universität oder eines Konservatoriums angesiedelt ist. An dieser Schule werden ja Schulversuche in Bezug auf Musik durchgeführt. Insofern macht es großen Sinn, die Schule dort zu belassen, wo sie derzeit ist. In der letzten Amtsperiode sind Entscheidungen getroffen worden, die mit Verträgen und Verbindlichkeiten zwischen Gemeinde und Land zusammenhängen. Jetzt ist man dabei, das auf alles zu Schiene zu bringen. Die Vorbereitungsarbeiten sind mehr oder weniger abgeschlossen. Jetzt sind die Unterschriften auf eine neue überarbeitete Vereinbarung zwischen Gemeinde und Land zu setzen. Das bedeutet, dass

der zuständige Landesrat die Arbeiten weiterführen wird, auch auf den Impuls des Bildungslandesrates hin. Philipp Achammer setzt sich schon seit langem dafür ein, dass die Standortentscheidung in dem Sinne fällt, wie wir sie als richtig sehen. Ähnlich sieht es auch der Landeshauptmann, und insofern gibt es von Seiten des Landes die Bereitschaft, die nötigen Weichen zu stellen. Man ist ja bereits dabei zu schauen, wie die Umbauarbeiten von statten gehen müssen. Es braucht eine Totalsanierung, die nach der Setzung der Unterschriften in Angriff genommen werden wird. Ich bin davon überzeugt, dass wir dort in wenigen Jahren eine Schule haben werden, deren Infrastruktur den heutigen Ansprüchen gerecht wird. Nachdem schon alles auf Schiene ist, wäre es meiner Meinung nach sinnvoll, die Unterschriften abzuwarten und dann dieses Projekt mit voller Kraft anzugehen. Kollege Köllensperger, da ist alles schon auf dem Weg, auch aufgrund des Einsatzes der Südtiroler Volkspartei der Gemeinde Bozen, die mit der Landesregierung einen Alliierten gefunden hat und auch in der Gemeinde Mehrheiten finden wird. Ich würde den Kollegen Köllensperger also um Aussetzung der Behandlung dieses Beschlussantrages ersuchen. Wir haben uns mit aller Kraft eingesetzt und werden das Ziel kurzfristig erreichen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube, dass es wichtig ist, dass der Landtag zu Positionen Stellung bezieht, die mehrheitsfähig und nicht immer nur im Sinne dessen sind, die Landesregierung aufzufordern, weiterhin etwas zu tun. Es ist erfreulich zu hören, dass hier offenbar bereits Dinge in die Wege geleitet worden sind, aber wenn ich an die letzte Legislaturperiode denke, in der wir immer wieder auf die Problematik der Aufschnaiter-Schule hingewiesen haben, so stand die Mehrheit im Landtag keineswegs so klar hinter diesem Projekt. Diese Anregung ist ja nicht nur eine politische, sondern sie wurde von den Eltern immer wieder an verschiedenen Parteienvertreter des Südtiroler Landtages gerichtet. Es hat auch einmal eine medienwirksame Veranstaltung in der Aufschnaiter-Schule gegeben, bei der auf diese ganzen Missstände hingewiesen wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, hat man es damals so hingestellt, als ob die Aufschnaiter-Schule Zustände hätte wie in der Dritten Welt. Es wurde von Kakerlaken, von schlecht durchlüfteten Klassenräumen usw. berichtet. Dieser Zustand ist nicht tragbar, und deshalb ist es richtig, dass der Landtag hierzu klar Stellung bezieht.

Es freut mich, dass hier auch in der Mehrheit ein Umdenken stattgefunden hat. Die Aufschnaiter-Schule ist nicht ein Gebäude, das nur für sich alleine zu betrachten, sondern das in der Baugeschichte Bozens ein Ensemble darstellt. Die Wenigsten wissen, dass beispielsweise die Aufschnaiter-Schule vom damaligen Stadtbaumeister Wilhelm Kirschner geplant wurde, der ab 1901 für Bozen zuständig war. Er hat aber nicht nur die Aufschnaiter-Schule gebaut, sondern prägende Straßen wie die Sparkassenstraße, das Stadtmuseum, das Sparkassengebäude, bevor es dann vom Faschismus verhunzt wurde, die Goetheschule usw. Auch der erste Entwurf für das Rathaus stammte von ihm. Man bedenke, dass diese Gebäude in einer Zeit gebaut wurden, als es noch keine Klimaanlage gab, aber bereits eine Klimatisierung durch die damaligen technischen Möglichkeiten, beispielsweise durch einen Brunnen im Innenhof. Das sind technische Meilensteine der Stadtgeschichte, die man nicht geringschätzen sollte. Deshalb ist die Aufschnaiter-Schule nicht so sehr unter dem politischen Aspekt, sondern vor allem unter dem bauhistorischen und kulturellen Aspekt zu betrachten. Es wäre auch eine Zweckentfremdung, wenn dieses Gebäude einem anderen Zweck zugeführt würde. Es wurde als Schule konzipiert und Generationen von Boznerinnen und Boznern sind in diesem Gebäude zur Schule gegangen. Ich glaube, dass es ein Aushängeschild für die Geschichte der Stadt Bozen ist. Deshalb stimmen wir diesem Beschlussantrag mit vollster Überzeugung zu.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Sono d'accordo sul recupero di un patrimonio che è della città e che deve essere restituito nel suo pieno splendore alla città stessa, non solo come testimonianza di un momento di rilievo dal punto di vista storico, artistico e architettonico ma anche come luogo di aggregazione sociale all'interno di un tessuto urbano qual è quello del centro nel quale questa scuola ha avuto un ruolo primario, nel quale si sono riconosciute generazioni di studenti e famiglie che hanno costruito con quella realtà un fortissimo legame. Ci sono elementi di funzionalità, una scuola, un luogo tanto importante e pregevole perfettamente inserito nel tessuto urbano, ci sono motivi storici perché sono legati alla storia più autentica della città, ci sono motivi di carattere culturale perché quel luogo è, come giustamente è riconosciuto dalla mozione, un luogo pregevole dal punto di vista culturale e artistico.

Il pensiero corre velocemente ad altre situazioni nella città di Bolzano, come quella del complesso scolastico Pascoli-Longon che ben altro destino sembra avere perché, nonostante le difficoltà economiche di recupero delle cifre necessarie per l'intervento di ristrutturazione è destinato all'abbattimento. Queste situazioni ci portano a ragionare sulla capacità da parte di tutta la nostra comunità di saper fare tesoro del patrimonio artistico, culturale e storico che ci viene consegnato dal passato e che ha la necessità di essere investito per le generazioni future.

Credo che questa mozione, su cui voterò a favore, ci porti proprio a questo tipo di conclusione, che è anche un appello a considerare questo tipo di intervento necessario e opportuno laddove esistono quelle testimonianze del nostro passato più vivo e autentico, perché è il passato della storia più naturale dei cittadini che sono cresciuti in questa città e che quindi si comprenda in questa generale valutazione anche la necessaria azione di tutela e conservazione del complesso Pascoli-Longon.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei): Prima di tutto invito i colleghi a non fare di tuttata l'erba un fascio, nel senso che la situazione della scuola von Aufschnaiter e la situazione del complesso Pascoli sono due cose completamente diverse che non possono essere comparate. Non possiamo sic et simpliciter conservare tutto. Ci sono dei casi in cui la conservazione, la ristrutturazione ha un senso, è opportuna, ci sono dei casi in cui dei progetti non lo consentono. Se vogliamo realizzare il polo bibliotecario plurilingue, cosa che per me è fondamentale come segnale di quello che questa terra vuole essere, è chiaro che si ha bisogno di determinate cubature e determinati spazi, quindi ci sono anche delle scelte tecniche, oltre che politiche, che richiedono di andare in certe direzioni.

Diverso è il caso della scuola von Aufschnaiter, quindi non ne farei neanche un discorso legato ai gruppi linguistici ma farei un discorso puramente tecnico e funzionale come assessore ai lavori pubblici. Da questo punto di vista voi sapete com'è la vicenda, è stata già richiamata. Il progetto della ricostruzione della nuova sede viene sviluppato dalla Ripartizione 11, la ripartizione ai lavori pubblici, viene fatto sulla base di due convenzioni, una del 26/7/2010 e una del 30/12/2011 stipulate fra Provincia autonoma di Bolzano e Comune di Bolzano che prevedono - sono in essere e fin quando ci sono le dobbiamo rispettare - una serie di permutazioni immobiliari e la realizzazione della nuova sede della scuola media von Aufschnaiter. L'accordo contenuto in quella convenzione era che quell'edificio servisse per l'ampliamento della Libera Università di Bolzano. Va detto con grande chiarezza, e non è un mistero, che rispetto a quella convenzione sono mutate le condizioni e si è fatta anche una diversa valutazione di cui si sta più che discutendo con il Comune di Bolzano, nel senso che io non ho nessuna difficoltà a dire che la Giunta provinciale ha incaricato me e la Ripartizione di studiare un progetto di ristrutturazione della scuola nell'attuale sede. Questo studio lo abbiamo fatto nella previsione di mantenere la scuola in quella sede, ristrutturarla completamente, non può richiedere solo i mesi estivi, comprende un certo costo, comprende la realizzazione anche di una palestra che oggi non c'è, e la revisione complessiva delle aule. Questo studio è stato fatto, perché è volontà della Giunta di andare in quella direzione. Proprio oggi ci sarà un incontro con il Comune di Bolzano, perché per passare alla fase attuativa serve modificare quella convenzione. Vi confermo che la volontà è di andare in quella direzione. Ufficialmente la decisione dovrà essere presa contestualmente ad una revisione della convenzione, e dato che la convenzione prevede diverse permutazioni, è una questione abbastanza complessa.

Vista la delicatezza del tema e il fatto che in questo momento stiamo trattando con il Comune di Bolzano, sarei per il ritiro o la sospensione della mozione, per evitare strumentalizzazioni, perché la Giunta provinciale potrebbe dire che lo stiamo già facendo, e io vi posso far vedere il progetto che abbiamo messo in campo, e quindi la bocchiamo. Se l'approviamo si finisce per dire che la scuola von Aufschnaiter l'avete salvata voi. Allora proporrei, siccome qui non si gioca sulla pelle di bambini e ragazzi e le loro famiglie, di approvare questa mozione con l'impegno reciproco di non usarla strumentalmente nel senso di dire: l'ho salvata io, perché c'è veramente la volontà e ce la stiamo mettendo tutta per andare in questa direzione. Informeremo il Consiglio quando gli atti saranno ufficiali. Propongo di approvarla come elemento di condivisione che la maggioranza e la Giunta esprime in questa sede.

ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP): Ich möchte nach der Stellungnahme von Landesrat Tommasini noch einmal unterstreichen, dass wir uns schon seit einiger Zeit darum bemühen, dass die Aufschnaiter-Schule an ihrem heutigen Standort bleiben kann. Die Voraussetzung war, dass sich die Prämissen geändert haben, nämlich, dass die Nutzung des Gebäudes nicht zwangsweise durch die Universität erfolgen muss. Wir wissen aber auch, dass es vertragliche Verpflichtungen gibt und es nicht mit einer Sitzung mit der Gemeinde Bozen getan ist. Wir sind dabei, den vertraglichen Verpflichtungen in dem Sinne nachzukommen, dass eine Totalsanierung des Gebäudes erfolgt. Es wurde mehrmals der Wunsch geäußert, dass die Schulgemeinschaft am heutigen Aufschnaiter-Standort bleiben will. Für uns steht aber außer Frage, dass sofort etwas getan werden muss. Hier gibt es ja schon entsprechende Vorhaben, auch für den heurigen Sommer. Das Land hat bereits eine Million Euro in Sanierungsarbeiten investiert. Die Schulgemeinschaft ist durchaus in einer prekären Situation. Davon konnten wir uns alle vergewissern. Wie gesagt, wir sind auf einem guten Weg. Deshalb

ist es gut, dass innerhalb des Beschlussantrages unterstrichen wird, dass die entsprechenden ersten Schritte gesetzt wurden und weitere folgen müssen, damit dieses Thema abgeschlossen werden kann.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Als ich diesen Beschlussantrag vorher erläutert habe, habe ich den Einsatz des Kollegen Steger entsprechend gewürdigt. Die ganze Geschichte, die Aufschnaiter-Schule an einen anderen Ort zu verlegen, geht auf einen Tauschvertrag zwischen dem ehemaligen Landeshauptmann Luis Durnwalder und dem aktuellen und vielleicht künftigen Bürgermeister der Stadt Bozen Luigi Spagnolli zurück. Es wurde über Sanierungen mit einem Baubeginn ab 2018 gesprochen, was meiner Meinung nach viel zu spät ist. Ich glaube, dass dieser Beschlussantrag Sinn macht, da er ein rasches Handeln fordert. Ich möchte zu Protokoll geben, dass der Einsatz des Kollegen Steger, die Schule an ihrem derzeitigen Standort zu lassen, absolut zu würdigen ist. Dieser Beschlussantrag hat etliche Monate auf den Buckel. Er ist also nicht erst heute Früh eingereicht worden.

Ich bedanke mich für die Unterstützung und glaube, dass es für das Stadtviertel Bozen Zentrum eine gute Nachricht ist, dass bereits Verträge in Ausarbeitung sind, um eine Verlegung der Aufschnaiter-Schule zu verhindern und eine Totalsanierung in Angriff zu nehmen.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Abstimmung: einstimmig genehmigt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 229/14 vom 6.10.2014, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Tinkhauser, betreffend Gewalt an Mitbürgern – Grundkenntnisse der Selbstverteidigung an den Schulen erlernen."**

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 229/14 del 6.10.2014, presentata dai consiglieri Stocker S., Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Tinkhauser, concernente atti di violenza nei confronti di concittadini – imparare le tecniche di base dell'autodifesa nelle scuole."**

Immer öfter hört und liest man von Gewalttaten, welche an Mitbürgern verübt werden. Die Menschen haben immer mehr Angst in den Nachtstunden durch unsere Städte zu gehen. Nicht nur Männer und Jugendliche, sondern auch Frauen werden immer öfter angepöbelt.

Da durch die linke Gutmenschenpolitik derzeit kein hartes Vorgehen der Sicherheitskräfte zu erwarten ist, stellt sich die Frage, wie man den Menschen in unserem Lande anderweitig helfen kann. Vor allem die junge Generation muss davon ausgehen, dass durch die lasche Gesetzgebung die Gewalt steigen und nicht sinken wird.

Es wäre deshalb sicher sinnvoll, wenn die Südtiroler Jugend schon in der Schule die Grundzüge der Selbstverteidigung erlernen würde. Natürlich ist der beste Schutz bei Angriffen die Flucht zu ergreifen. Aber durch das Beherrschen von Grundkenntnissen der Selbstverteidigung könnte man, falls eine Flucht nicht mehr möglich ist, einen Angriff im ersten Moment abwehren.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag,
die Landesregierung
damit zu beauftragen,*

dass an Südtirols Schulen die Grundzüge der Selbstverteidigung im Rahmen des Sportunterrichts oder der Wahlfächer gelehrt werden.

Sempre più spesso si sente e si legge di atti di violenza a danno di concittadini. In città la gente ha sempre più paura di uscire nelle ore notturne. A farne le spese non sono solo uomini e giovani; anche le donne vengono spesso importunate e aggredite.

Visto che a causa del buonismo dei partiti di sinistra attualmente non ci si può aspettare un intervento più energico da parte delle forze dell'ordine, bisogna chiedersi quali altre possibilità ci siano per aiutare i nostri concittadini. Soprattutto i giovani devono sapere che a causa di norme legislative troppo permissive i casi di violenza sono destinati ad aumentare.

Pertanto sarebbe sensato permettere ai giovani altoatesini di imparare i rudimenti dell'autodifesa già a scuola. Ovviamente, in caso di aggressione, la migliore difesa è la fuga, ma se non è più possibile

fuggire, conoscendo le tecniche di base dell'autodifesa si potrebbe reagire in modo adeguato per difendersi dall'aggressore.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

incarica

la Giunta provinciale

di attivarsi affinché nelle scuole dell'Alto Adige nelle ore di educazione fisica o nell'ambito delle materie facoltative vengano insegnate le tecniche di base dell'autodifesa.

Herr Abgeordneter Stocker, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Dieser Vorschlag wurde in den vergangenen Tagen schon in den Medien diskutiert. Zur Zeit erleben wir Einbrüche und Gewalt in einer doch verstärkten Form. Es gibt verschiedene Arten, diesem Phänomen Herr zu werden. Ich unterbreite mit diesem Beschlussantrag den Vorschlag, die Selbstsicherheit der Bürger zu stärken, wobei Selbstverteidigung nicht Gewalt bedeutet. Das möchte ich unterstreichen, denn in den Medien hat man gelesen, dass wir mit Gewalt auf Gewalt antworten möchten. Das stimmt nicht! Es geht um Selbstverteidigung und um Sicherheit. Eine Bürgerin hat auf Facebook geschrieben: "*Ich habe einen Selbstverteidigungskurs gemacht und fühle mich dadurch sicherer.*" Das ist der Ansatz. Die Kampfsportarten sind mittlerweile ja allesamt olympische Disziplinen. Deshalb sollten sie nicht mit Gewalt verbunden werden. Wir glauben, dass man in der Schule die Erlernung der Grundkenntnisse der Selbstverteidigung anbieten könnte. Das heißt, dass man auf gewisse Angriffe mit einer Erstreaktion reagieren kann. Viele Vereine bieten bereits solche Kurse an, wobei sie sehr gut besucht sind, vor allem von weiblicher Seite. Wir glauben, dass das auch eine Bereicherung für die Schulen wäre, da es sich immerhin um eine Sportart handelt. Sollte sich die derzeitige Gesetzeslage in Zukunft nicht ändern, wird die Gewalt nicht abnehmen. Es wäre also nicht schlimm, wenn man in der Schule die Grundkenntnisse der Selbstverteidigung lernt.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Der Kollege Stocker hat dieses Thema bereits in den letzten Tagen mit Eindringlichkeit aufs Tapet gebracht. Wir haben gestern interessiert die Diskussion auf Pro und Contra verfolgt und sehen durchaus, dass im Bereich der Sicherheit einiges zu tun ist. Wir lehnen den Vorschlag der Kollegen Freiheitlichen in dieser Form allerdings deutlich ab. Wir haben nichts gegen Selbstverteidigung. Der Kollege Blaas weiß, dass wir im Rahmen der Grünen Bürgerliste in Brixen einen Kandidaten haben, der Yoseikan Budo lehrt und sehr viel Ahnung von Selbstverteidigung hat. Wir glauben aber, dass die Schule nicht der Ort ist, an dem Selbstverteidigung geübt werden soll. Schule ist ein Ort, in dem der Glaube an friedliche und rechtstaatliche Mittel Priorität haben muss. Wenn man in der Schule die Prinzipien der Selbstverteidigung einführt, dann drückt man damit aus, dass man nicht mehr auf den Rechtsstaat und dessen Sicherheitsorgane vertraut, sondern die Verteidigung selbsttätig in die Hand nehmen muss. Damit wird auch das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt.

Wie gesagt, wir haben nichts gegen das Prinzip der Selbstverteidigung, aber nicht in der Schule. Die Schule ist ein Ort, in dem jene Gewalt, die sonst oft in der Gesellschaft und in Familien verübt wird, keinen Platz haben sollte. Wenn wir die Selbstverteidigung in die Schule mithineinnehmen, wäre dies ein denkbare schlechtes Signal. Deshalb können wir diesem Beschlussantrag, bei aller Anerkennung der Problematik und Schärfe der Analyse, die notwendig ist, nicht zustimmen.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich halte das für eine gute Idee. Warum soll man in den Schulen nicht Selbstverteidigung lernen? Nach Ihrer Logik, Kollege Heiss, müsste man auch Fußballer aus dem Schulsportprogramm, denn Fußball kann durchaus auch gewalttätig sein. Fans – so konnten wir letzthin erst wieder bei den Feyenoord-Fans in Rom feststellen – sind ja auch gewalttätig. Hier geht es um Selbstverteidigung, und ich glaube, dass eine solche Maßnahme im Rahmen des Sportunterrichts in Schulen durchaus gerechtfertigt ist. Im Übrigen sollen wir jetzt nicht so tun, als ob wir über den Dingen stehen würden. Wir haben in den letzten Wochen eine bedenkliche Diskussion in Zusammenhang mit der Ausweisung eines in Bozen lebenden und arbeitenden Pakistaners erlebt. Ich berühre nicht die Frage, ob die Ausweisung rechtlich in Ordnung war oder nicht und auch nicht die Frage, ob der betroffenen Person ein Anwalt zusteht oder nicht. Selbstverständlich darf er das rechtlich klären lassen und selbstverständlich hat ein Anwalt die Pflicht, jemanden zu vertreten. Allerdings haben

wir gemerkt, dass es Gruppen und Einzelpersonen gibt, die diesem Ausgewiesenen sofort zur Seite gesprungen sind und dabei nicht berücksichtigt haben, dass dieser mehrere Sympathiebekundungen zur Terrorgruppe Islamischer Staat offengelegt, also die momentan gewalttätigste Terrororganisation der Welt, deren Grundsprinzip Massenmord ist, verherrlicht hat. Mit diesem Beschlussantrag wird nicht zu Gewalt aufgerufen, sondern es wird einfach gesagt, dass Kinder in den Schulen lernen sollten, wie sie sich selber verteidigen können. Die Schule ist auch ein Ort, an dem man lernen soll, das Leben zu bestehen und zu meistern.

STEGER (SVP): In den letzten Jahren hat es in unserer Gesellschaft eine Entwicklung gegeben, die nicht zufriedenstellend ist. Das sehen wir ja immer wieder in den Medien, vor allem in Bezug auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen. Ich halte es aber für den falschen Weg, wenn man dieses Thema in die Schule bringt. In der Schule gibt es einen Erziehungsauftrag, der in sozialem Lernen, Konfliktfähigkeit und Gewaltprävention besteht. Ich glaube, dass man in diesem Bereich noch einiges tun kann, aber ich glaube nicht, dass wir in der Schule Selbstverteidigung anbieten. In der Freizeit können die Jugendlichen das selbstverständlich machen. Wir müssen das Phänomen ernst nehmen, aber Südtirol ist nicht die Bronx. Es ist nicht so, dass wir einen Notstand hätten. Sicher gibt es Probleme, aber diese gehören nicht in die Schule. Lassen Sie die Richtlinien, die für den Sportunterricht vorgesehen sind, frei und verpflichten Sie die Schule nicht dazu, dieses Programm aufzunehmen. Versuchen wir vielmehr, in die Gewaltprävention zu investieren und den Menschen den Glauben an die Rechtsstaatlichkeit zu geben. Ich halte auch nichts von allzu großem Getöse in Bezug auf Notstandssituationen. Das Phänomen ist ernst zu nehmen, und dazu braucht es Vernunft und eine ruhige Hand. Alles andere wäre fatal.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das Vertrauen in einen Rechtsstaat ist eine tolle Sache, aber das setzt das Vorhandensein eines solchen voraus. Ich weiß nicht, ob man das bei uns so salopp sagen kann. Wenn man weiß, dass Südtirol die höchste Polizeipräsenz italienweit hat, aber nicht in der Lage ist, in Südtirol für Sicherheit zu sorgen, dann kann man einfach nicht von einem funktionierenden Rechtsstaat sprechen. Es ist ein hehres Ziel, den Schülern in der Schule Gewaltprävention beizubringen, aber ich wage schon zu behaupten, dass die Schüler nicht vor Gewalt gewarnt werden müssen. In der Regel geht Gewalt nämlich nicht von den Schülern aus. Es ist also richtig, die Überlegung anzustellen, wie man die Schüler schützen kann. Eine andere Frage ist, ob Selbstverteidigungskurse in der Schule der richtige Weg sind. Da muss ich sagen, dass ich auch große Bedenken habe, und zwar aus mehreren Gründen. Ich stelle mir die Frage, wie das in der praktischen Umsetzung funktionieren soll. Hier steht ja nicht, ab welchem Alter man so etwas machen könnte. Ich wäre vorsichtig, in der Volksschule schon mit Selbstverteidigungskursen zu beginnen. Ein Selbstverteidigungskurs ist ja nicht damit abgeschlossen, dass man irgendwann einmal einen Grundkurs macht. Dafür braucht es regelmäßiges Training, denn sonst läuft man Gefahr, dass das Gegenteil geschieht, nämlich, dass Kindern und Jugendlichen eine falsche Selbstüberschätzung antrainiert wird. Von mir aus können Selbstverteidigungskurse für Jugendliche, aber auch für Erwachsene gefördert werden. Dass in einen Lehrplan mitaufgenommen wird, wie man sich einer Gefahrensituation stellt, wie man in einer Gefahrensituation reagiert und wie man lernt – vor allem Mädchen -, nein zu sagen, ist meiner Meinung nach durchaus in Ordnung, aber den Schülern eine Selbstverteidigung beizubringen, wäre meiner Meinung nach falsch. Ich glaube nämlich, dass das nicht Aufgabe der Schule ist, sondern das ist Aufgabe einer Zivilgesellschaft. Ich sehe es mit Skepsis, dass wir in einer Gesellschaft angelangt sind, in der die Bürger anfangen müssen, sich selber aufzurüsten, weil der Staatsapparat nicht mehr in der Lage ist, für die notwendige Sicherheit zu sorgen. Das ist im Grunde genommen eine Bankrotterklärung der Gesellschaft, denn wenn wir diesen Gedanken weiterspinnen, dann bedeutet das, dass sich die Erwachsenen bewaffnen müssen. Diese Mentalität gibt es in den USA, und wir sehen ja, was dort geschieht.

Wie gesagt, zu einer Förderung von Selbstverteidigungskursen sage ich Ja, aber nicht in der Schule.

MAIR (Die Freiheitlichen): Lieber Sven Knoll, es geht nicht nur darum, dass Mädchen nein sagen, sondern Männer müssen auch verstehen, was nein bedeutet.

Kollege Heiss, ich habe vollstes Verständnis dafür, dass Du die Abhaltung von Selbstverteidigungskursen in der Schule bist, aber ich kann Deine Argumentation nicht ganz nachvollziehen. In den Turnstunden wird sehr häufig Völkerball gespielt. Bei dieser Sportart geht es aber weniger um Völkerverständigung, als vielmehr darum, jemanden abzuschießen. Ist es deshalb ein Kriegsspiel? Mit dem Begriff Selbstverteidigung kann viel gemeint sein. Es ist ein Teil der Prävention, wenn man lernt, wie man sich in bestimmten Situationen richtig verhält. In meinen Augen gehört Selbstverteidigung in der heutigen Zeit zur Bildung dazu. Wir alle wissen, dass Kampfsport nichts mit Aggression zu tun hat. Da geht es immer um ein Zusammenspiel von Körper und Geist. Hier geht es

nicht um rohe Gewalt und Brutalität. Die Kunst des Kampfsports und der Selbstverteidigung ist das genaue Gegenteil von dem, was hier teilweise gesagt worden ist. Es geht um die Vermeidung und um die Abwehr von Angriffen auf die seelische oder körperliche Unversehrtheit. Wenn ich mich an meine Kindheit zurückerinnere, so haben mir meine Eltern eine Art Selbstverteidigung beigebracht, indem sie mir gesagt haben, dass ich nicht zu Fremden ins Auto steigen, mit ihnen reden soll oder ihnen die Tür öffnen soll. Das ist auch eine Form von Selbstverteidigung. Dass man in einer Schule den Sport nicht professionell ausüben kann, ist selbstverständlich, aber meiner Meinung nach könnte man die Turnstunden dadurch sinnvoll ergänzen. Man lernt ja auch Tanzen, was absolut wichtig ist, aber in der Schule wird so viel unterrichtet, dass es überhaupt nichts Schlimmes wäre, wenn man im Rahmen des Turnunterrichts auch Selbstverteidigung lernen würde.

Es geht auch um das Thema der Zivilcourage. Ich möchte nämlich nicht, dass wir Jugendliche oder Kinder vor lauter Gutmenschlichkeit in Watte packen, um allen Problemen aus dem Weg zu gehen. Ich wäre froh, wenn den Kindern und Jugendlichen beigebracht werden würde, wie sie in bestimmten Situationen reagieren sollen. Das lernt man bei Selbstverteidigung.

OBERHOFER (Die Freiheitlichen): Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen, sondern lediglich etwas hinzufügen. In Bruneck wurde eine neue Kletterhalle errichtet, und ich möchte etwas zitieren: "*Sportklettern wird in allen Schulen von der Grund-, Mittel- und Oberschule sowie von den Berufsschulen und der Universität dem allgemeinen Lernprogramm hinzugefügt.*" Mich würde interessieren, was den Eltern lieber ist: Dass ein Kind so schnell wie möglich über eine Wand hinaufklettern kann oder wenn es genau weiß, wie es in einer Notfallsituation reagieren soll? Natürlich haben die Eltern die Aufgabe, den Kindern zu vermitteln, wann man in gewissen Situationen wie reagieren kann und wann das nicht angebracht ist.

TSCHURTSCHENTHALER (SVP): Die Ausführungen der Kollegin Mair, dass die Kinder von den Eltern erfahren sollen, wie sie sich Fremden gegenüber zu verhalten haben, stimmen, denn das sind Grundverhaltensregeln, die für alle wichtig sind. Die Selbstverteidigung als das schnelle Allheilmittel zu sehen, ist für mich problematisch, Kollege Stocker. Wenn ein Schnellkurs gemacht wird, dann besteht die Gefahr, dass man übermütig wird und die Gefahr falsch einschätzt. Dann ist es mir lieber, wenn man die Füße in die Hand nimmt und läuft, als in der Fehleinschätzung einen falschen Schritt zu machen. In China und Japan wird Selbstverteidigung von klein auf gelehrt. Natürlich ist das ohne Zweifel eine große Hilfe, aber meiner Meinung nach ist es mit drei, vier, fünf Stunden nicht getan. Dann ist es besser, wenn man es ordentlich, und zwar außerhalb der Schule lernt. Diesbezüglich wird in Südtirol zum Glück sehr viel angeboten.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Wir haben letzthin immer wieder gehört, wie wichtig Prävention sei. Mit der Selbstverteidigung hätten wir ein wichtiges Instrument, das nicht viel kosten und wirklich Früchte bringen würde. Bei Besuch von Selbstverteidigungskursen – Judo, Taekwondo, Karate usw. – wird ja nicht nur des lieben Schlagens willens gelernt, sondern da wird vor allem eine Körperbeherrschung gelernt und eine Persönlichkeitsbildung betrieben. Das hilft dann vielerorts bei der sogenannten Konfliktdeeskalation, die sehr wichtig ist. Was ist am schlimmsten? Wenn ein verunsicherter Gegner auf einen noch unsichereres Opfer trifft, denn dann ist der Grundsatz "wer zuerst schlägt, schlägt zwei Mal" gegeben. Dagegen wäre durchaus ein Kraut gewachsen, nämlich dann, wenn die Leute lernen, mit Gefahrensituationen umzugehen. In vielen Staaten wird beispielsweise die Mitarbeit in einem Boxverein als Resozialisierungsmaßnahme angeboten, weil man eine Gemeinschaft bildet und lernt, die eigene Aggression besser unter Kontrolle zu halten und eventuell auf Gefahren anders, überlegter und angemessener zu reagieren. Deshalb ist der Beschlussantrag des Kollegen Stocker durchaus sinnvoll.

Problematisch sehe ich, dass man immer von Kampfsportarten spricht. Es ist in dem Sinne Kampfsport, dass es körperlich anstrengt und es körperliche Kontakte gibt, aber es geht nicht um Kampf oder Sieg um jeden Willen.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte nur noch kurz in persönlicher Angelegenheit sprechen. Der Kollege Pöder hat vorher den Fall des ausgewiesenen Pakistaners erwähnt und dessen Gesinnung massiv inkriminiert. Die Äußerungen diesen jungen Pakistaners mögen bedenklich sein, aber wir kennen sie nur zum Teil, da sie der Geheimdienst sofort vom Schirm genommen hat. Noch bedenklicher halten wir die Praxis dieses Staates, der ohne langes Hin und Her einen jungen Mann, der zwanzig Jahre unbescholten in Südtirol gelebt, bei der Landesverwaltung gearbeitet, perfektes Südtiroler Deutsch hat und unter Umständen mit IS

sympathisiert hat, ausgewiesen hat. Hier fehlt es an Rechtsstaatlichkeit. Diese gilt es zu stärken und nicht die Gewaltfähigkeit und Verteidigungsfähigkeit in den Schulen!

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Aus meiner Sicht ist dieser Vorschlag des Kollegen Stocker nicht abwegig. Sport ist wichtig und fördert die Gesundheit. Sport als Selbstverteidigung stärkt das Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen. Außerdem kann man sich mit dieser Sportart entsprechend verteidigen, wenn Gefahr in Verzug ist. Ich kenne selber viele Kollegen, die eine Kampfsportart ausüben. Das sind wirklich Leute, die sehr friedliebend sind. Der Begriff "Kampfsport" ist etwas negativ behaftet, aber dem ist in der Realität nicht so.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Die Diskussion entwickelt sich gut. Man findet überall ein Argument dafür und sucht dann aber gleichzeitig auch eines, das dagegen spricht. Eigentlich braucht man sich nur den beschließenden Teil durchzulesen: "*Grundzüge der Selbstverteidigung sollen im Rahmen des Sportunterrichts gelehrt werden.*" Was ist hier bitte schlimm? Wir möchten ja alle, dass sich die Kinder bewegen. Hier kommt keine neue Belastung auf die Schulen zu, denn ich würde es verstehen, wenn man den Schulen etwas ganz Neues auflasten würde. Die Schule hat sowieso schon viel zu tragen und ist mit Aufgaben überfrachtet. Ein Argument kann man nicht entkräften: Bei allem, was mit Sicherheit zu tun hat, hören wir sofort, dass man da nicht zuständig wäre. Hier kann man das nicht sagen. Wo wir kleine Schritte setzen können, sollen wir das auch tun. Die Freiheitlichen versuchen immer, dieses Argument zu entkräften. Ich will jetzt nicht eine philosophische Erklärung über Kampfsport oder Nicht-Kampfsport abgeben. Das ist Bewegung und Erziehung. Es wurde bereits gesagt, dass es auch Selbstbeherrschung ist. Wenn man das mit Gewalt in Verbindung bringen will, dann dürfte man es auch niemals zulassen, dass Leute auf den Schießstand gehen. Silvius Magnago war ein überzeugter Sportschütze, wobei er immer einer der Besten war. Er war Kriegsteilnehmer und hatte sicher keine Lust, das mit seiner Verwundung im Nachhinein mit Kampf und Gewalt in Verbindung zu bringen. Er hat es der Selbstbeherrschung wegen getan. Die Gewaltbekämpfung ist auf jeden Fall hoheitlich auszuüben. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, dass man Bürgerwehren mit Waffen in Verbindung bringen kann. Das muss hoheitlich ausgeübt werden. Um das geht es hier aber nicht. In Fußballstadien, wo Gewalt Gang und Gebe ist, werden Leute eingesetzt, um die Aggressionen gar erst nicht entstehen zu lassen. Diese Leute haben das gelernt und tun sich somit auch leichter. Mens sana in corpore sano sehe ich auch unter diesem Gesichtspunkt. Wir sind weit davon entfernt, hier in irgendeiner Weise Gewalt anerkennen zu wollen. Wenn man von Rechtsstaatlichkeit spricht, dann möchte ich die Zeiten ansprechen, als deutsche Jugendliche in Südtirol im Dunste des Rechtsradikalismus vermutet wurden. Wenn wir gesagt hätten, dass hier die Rechtsstaatlichkeit gefehlt hätte, dann möchte ich sehen, wie man darauf geantwortet hätte. Rechtsstaatlichkeit kann nicht subjektiv wahrgenommen und schon gar nicht gepredigt werden. Man erwartet sich immer, dass man sich an die Spielregeln hält.

Einen letzten Satz. Der Kollege Heiss hat erzählt, dass ein unbescholtener Bürger ausgewiesen wurde. Die "Schläfer" des Attentats vom 11. September waren solide Bürger und angepasst. Das hat man zumindest geglaubt. Ich will damit nicht sagen, dass auch diese Person eine Gefahr darstellt, aber Garantie gibt es keine. "Schläfer" haben es an sich, in die Gesellschaft einzugliedern, um aufgenommen zu werden. Sonst könnten sie das nie ausüben. Sie müssen unverdächtig sein. Das ist so ähnlich wie bei den Geheimdiensten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich hätte eine Frage an die Einbringer, weil hier jetzt zwei verschiedene Sachen erklärt wurden. Im beschließenden Teil des Beschlussantrages steht, dass die Grundzüge der Selbstverteidigung gelehrt werden sollen. Die Kollegin Ulli Mair hat im Rahmen ihrer Stellungnahme aber auch andere Dinge gesagt, beispielsweise, dass man nicht in ein fremdes Auto einsteigen soll usw. Da geht es also um die Grundzüge der Gefahrenprävention. Was beabsichtigt der beschließende Teil des Beschlussantrages konkret? Sonst könnte man es ja so formulieren, dass in den Schulen der richtige Umgang mit Gefahrensituationen gelehrt wird. Darunter würde dann ja auch eine gewisse Form der Selbstverteidigung fallen, aber auch der richtige Umgang der Zivilgesellschaft mit Gefahrensituationen. So könnten vielleicht auch mehrere Abgeordnete dem Beschlussantrag zustimmen.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich möchte ganz kurz zu dem Stellung nehmen, was der Kollege Knoll gesagt hat. Ich habe in meinen Ausführungen gesagt, dass wir die Selbstverteidigung ja schon alle in unserer Kindheit beigebracht bekommen haben. Das hat nichts mit diesem Beschlussantrag zu tun. Meine Eltern haben wir gesagt: "Nimm keine Zuckerlen von alten Herren, steig nicht zu Fremden ins Auto, öffne nicht die Tür." Das wird in den

Schulen sicher auch gesagt. Wir haben oft gehört, dass sich vor den Schulen in Südtirol Pädophile aufhalten würden. Das, was ich gesagt habe, war als Beispiel gemeint.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Ho fatto fatica a comprendere il filo del ragionamento delle critiche che si sono svolte sulla mozione che è stata presentata, che propone una riflessione molto seria su come affrontare, con strumenti di capacità di autocontrollo e di autogestione, situazioni al limite del rischioso per coloro che vi si dovessero trovare coinvolti. Non ho altro da aggiungere se non la condivisione del principio fondamentale al quale questa mozione si è ispirata, ritenendo che peraltro la scuola sia il luogo dell'educazione anche di questo tipo di predisposizione e capacità, quindi voterò a favore.

ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stocker, ich würde mir wünschen, dass man über wirkliche Gewaltprävention so engagiert wie über dieses Thema diskutieren würde. Zunächst müssen wir einmal den Begriff Prävention klären. Selbstverteidigung ist nicht Prävention, sondern wenschon Gewaltverhinderung in einer gewissen Situation und eine konkrete persönliche Intervention. Prävention heißt es – so steht es auch im Duden –, dass man etwas vermeidet, dass es gar nicht erst passiert. Mir ist eines nicht ganz klar. Im Vorspann des Beschlussantrages steht, dass wir darauf reagieren müssen, dass die Sicherheitskräfte nicht hart genug tätig sind. Deshalb müsse man den Menschen anderweitig helfen. Schauen wir uns einmal die konkrete Ist-Situation in Südtirol an. Die Gewaltübergriffe haben zwar in der Anzahl nicht zugenommen, aber – und das ist besorgniserregend – es gibt einige Fälle von sehr roher Gewalt. Stellen wir uns einmal vor, dass wir auf solche Fälle von roher Gewalt mit Selbstverteidigung reagieren. Das ist nicht die richtige Antwort, wenngleich Sie so argumentieren. Intervention in Fällen von roher Gewalt und Gewaltübergriffen ist Aufgabe der Sicherheitskräfte. Es wäre falsch, auf rohe Gewaltübergriffe, die es in der jüngsten Vergangenheit leider gegeben hat, mit Selbstverteidigung zu reagieren. Wenn wir wirklich Gewaltprävention betreiben wollen, dann müssen wir zunächst einmal die Frage stellen, warum überhaupt Gewalt entsteht. Gewalt ist nicht ein ethnisches Thema oder ein Thema der Herkunft, sondern Gewalt ist eine soziale Thematik. Was sind die Gründe für Gewalt? Wir müssen nichts neu erfinden, sondern müssen uns nur fragen, was man vorbeugend tun kann, damit es gar nicht erst zu Gewalt kommt. Eine Studie zur Jugendgewalt aus dem Jahr 2009 auf bundesdeutscher Ebene besagt Folgendes: "*Bildung wird allgemein als Schutzfaktor gegenüber kriminellem Verhalten betrachtet.*" Da haben auch wir etwas zu tun. Schauen wir uns die konkreten Situationen an. Da gibt es eine persönliche Herkunft, Sozialisierung und persönliche Motive, die vielleicht zu einer Straftat führen können. Es gibt auch gewisse Muster, und genau dort müssen wir tätig werden. Es fällt sehr häufig auf, dass Straftäter oft diejenigen sind, die keine Perspektive, keine Qualifikation, keinen Abschluss einer Ausbildung haben, arbeitslos sind und leider zu Gewalt oder kriminellem Verhalten tendieren könnten. Setzen wir also dort an. Wir können wir auf Auffälligkeiten reagieren und versuchen, jemanden zu einer Qualifikation hinzuführen, der vielleicht einer Gefahr für das Begehen einer Straftat unterliegen könnte? Das zu verhindern, ist Prävention, und hier müssen wir in erster Linie tätig sein.

Ich habe ein Problem damit, wenn man sagt, dass das die Schule erledigen muss. Schule muss mit ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag im Bereich der wirklichen Prävention tätig sein. Zu glauben, dass man mit Selbstverteidigung in den Schulen ein Problem lösen könnte, geht vollkommen an der Thematik vorbei. Wenn irgendwo ein Gewaltübergriff passiert, dann gibt es ein Treffen mit den Sicherheitskräften und wir reden über verstärkte Polizeipräsenz. Die wirkliche Diskussion muss aber noch einen Schritt weiter gehen. Schaffen wir es tatsächlich, angemessen und vorbeugend zu reagieren, damit Gewalt tatsächlich abnehmen kann? Wir haben gestern in der Landesregierung über verschiedene Maßnahmen gesprochen, die man in diesem Zusammenhang ergreifen kann. So müssen wir beispielsweise stark im Bereich des Schulabbruchs arbeiten, auch bei jungen Migranten. Leider sind der Großteil von Schulabbrechern junge Migranten. Wir können sie nicht in die Arbeits- oder Perspektivlosigkeit entlassen. Programme in den Schulen, um Gefährdungen zu erkennen und auf Gefahren zu reagieren, gibt es bereits. Gerade die Förderung von sogenannten Lebenskompetenzen spielt eine sehr große Rolle. Sehen wir auch die verschiedenen Dimensionen von Gewalt. Wir sprechen immer über körperliche Gewalt, aber es gibt auch psychische Gewalt. Mobbing ist ein zunehmendes Thema und in diesem Zusammenhang vor allem auch der Umgang mit Medien. Darüber hinaus ist das nicht nur Aufgabe der Schule, sondern weiterer Partner im außerschulischen Bereich, beispielsweise der Streetworker. Es gibt beispielsweise ausgebildete Streetworker in Meran, die im Bereich der Minderung von Aggressionen tätig und auch in den Nachtstunden und am Wochenende unterwegs sind. Gewalt steht ja zu 80 Prozent in Verbindung mit Alkohol.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass dieses Thema ernst zu nehmen ist. Es ist nicht zu überspitzen bzw. wir müssen von der realen Situation, die wir haben ausgehen. Wir müssen im Bereich der Prävention tätig werden. Selbstverteidigung in Schulen ist sicher nicht die richtige Maßnahme. Wir tun gut daran, wenn die Schule ihrem wirklichen Bildungsauftrag gerecht wird, denn das ist tatsächliche und richtige Gewaltprävention. Deshalb werden wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich danke mich für die vielen Wortmeldungen und möchte sagen, dass es eine sehr sachliche Diskussion war. Ich glaube, dass Selbstverteidigung Prävention ist und dass es in der Schule Schüler gibt, die gewalttätig sind. Diese könnten durch so einen Kurs mehr Selbstbeherrschung lernen. So muss man diese Kampfsportarten sehen. Man lernt nicht, Gewalt auszuüben, sondern sich zu beherrschen. Wir haben vielleicht verschiedene Ansätze, wie wir an die Problematik herangehen wollen. Für mich ist es einfach ein Recht, dass sich ein Mensch, der angegriffen wird, wehren kann. Wenn jemand in mein Haus kommt, dann habe ich das Recht, mich zu wehren. Ich sehe da nichts Schlimmes. Es ist nicht schlimm, wenn Schule auf die Herausforderungen der heutigen Zeit reagiert. Schule kann doch nicht nur etwas Statisches sein. Es ist doch nicht schlecht, wenn man diese Art Sport in die Turnstunden miteinbaut. Mir ist es lieber, wenn Menschen die Grundzüge der Selbstverteidigung kennen, als wenn am 25. November – dem Tag der Gewalt an Frauen - viele mit einer weißen Masche herumlaufen. Das sage ich ganz ehrlich, und hier spreche ich vor allem die Frauen an, auch jene im Hohen Haus! Frauen haben viel mehr Angst als Männer. Deshalb besuchen auch mehr Frauen Selbstverteidigungskurse.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung und teile nochmals mit, dass die nachmittägige Sitzung erst um 15.00 Uhr beginnt, da um 14.30 eine Fraktionssprechersitzung stattfindet.

ORE 12.44 UHR

ORE 15.06 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 273/14 vom 22.12.2014, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend die Einrichtung eines eigenen Ressorts für Unabhängigkeit und Wiedervereinigung."**

Punto 8) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 273/14 del 22/12/2014, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante l'istituzione di un assessorato per l'indipendenza e la riunificazione."**

Die nun seit Jahren anhaltenden Autonomieverletzungen seitens Italiens beweisen, dass es einen Kurswechsel in der Zukunftsfrage für Süd-Tirol braucht. Die Entwicklungen in Europa, allen voran in Schottland und Katalonien, unterstreichen außerdem, dass die internationalen Voraussetzungen dafür günstig wie lange nicht sind. Der Weg in die Unabhängigkeit von Italien und damit in eine gesicherte Zukunft für unser Land, sei es in Form eines eigenen souveränen Staates oder durch die Wiedervereinigung mit dem Bundesland Tirol, wird aber weniger ein Sprint als vielmehr ein Marathonlauf sein; ein Prozess, der sorgfältig und konsequent vorbereitet und geführt werden muss! Historische und aktuelle Entwicklungen zeigen, wie ein solcher Prozess befeuert und begleitet werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 unter der Bezeichnung "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" ein eigenes Ressort für die Wiedervereinigung errichtet. 1969 erhielt es die neue Bezeichnung "innerdeutsche Beziehungen", eine programmatische Änderung, mit der die neue Ostpolitik zum Ausdruck kam. 1991 wurde dieses Ministerium dann aufgelöst. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte während der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag in Bonn am 28.

November 1989 einen Zehn-Punkte-Plan zur schrittweisen Wiederherstellung der deutschen Einheit vor. Seine Worte beschrieben treffend, wofür das einstige "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" stand:

"Der Weg zur deutschen Einheit, das wissen wir alle, ist nicht vom "grünen Tisch" oder mit einem Terminkalender in der Hand zu planen. Abstrakte Modelle kann man vielleicht polemisch verwenden, aber sie helfen nicht weiter. Aber wir können, wenn wir nur wollen, schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen!"

Diese Etappen beschrieb Bundeskanzler Kohl in seinem berühmt gewordenen Zehn-Punkte-Plan:

"Erstens: Die Bundesregierung ist zu sofortiger, konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. Viertens: Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, zu schaffen. Sechstens: Die künftige Architektur Deutschlands muss sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Siebtens: Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als europäisches Anliegen. Achters: Der KSZE-Prozeß ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zehntens: Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung."

Auch Südkorea hat ein eigenes Ministerium für die Wiedervereinigung. Dieses befasst sich mit Fragen, die in ähnlicher Art auch für Südtirol zutreffend sind: Welche Maßnahmen müssen auf politischer, administrativer und polizeilicher Ebene getroffen werden, wenn zwei Länder sich wiedervereinigen? In welcher Form kann dies geschehen? Welche Probleme gibt es? Wie kann die politische Aufarbeitung angegangen werden?

Aus all diesen Erfahrungen heraus stellen die Unterfertigten folgenden Antrag:

Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:

1. Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, ein eigenes Ressort für Unabhängigkeit und Wiedervereinigung, das ein/eine Landesrat/Landesrätin ohne zusätzliche Kosten mit übernehmen soll, einzuführen.
2. Der/die Landesrat/Landesrätin soll dem Landtag im Halbjahresrhythmus über den Fortschritt der Arbeiten Bericht erstatten.

Le ripetute violazioni dell'autonomia di cui l'Italia si è resa responsabile negli ultimi anni dimostrano che occorre un cambio di rotta nelle strategie per il futuro della Provincia di Bolzano. Gli sviluppi in Europa, in particolare in Scozia e Catalogna, dimostrano che la situazione internazionale è più che mai favorevole in tal senso. Il cammino che porta all'indipendenza dall'Italia e a un futuro certo per la nostra terra – a prescindere dal fatto che ciò avvenga in forma di Stato sovrano o tramite la riunificazione con il Land Tirolo – assomiglia più a una maratona che non a una gara di velocità; è un processo che va preparato e attuato con cura e coerenza!

La storia e gli sviluppi attuali insegnano come sostenere e accompagnare un processo di questo tipo. Nel 1949 nella Repubblica federale tedesca venne istituito il "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen", cioè il ministero federale per la questione tedesca, un dicastero dedicato alla riunificazione. Nel 1969 il nome cambiò strategicamente in "Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen", cioè ministero federale per le relazioni interne tedesche, a sottolineare la nuova Ostpolitik. Nel 1991 questo ministero fu abolito. Il 28 novembre 1989 durante la discussione sul bilancio nel parlamento tedesco a Bonn, il Cancelliere Helmut Kohl presentò un programma in 10 punti per la riunificazione. Le sue parole descrivono in modo calzante le finalità di quello che un tempo era il ministero federale per la questione tedesca:

"Come tutti sappiamo, il percorso per arrivare alla riunificazione tedesca non è programmabile a tavolino o con un calendario alla mano. Modelli astratti si possono forse utilizzare a fini polemici, ma non sono di alcuna utilità. Se vogliamo possiamo invece sin d'oggi preparare le varie tappe che ci porteranno a raggiungere il nostro scopo!"

Il Cancelliere Kohl ha descritto queste tappe nei suoi ormai famosi 10 punti:

"Primo: il Governo federale è disposto a intervenire concretamente lì dove ora serve il suo aiuto. Secondo: il Governo federale proseguirà nella collaborazione con la DDR in tutti i settori direttamente utili alle persone nelle due parti. Terzo: mi sono offerto di ampliare il nostro aiuto e la nostra collaborazione, se nella DDR viene messo in atto un cambiamento sostanziale e irreversibile del sistema politico ed economico. Quarto: questa collaborazione richiederà progressivamente anche istituzioni comuni. Quinto: siamo però anche disposti a fare un ulteriore decisivo passo in avanti ovvero sviluppare strutture confederate tra i due Stati tedeschi al fine di creare una federazione, vale a dire un ordinamento federale. Sesto: la futura struttura architettonica della Germania deve inserirsi all'interno della futura architettura europea. Settimo: il processo di riconquista dell'unità tedesca è una questione di importanza europea. Ottavo: gli accordi di Helsinki sono parte integrante dell'architettura europea. Nono: per superare la divisione dell'Europa e della Germania bisogna rapidamente compiere importanti passi nel disarmo e nel controllo degli armamenti. Decimo: la riunificazione, vale a dire la riconquista dell'unità dello Stato tedesco, resta l'obiettivo politico del Governo federale tedesco."

Anche la Corea del Sud ha un ministero per la riunificazione che si occupa di questioni simili a quelle che interessano anche la Provincia di Bolzano: quali misure devono essere adottate a livello politico, amministrativo e di ordine pubblico quando due Paesi si riunificano? In quale forma può avvenire la riunificazione? Quali sono i problemi? Come si può gestire il nuovo assetto politico?

Sulla base di tutte queste esperienze,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera quanto segue:

1. La Giunta provinciale viene incaricata di istituire un assessorato per l'indipendenza e la riunificazione, sotto la guida di un assessore/una assessora senza costi aggiuntivi.
2. L'assessore/L'assessora deve relazionare semestralmente il Consiglio provinciale sull'andamento dei lavori.

Herr Abgeordneter Zimmerhofer, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident!

Die nun seit Jahren anhaltenden Autonomieverletzungen seitens Italiens beweisen, dass es einen Kurswechsel in der Zukunftsfrage für Süd-Tirol braucht. Die Entwicklungen in Europa, allen voran in Schottland und Katalonien, unterstreichen außerdem, dass die internationalen Voraussetzungen dafür günstig wie lange nicht sind. Der Weg in die Unabhängigkeit von Italien und damit in eine gesicherte Zukunft für unser Land, sei es in Form eines eigenen souveränen Staates oder durch die Wiedervereinigung mit dem Bundesland Tirol, wird aber weniger ein Sprint als vielmehr ein Marathonlauf sein; ein Prozess, der sorgfältig und konsequent vorbereitet und geführt werden muss!

Historische und aktuelle Entwicklungen zeigen, wie ein solcher Prozess befeuert und begleitet werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 unter der Bezeichnung "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" ein eigenes Ressort für die Wiedervereinigung errichtet. 1969 erhielt es die neue Bezeichnung "innerdeutsche Beziehungen", eine programmatische Änderung, mit der die neue Ostpolitik zum Ausdruck kam. 1991 wurde dieses Ministerium dann aufgelöst. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte während der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag in Bonn am 28. November 1989 einen Zehn-Punkte-Plan zur schrittweisen Wiederherstellung der deutschen Einheit vor. Seine Worte beschrieben treffend, wofür das einstige "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" stand:

"Der Weg zur deutschen Einheit, das wissen wir alle, ist nicht vom "grünen Tisch" oder mit einem Terminkalender in der Hand zu planen. Abstrakte Modelle kann man vielleicht polemisch verwenden, aber sie helfen nicht weiter. Aber wir können, wenn wir nur wollen, schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen!"

Diese Etappen beschrieb Bundeskanzler Kohl in seinem berühmt gewordenen Zehn-Punkte-Plan:

"Erstens: Die Bundesregierung ist zu sofortiger, konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Zweitens: Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Drittens: Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. Viertens: Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch gemeinsame Institutionen erfordern. Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, zu schaffen. Sechstens: Die künftige Architektur Deutschlands muss sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Siebtens: Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als europäisches Anliegen. Achtens: Der KSZE-Prozeß ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zehntens: Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung."

Auch Südkorea hat ein eigenes Ministerium für die Wiedervereinigung. Dieses befasst sich mit Fragen, die in ähnlicher Art auch für Süd-Tirol zutreffend sind: Welche Maßnahmen müssen auf politischer, administrativer und polizeilicher Ebene getroffen werden, wenn zwei Länder sich wiedervereinigen? In welcher Form kann dies geschehen? Welche Probleme gibt es? Wie kann die politische Aufarbeitung angegangen werden?

Aus all diesen Erfahrungen heraus stellen die Unterfertigten folgenden Antrag:

*Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:*

Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, ein eigenes Ressort für Unabhängigkeit und Wiedervereinigung, das ein/eine Landesrat/Landesrätin ohne zusätzliche Kosten mit übernehmen soll, einzuführen.

Der/die Landesrat/Landesrätin soll dem Landtag im Halbjahresrhythmus über den Fortschritt der Arbeiten Bericht erstatten.

Jetzt wird wahrscheinlich die Frage kommen, welches Mitglied der Landesregierung diesen Bereich übernehmen sollte. Meines Erachtens sollte es Chefsache sein, wobei keine zusätzlichen Kosten entstehen sollten. Dieser Schritt hätte natürlich schon vor Jahren gemacht werden müssen, beispielsweise im Jahr 1989, als die Berliner Mauer fiel. Damals wäre eine gute Gelegenheit gewesen, Nägel mit Köpfen zu machen. Man hat aber die Zeit verstreichen lassen und im Jahr 1992 mit der Abgabe der Streitbeilegungserklärung viele Bereiche – Toponomastik usw. – einfach ausgeklammert. Wertvolle Jahre sind vergangen, und mittlerweile haben wir ja gesehen, dass die Autonomie beschnitten wurde. Wir hätten aber die Möglichkeit, das Ruder nochmals herumzureißen und Fakten zu schaffen.

STEGER (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich würde den Kollegen Zimmerhofer ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages kurzfristig auszusetzen, da der Landeshauptmann etwas später kommt.

PRÄSIDENT: Wenn alle einverstanden sind, dann können wir das schon machen. Ich sehe keine Einwände, somit fahren wir mit der Behandlung eines anderen Beschlussantrages fort.

Punkt 14 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 325/15 vom 16.2.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend die Verwirklichung von dringenden wichtigen Bauvorhaben für Bozen."

Punto 14) all'ordine del giorno: "Mozione n. 325/15 del 16/2/2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la realizzazione opere prioritarie per Bolzano."

Für die Entwicklung unseres Landes und unserer Autonomie, für den Umweltschutz, den sozialen Frieden und die Ausbildung sind drei Elemente von grundlegender Bedeutung. Das erste Element, das das Land im Hinblick auf die Verwirklichung des "Klimalandes" besonders gefördert hat, hat uns eine Vorreiterstellung in Italien beschert. Das zweite Element ist ein wesentlicher Bestandteil der Autonomie und wurde bereits während der ersten Landeshauptmannschaft von Magnago mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht.

Im Laufe der vergangenen Legislaturperioden wurden Projekte zum Ausbau des Straßennetzes in die Wege geleitet und auch abgeschlossen, wodurch das Straßennetz unseres Landes wesentlich

verbessert wurde. Es wurden wichtige Umfahrungsstraßen gebaut, die nicht nur für die direkt betroffenen Ortskerne wichtig waren, sondern auch für einen reibungslosen Verkehr auf den Straßen gesorgt haben, auf denen sich vorher gerade in der Nähe oder direkt in den Ortskernen häufig Staus gebildet hatten. Ein mäßig schneller, flüssiger Verkehr verringert die Luftverschmutzung; ein klares Beispiel hierfür ist die Entscheidung Tirols, auf der Autobahn vom Brenner bis Kufstein die Geschwindigkeit des Verkehrs zu drosseln. Wenn durch Geschwindigkeitsverringerung die Umweltschäden vermindert werden, so werden durch weniger Staus die durch die Mobilität in den Ortskernen ausgestoßenen Emissionen ebenfalls verringert.

Der soziale Frieden ergibt sich durch das Zusammenleben der Sprachgruppen. Das Zusammenleben wird durch die Kenntnis des anderen, der Sprachen, der Kultur und der gemeinsamen Traditionen gefördert. Dieser Aufgabe hatte sich Magnago bereits während seiner ersten Landeshauptmannschaft verschrieben, indem allen Sprachgruppen eine gleiche Lebensqualität geboten wurde. Während dieser ersten Landeshauptmannschaft fand der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegsjahre statt, es gab Arbeit und den Babyboom. Auch derzeit nimmt der Lebensstandard der Bevölkerung Spitzenplätze in den Wirtschafts- und Gesellschaftsranglisten ein, sodass die Landeshauptstadt Bozen auch heuer wieder als zweitreichste Stadt Italiens gewertet wird.

Die Aus- und Fortbildung stellt als solche eine große Herausforderung dar, denn sie ist gemeinsam mit dem Produktionssektor der Bereich, der eine konstante Erneuerung erfordert, um der örtlichen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt gewissermaßen eine "glokale" Konkurrenzfähigkeit zu sichern.

Bozen wird in Südtirol als ein wichtiges Zentrum sei es für die kulturelle Innovation, sei es für das friedliche Zusammenleben gewertet. Trotzdem benötigt gerade die Landeshauptstadt die größten Investitionen für Einrichtungen, die für diese Zweckbestimmung dienlich sind.

Was den Verkehr angeht, so leidet Bozen unter starken Staus auf der durch die Stadt verlaufenden Staatsstraße 12, was zu einer Zunahme der örtlichen Luftverschmutzung und Verlangsamung des Verkehrs für die von Norden, Osten und Süden kommenden und durch die Südtiroler Landeshauptstadt fahrenden Autofahrer führt.

Was Bozen als Labor des Zusammenlebens und wichtigsten Sitz der Universität angeht, so ist der Bau einer einzigen Landesbibliothek und die Umstrukturierung des Gebäudes, in dem derzeit das Konservatorium untergebracht ist, von besonderer Dringlichkeit, um ein glaubwürdiges innovations- und bildungsorientiertes Projekt fortzusetzen.

Es scheint wohl kein Zufall zu sein, dass die derzeitige Landesregierung in dieser Legislaturperiode die öffentlichen Arbeiten den Regierungspartnern der italienischen Sprachgruppe anvertraut hat. Vielleicht ist es eine Zeichen dafür, dass man den Bauvorhaben, die insbesondere die Landeshauptstadt betreffen, eine größere Aufmerksamkeit beimessen will.

Demnach misst die Landesregierung der Umfahrung Bozens der SS12, dem Tunnel unterhalb des Grumer Ecks, der Landesbibliothek und dem Umbau des Konservatoriums besondere Dringlichkeit bei.

All dies vorausgeschickt,
fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf,

die Projektierung und die Investitionen für die dringlichen Bauvorhaben, wie in der Einleitung angeführt, innerhalb dieser Legislaturperiode in Angriff zu nehmen.

Nel progettare lo sviluppo della nostra Provincia e della sua Autonomia, rispetto per l'ambiente, pacificazione sociale e istruzione restano tre elementi fondanti. Il primo elemento promosso dalla Provincia nell'ottica di una visione "KlimaLand" ci pone in una posizione di eccellenza in Italia. Il secondo è parte integrante del progetto di Autonomia promosso con attenzione fin dalla prima presidenza Magnago.

Nel corso delle ultime legislature sono stati messi in opera e realizzati progetti di viabilità che hanno consentito notevoli migliorie su tutte le assi viarie della Provincia. Sono state realizzate delle varianti utili non solo ai centri urbani direttamente coinvolti, ma indispensabili soprattutto a garantire quei flussi continui di traffico che fino a prima erano congestionati proprio in prossimità e all'interno dei centri urbani. Un traffico scorrevole a velocità controllata riduce l'inquinamento e vi è un chiaro esem-

pio in tal senso nella scelta del Tirolo austriaco di calmierare il traffico veicolare sull'autostrada da Brennero fino a Kufstein. Se riducendo la velocità si migliora l'impatto ambientale, riducendo i tempi di congestionamento del traffico si abbattano le emissioni dovute alla mobilità nei centri urbani.

La pacificazione sociale passa per la convivenza tra i gruppi linguistici. Convivenza che passa a sua volta attraverso la conoscenza dell'altro, delle lingue, della cultura e delle tradizioni comuni. Un impegno che fu già della prima presidenza Magnago, concretizzatosi con l'offrire a tutti i gruppi linguistici pari qualità della vita. In quella prima presidenza vi fu la ripresa economica del dopoguerra, il lavoro e il boom demografico. Tuttora lo standard di benessere della popolazione resta ai vertici delle classifiche economiche e sociali, tanto da registrare ancora quest'anno il dato che vede il capoluogo Bolzano seconda città più ricca d'Italia.

L'istruzione è di per sé sempre una grande sfida perché è il comparto insieme a quello produttivo che richiede un processo d'innovazione costante, tale da rendere alla popolazione locale una capacità competitiva nel mercato del lavoro che si potrebbe ormai definire "glocale".

La città di Bolzano è considerata nella nostra Provincia un laboratorio importante sia per il processo di innovazione culturale che per la pacifica convivenza. Tuttavia, è proprio il capoluogo che oggi richiede un maggior investimento in strutture utili allo scopo.

Per quanto riguarda il traffico veicolare, Bolzano subisce oggi un grave congestionamento del traffico sulla direttiva della SS 12 che passa per la città e causa un notevole aumento dell'inquinamento locale oltre a un disagio con il rallentamento delle utenze che provengono dalle direttive nord, ovest e sud e intersecano proprio nel capoluogo sudtirolese.

Per quanto riguarda Bolzano laboratorio della convivenza e sede universitaria principale, la costruzione del polo bibliotecario unico e il rifacimento dell'edificio che attualmente ospita il Conservatorio sono diventate priorità per il proseguo di un progetto credibile in tema di innovazione e istruzione.

Non pare un caso la scelta dell'attuale Giunta provinciale di voler affidare per questa legislatura i lavori pubblici alla sua componente italiana. Forse un segnale di maggior attenzione per quelle opere che investono in particolare il capoluogo Bolzano.

Sono quindi priorità per questa Provincia la realizzazione a Bolzano della circonvallazione della SS 12, del tunnel sotto il Monte Tondo – Grumer Eck, del polo bibliotecario e del rifacimento del Conservatorio.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

a prevedere la progettazione e gli investimenti per le opere prioritarie come da premesse, entro questa legislatura.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

ARTIOLI (Team Autonomie): *"Nel progettare lo sviluppo della nostra Provincia e della sua Autonomia, rispetto per l'ambiente, pacificazione sociale e istruzione restano tre elementi fondanti. Il primo elemento promosso dalla Provincia nell'ottica di una visione "KlimaLand" ci pone in una posizione di eccellenza in Italia. Il secondo è parte integrante del progetto di Autonomia promosso con attenzione fin dalla prima presidenza Magnago.*

Nel corso delle ultime legislature sono stati messi in opera e realizzati progetti di viabilità che hanno consentito notevoli migliorie su tutte le assi viarie della Provincia. Sono state realizzate delle varianti utili non solo ai centri urbani direttamente coinvolti, ma indispensabili soprattutto a garantire quei flussi continui di traffico che fino a prima erano congestionati proprio in prossimità e all'interno dei centri urbani. Un traffico scorrevole a velocità controllata riduce l'inquinamento e vi è un chiaro esempio in tal senso nella scelta del Tirolo austriaco di calmierare il traffico veicolare sull'autostrada da Brennero fino a Kufstein. Se riducendo la velocità si migliora l'impatto ambientale, riducendo i tempi di congestionamento del traffico si abbattano le emissioni dovute alla mobilità nei centri urbani.

La pacificazione sociale passa per la convivenza tra i gruppi linguistici. Convivenza che passa a sua volta attraverso la conoscenza dell'altro, delle lingue, della cultura e delle tradizioni comuni. Un impegno che fu già della prima presidenza Magnago, concretizzatosi con l'offrire a tutti i gruppi linguistici pari qualità della vita. In quella prima presidenza vi fu la ripresa economica del dopoguerra, il lavoro e il boom demografico. Tuttora lo standard di

benessere della popolazione resta ai vertici delle classifiche economiche e sociali, tanto da registrare ancora quest'anno il dato che vede il capoluogo Bolzano seconda città più ricca d'Italia.

L'istruzione è di per sé sempre una grande sfida perché è il comparto insieme a quello produttivo che richiede un processo d'innovazione costante, tale da rendere alla popolazione locale una capacità competitiva nel mercato del lavoro che si potrebbe ormai definire "glocale".

La città di Bolzano è considerata nella nostra Provincia un laboratorio importante sia per il processo di innovazione culturale che per la pacifica convivenza. Tuttavia, è proprio il capoluogo che oggi richiede un maggior investimento in strutture utili allo scopo.

Per quanto riguarda il traffico veicolare, Bolzano subisce oggi un grave congestionamento del traffico sulla direttiva della SS 12 che passa per la città e causa un notevole aumento dell'inquinamento locale oltre a un disagio con il rallentamento delle utenze che provengono dalle direttive nord, ovest e sud e intersecano proprio nel capoluogo sudtirolese.

Per quanto riguarda Bolzano laboratorio della convivenza e sede universitaria principale, la costruzione del polo bibliotecario unico e il rifacimento dell'edificio che attualmente ospita il Conservatorio sono diventate priorità per il proseguo di un progetto credibile in tema di innovazione e istruzione.

Non pare un caso la scelta dell'attuale Giunta provinciale di voler affidare per questa legislatura i lavori pubblici alla sua componente italiana. Forse un segnale di maggior attenzione per quelle opere che investono in particolare il capoluogo Bolzano.

Sono quindi priorità per questa Provincia la realizzazione a Bolzano della circonvallazione della SS 12, del tunnel sotto il Monte Tondo – Grumer Eck, del polo bibliotecario e del rifacimento del Conservatorio.

Tutto ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita la Giunta provinciale a prevedere la progettazione e gli investimenti per le opere prioritarie come da premesse, entro questa legislatura."

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei): Non possiamo che essere d'accordo con questa mozione. Chiedo solo di concordare una modifica nella parte dispositiva, perché noi queste cose le vogliamo fare e anche prioritariamente, però non so se riusciremo a fare tutto in questa legislatura. Allora anche per evitare di creare troppe aspettative, è importante una volta di più impegnarsi ma chiedo di cambiare le parole da "in questa legislatura" con "in via prioritaria". E adesso spiego il perché. In particolare sono stati citati tre progetti importanti. Per quanto riguarda il polo bibliotecario stiamo lavorando e la Giunta provinciale si è impegnata a trovare finanziamenti. In questa direzione si sta lavorando nonostante le difficoltà del momento e c'è un impegno forte.

Per quanto riguarda il rifacimento del Conservatorio abbiamo una mozione precedente a cui risponderà il presidente, c'è l'impegno a proseguire compatibilmente con le risorse finanziarie a disposizione, ma anche qui è previsto un intervento per lotti, perché non si può fare tutto subito, ma ce ne stiamo occupando.

Per quanto riguarda invece la circonvallazione, va detto che questa Giunta ha inserito il progetto per la prima volta nel piano delle opere pubbliche. E vorrei si riconoscesse a questa Giunta anche dal punto di vista di Bolzano che mentre per anni, quando è stato fatto il programma di Giunta si è detto prima di tutto che noi inseriamo ulteriori opere nel cosiddetto "Tifbauprogramme" che era già molto corposo, e noi dobbiamo garantire non solo di inserire le opere in bilancio, ma che vengano realizzate. Dobbiamo dare dei tempi, una volta si poteva pensare di avere risorse infinite, oggi non è più così. Oggi dobbiamo progettare e mettere al centro le opere che riteniamo strategiche, anche avendo il coraggio di dire alcuni no. Quindi si è detto prima di tutto di fare una lista di priorità e non inseriamo ulteriori progetti nella lista delle opere pubbliche, perché continuare ad approvare ipotesi di progetto e poi non riuscire a realizzarle o comunque spostarle nel tempo non sarebbe serio.

L'unico progetto che è stato inserito nella lista delle opere pubbliche in questa legislatura è stata proprio la cosiddetta "variante di Bolzano", tutte le altre sono opere che erano già state previste, di cui sono già state elaborate le caratteristiche tecniche a testimonianza della grande importanza che questa amministrazione imputa alla variante non solo per i cittadini di Bolzano ma anche per i cosiddetti "city user". Se la viabilità di Bolzano funziona ne hanno un vantaggio tutti i cittadini dell'Alto Adige-Südtirol, se non funziona questo si ripercuote su tutte le valli.

Dobbiamo anche sapere che la variante di Bolzano in realtà è un progetto molto complesso che si articola almeno su tre assi: l'asse del Virgolo, l'asse di collegamento con la Mebo e l'asse di collegamento con la val Sarentino e Monte Tondo. In particolare sui primi due c'è già un'idea forte di come proseguire, per esempio sulla variante del Virgolo è prevista una strada a doppia canna, mentre sul monte Tondo siamo ancora a livello di definizione del tracciato. Ne stiamo parlando anche in questi giorni con il Comune di Bolzano. Il finanziamento è cor-

poso, richiede circa 400 milioni di euro. Ringrazio anche il presidente della Giunta, perché abbiamo lavorato tutti insieme per dire che siccome sarebbe irrealistico pensare di trovare dall'oggi al domani 400 milioni, si è inserita prioritariamente questa opera pubblica all'interno delle opere di compensazione ambientale per quanto riguarda il rinnovo della concessione della A22, cosa che è in discussione in questo momento a livello nazionale e anche europeo, indicandola proprio come un'opera strategica e importantissima non solo per il nostro territorio. È chiaro che se un cofinanziamento dovesse avvenire, come noi auspichiamo, da questo processo, ci sarebbe un grande lancio per questo cofinanziamento. C'è la volontà di questa amministrazione, quindi chiedo di non specificare "entro questa legislatura" ma non perché non lo vogliamo fare entro questa legislatura, ma perché non è giusto prendersi impegni che poi non dipendono solo da questa amministrazione, però che queste per noi siano opere prioritarie è indubbio.

Chiedo quindi di modificare la parte dispositiva in questo senso e non possiamo che ribadire, come abbiamo fatto anche prima, che per la nostra amministrazione sono priorità e quindi se viene condivisa a livello di Consiglio provinciale non può che essere positivo.

ARTIOLI (Team Autonomie): Accetto la modifica, per cui nella parte impegnativa le parole "entro questa legislatura" vengono sostituite con le parole "in via prioritaria".

PRÄSIDENT: In Ordnung. Ich eröffne die Abstimmung: mit 13 Ja-Stimmen und 11 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir kommen zurück zu Beschlussantrag Nr. 273/14. Herr Abgeordneter Zimmerhofer, bitte.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe meine Ausführungen schon vorher gemacht, deshalb gebe ich das Wort weiter.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mein Kollege Zimmerhofer greift hier ein ansprechendes Thema auf, denn es wäre wirklich einmal interessant zu studieren, wie andere Völker und Länder, die geteilt wurden, mit der Frage der Zusammenarbeit, aber auch der Frage der Unabhängigkeit und Wiedervereinigung umgehen. Vor wenigen Wochen hat der ehemalige Tiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner der Südtirol-Politik die Rute ins Fenster gestellt und gesagt, dass in Südtirol der Wille nach einer wirklichen Zusammenarbeit nicht immer gegeben sei. Ich will die Schuld nicht Südtirol alleine zuschieben, denn diese ist sicher auf beiden Seiten zu suchen. Es kann niemand leugnen, dass bei schönen Sonntagsreden immer von der geistig-kulturellen Einheit Tirols gesprochen wird, aber wenn es dann darum geht, diese Einheit mit Leben zu füllen, dann sieht man davon nur wenig. Ich rede gar nicht einmal von großen Paradebeispielen wie der ursprünglich angedachten Bankenfusion, sondern von ganz alltäglichen Dingen. Man bedenke, dass man die direkte Zugverbindung von Lienz nach Innsbruck hat sterben lassen. Wenn nicht einmal das möglich ist, dann fragt man sich natürlich, wie es um den Willen zu einer wirklichen Zusammenarbeit und Wiedervereinigung bestellt ist.

Wir haben uns überlegt, wie man dem entgegengehen könnte. Es gibt verschiedene Gremien, die sich einzeln mit diesen Thematiken befassen. Es gibt im Parlament in Wien einen Südtirol-Unterausschuss, in dem jede Partei des österreichischen Parlaments einen eigenen Südtirol-Sprecher ernennt, der sich mit dem Thema Südtirol befasst. Im Bundesland Tirol gab es das "Referat S" – Viktoria Stadlmayer -, das in weiterer Folge dem Landeshauptmann übertragen wurde und sich auch mit den Fragen der Zusammenarbeit auseinandergesetzt hat. Was haben wir auf Südtiroler Seite? Im Landtag gibt es keinen einzigen Ausschuss, der in irgendeiner Form mit der Zusammenarbeit mit dem Südtirol-Unterausschuss im österreichischen Parlament Kontakt hält. Es gibt keinen eigenen Ausschuss, der sich mit den politischen Themen der Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol auseinandersetzt. All das haben wir einfach nicht! Das ist ein Stück weit auch eine vergeudete Chance, denn in so einem Ausschuss könnte die Vorarbeit dafür geleistet werden, wie man die Zusammenarbeit effektiv verbessern und wie ein politisches Projekt in Zukunft ausschauen kann. Deutschland hat eine ähnliche Erfahrung der Teilung erlebt wie Tirol. Dort wurde ein eigenes Ministerium für Wiedervereinigung und in der Folge ein Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten geschaffen. Warum soll so etwas nicht auch in Tirol möglich sein? Warum soll im Rahmen der bestehenden Landesregierungen von Südtirol und dem Bundesland Tirol jeweils ein Landesrat/eine Landesrätin mit dieser Thematik betraut werden? Wir haben den Dreier-Landtag, zu dem wir uns alle zwei Jahre treffen und gut essen und gut trinken. Wir beschließen dort auch wunderbare Sachen, aber die Leute gehen dann mit dem Gefühl nach Hause, dass das, was der ehemalige Nordtiroler Landeshauptmann Weingartner gesagt hat, eine nette Fleißaufgabe war, aber nicht der Eindruck, etwas weitergebracht zu haben. Das ist schade, denn hier

vergeuden wir nicht nur gemeinsame Ressourcen, sondern auch Zeit. Jahr um Jahr streicht ins Land, ohne dass sich irgendetwas Substanzielles ändern würde. Wir glauben, dass ein Ressort für innertirolesche Angelegenheiten ein gutes Instrument wäre, um die Zusammenarbeit zu forcieren. Es fehlt einfach an institutionellen Anknüpfungspunkten. Der Landeshauptmann hat immer wieder Kontakt mit dem Landeshauptmann von Tirol oder mit anderen österreichischen Politikern, aber die Abgeordneten haben gar keine Kontakte, obwohl es in Parlament in Wien einen Südtirol-Unterausschuss gibt. Warum gibt es im Südtiroler und Tiroler Landtag nicht einen solchen Ausschuss für die Zusammenarbeit? Dort könnten die verschiedenen Volksvertreter ihre Ideen einbringen, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit möglich wäre bzw. wo ließen sich gemeinsame Initiativen setzen lassen. Das wären Möglichkeiten einer wirklichen Zusammenarbeit. Ich bin jetzt sieben Jahre hier im Landtag und erlebe bei jeder Landesfeier, wie toll doch die Landeseinheit sei. Bisher sind wir aber keinen Schritt weitergekommen. Wir sind noch immer im Staat Italien! Zwar haben wir in manchen Bereichen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, aber wir haben noch keine grenzüberwindende Zusammenarbeit! Es scheitert einfach an wesentlichen Punkten. Da rede ich nicht von der Einrichtung eines gemeinsamen Museums oder von der Zusammenarbeit auf universitärer Ebene. Wenn die Vertretung der Bauern sagen würde, dass die Landwirtschaft in Südtirol und jene in Tirol nicht verschiedene Interessensvertretungen brauchen und man deshalb einen gemeinsamen Verein gründen wolle, so wäre das rechtlich nicht möglich. Wir haben diese Frage im letzten Jahr beim Forum Alpbach gestellt. Dabei wurde uns klar geantwortet, dass so etwas nicht möglich wäre, auch nicht über den EVTZ. Mit den Parteien ist es genauso. Bis zum heutigen Tag ist es nicht möglich, eine grenzüberschreitende Partei zu schaffen. Die SVP könnte nicht mit der ÖVP eine einheitliche Partei bilden. All das sind Dinge, die nicht möglich sind und im alltäglichen Leben einer wirklichen Zusammenarbeit im Wege stehen. Oder stellen wir uns auch eine andere Frage: Herr Landeshauptmann, was wäre, wenn zwei Grenzgemeinden sagen würden, dass sie gerne fusionieren würden? Das wäre nicht möglich! Daran sehen wir, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit einfach noch Illusion ist. Die zwei Grenzgemeinden können zwar kooperieren, aber eine wirkliche Zusammenarbeit oder vielleicht gar Fusionierung ist nicht möglich. In Winnebach hatte man eine Zeit lang keinen eigenen Pfarrer und hat deshalb diskutiert, ob nicht der Pfarrer von Sillian die Messen abhalten könnte. Das war nicht möglich, da Sillian zu Österreich und Winnebach zu Italien gehört. Selbst im Glauben sind Grenzen gesetzt. Der Wille zur wirklichen politischen Arbeit ist einfach nicht vorhanden. Die Menschen spüren die Europaregion Tirol im alltäglichen Leben nicht. Das zeigen nicht zuletzt die Umfragen, die klar ergeben haben, dass die Europaregion Tirol für die Menschen nicht in der Form spürbar ist, wie wir Politiker es uns wünschen würden. Es fehlt auch an einer politischen Zusammenarbeit, wobei dort natürlich auch Parteiinteressen eine Rolle spielen. Hier geht es aber nicht um Parteiangelegenheiten oder um verschiedene politische Zukunftsvisionen. Es geht nur um die Frage, wie man auf institutioneller Ebene eine Zusammenarbeit verstärken kann. Wir haben gesehen, dass das in Deutschland funktioniert hat. Selbst Korea hat ein solches Ministerium für Wiedervereinigungsfragen, wobei ich nicht unbedingt sagen möchte, dass man Korea als Beispiel hernehmen sollte. Man kann sich die verschiedenen Modelle ja einmal anschauen. Die zehn Punkte, die mein Kollege Zimmerhofer vorher verlesen hat, sagen eigentlich alles aus. Die deutsche Frage ist eine europäische Frage. Genauso verhält es sich mit Tirol. Die Tiroler Frage ist eine innereuropäische Frage und keine italienische oder österreichische Frage. Wünscht man sich wirklich ein Europa der Völker und Regionen, in dem auch eine institutionelle Zusammenarbeit möglich ist oder wünscht man sich nur eine Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene? Wir sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit nicht auf staatlicher, sondern auf institutioneller Ebene über die Regionen geregelt werden sollte. Dazu braucht es politische Gremien in den Kommunen, Ländern und auf Bundesebene. Der Landeshauptmann sollte damit beauftragt werden, sich um die Fragen der innertiroleschen Angelegenheiten zu kümmern. In weiterer Folge könnte im Südtiroler und Tiroler Landtag ein Ausschuss eingerichtet werden, in dem man über all diese Fragen debattieren kann. Andere Völker sind schon Meilen weiter und überlegen sogar schon, wie sie sich in gewissen Bereichen unabhängig machen können und wir berufen uns immer darauf, dass das schwierig sei, Parteiinteressen im Wege stehen würden, die staatliche Gesetzgebung dies nicht zulassen würde usw. Wir fragen uns nie, wo wir in Südtirol anfangen könnten, die Beziehungen zum Bundesland Tirol zu verstärken. Darum geht es in diesem Beschlussantrag.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Die Zustimmung zu einem solchen Beschlussantrag hängt natürlich auch sehr stark vom Standpunkt der jeweiligen Partei ab. Es geht um die Grundfrage, ob man die Autonomie oder die Frage der Unabhängigkeit und eines künftigen Zusammenschlusses mit Österreich in den Mittelpunkt rückt. Das ist schon eine jeweils unterschiedliche Frage, die im Fall der Süd-Tiroler Freiheit natürlich klar beantwortet ist. Das als Einschränkung vorausgesetzt, möchte ich dem Kollegen Zimmerhofer sagen, dass das deutsche Vorbild in diesem Fall nicht sonderlich wegweisend ist. Sicher, es hat ein gesamtdeutsches

Ministerium und ähnliche Einrichtungen gegeben, die den Zusammenhang beflügelt oder befördert haben. Aber gerade das angeführte Beispiel Kohl macht deutlich, dass das nicht so sehr von Institutionen, Dienststellen und anderen Ämtern abhing, sondern von der energischen dezidierten Initiative eines Staatsmannes wie es eben Kohl war, der seine Strickjacke zusammengeschnürt und ab Herbst 1989 – zunächst im Alleingang – die deutsche Einheit vorangetrieben hat. Da hat ihn kein innerdeutsches Ministerium sonderliche Hilfestellung gegeben, sondern es war der Moment, der Kohl angetrieben hat. Darauf kommt es in erster Linie an. Ich glaube nicht, dass man Vereinigungsprozesse durch Institutionalisierung wesentlich unterstützt. In diesem Zusammenhang möchte ich an das anknüpfen, was der Kollege Knoll gesagt hat und schon eine verstärkte Zusammenarbeit in den Mittelpunkt rücken. Es stimmt, dass uns Wendelin Weingartner die Rute ins Fenster gestellt hat, aber das gilt vor allem für die Regierung Durnwalder, der sehr darauf bedacht war, die Eigenständigkeit Südtirols und die spezielle Sonderrolle Südtirols hervorgehoben hat. In den letzten Jahren hat sich aber schon eine positive Entwicklung zu Gunsten einer verstärkten Zusammenarbeit gezeigt, zu der wir als Grüne - ich im Besonderen - stehen. Wir halten eine Zusammenarbeit doch für eine wesentliche Sache. Es geht über die Vereinigung kirchlicher Körperschaften hinaus. Die Franziskaner haben sich in einer einzigen Ordensprovinz vereint, was zumindest ein Fortschritt ist, aber auch im landwirtschaftlichen Bereich hat es sich doch ergeben, dass die Tiroler Milch über den Brenner hereinfließt. Es gibt also eine Reihe von Kooperationen, die auch auf institutioneller Ebene fortgeschrieben werden sollten. Ich glaube, dass der Prozess der Annäherung auf der Ebene der Zivilgesellschaft und der Politik verstärkt werden sollte. Insofern teilen wir einen Teil des Geistes dieses Beschlussantrages, wenn auch nicht seine Einheitskonsequenz.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Prima di iniziare a discutere della mozione bisognerebbe capire qual è la Corea del Nord e la Corea del Sud nel nostro caso, nel senso che se noi siamo la Corea del Sud e invece la Corea del Nord è il Tirolo, poi bisogna capire se il Nord Tirolo è la DDR e noi siamo la Germania libera. Sgomberiamo il campo da questi equivoci e poi avremo dei parametri migliori di riferimento! Ovviamente la butto in battuta come sempre faccio quando si portano temi un po' esilaranti all'attenzione del Consiglio provinciale.

Per tornare su un piano di dignitoso confronto, sempre in questi casi vengono citati esempi a sproposito. Non si può paragonare situazioni in cui si univano tedeschi con tedeschi o si vorrebbero unire coreani con coreani con una situazione totalmente diversa, nel cuore dell'Europa, in una Europa unita e libera del 2015. Sono situazioni imparagonabili ma continuiamo purtroppo ad agitare nell'ambiguità temi che non riescono e non riusciranno mai a metterci di fronte a delle analisi serene. E l'analisi serena è una: questa provincia fonda la propria natura sull'autonomia, che è frutto di un patto che ha voluto fondare le radici di una collaborazione in un sistema che è stato condiviso dalla Repubblica austriaca, dalla Repubblica italiana, dalle popolazioni dell'Alto Adige in tanti anni di pratica. Questo sistema dell'autonomia non può essere considerato transitorio o semplicemente una tappa di un percorso che porta ad altro, perché immaginare questo tipo di evoluzione significa mettere in discussione gli stessi presupposti di pacificazione che l'autonomia ha voluto costituire, l'autonomia come strumento per riuscire a compensare esigenze molto diverse. Non si può per 70 anni spremere l'autonomia e lo Stato italiano come un limone – lo ricordate, lo diceva l'on. Brugger – e poi dopo 70 anni dire: abbiamo scherzato, oggi si può andare oltre, perché tanto basta superare di un metro il limite che ci siamo dati e saremo in una nuova dimensione: quella della secessione, quella dell'extraterritorialità. Non è questo il presupposto su cui è stato costruito il sistema sul quale anche per tanti anni è stata costituita la grande retorica dell'autonomia. C'è sempre da distinguere fra giusto riconoscimento del valore delle cose e dei sistemi e retorica. Noi abbiamo vissuto anche tanta retorica su questo nostro sistema. Dopo tanta retorica e tanto investimento di risorse, di passione, di sacrifici e anche di rinunce da entrambe le parti, credo che non si possa, in maniera così allegra e spregiudicata, poter giocare sul tema della secessione che è e rimane una provocazione e una frattura, un dire: signori, noi non accettiamo il sistema della convivenza che l'autonomia ha determinato e che è fondata su un patto che le parti hanno accettato come elemento fondante, la convivenza delle popolazioni nell'unità delle volontà positive di vedere un proprio futuro proiettato in una dimensione europea e non ristretto nell'ambito di nuovi confini che l'Europa mai potrebbe, e di questo siamo tutti consapevoli, accettare e tollerare.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Leitner das Wort gebe, möchte ich die Klassen 2G und 2F der technischen Fachoberschule Bozen mit Professor Planer begrüßen und im Landtag willkommen heißen.
Kollege Leitner, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich verstehe nicht, warum der Kollege Urzi alle Vorschläge als Provokation empfindet, die ihm nicht unbedingt passen. Ich sehe darin überhaupt keine Provokation. Das ist eine normale Forderung. Ich beginne mit dem zehnten Punkt, den die Einbringer in ihrem Beschlussantrag zitieren. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl hat gesagt: *"Die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands bleibt das politische Ziel der Bundesregierung."* Ich möchte wissen, ob das Ziel der Landesregierung die Wiedervereinigung oder die Unabhängigkeit Südtirols ist. Wenn eines nicht das politische Ziel ist, dann hat auch das andere keine Bedeutung. Darum geht es! Man muss die Zielsetzung kennen. Sonst muss ich der Landesregierung unterstellen, dass sie den Verbleib Südtirols bei Italien will. Wenn ich die politische Ausrichtung nicht kenne, wir das andere nichts bringen, wobei eine Zusammenarbeit natürlich trotzdem möglich ist. Wir haben Rückschritte gemacht, denn es gab ja auch schon einmal einen Zweier-Landtag. Den gibt es nicht mehr und der Dreier-Landtag ist eher eine Verhinderung für ein besseres Zusammenwachsen der beiden Tiroler Landesteile. Vielleicht ist er auch deshalb geschaffen worden. Das könnte eine böse Unterstellung sein, aber ich stelle das in Frage. Wir haben auch anderswo nach dem Zweiten Weltkrieg Rückschritte gemacht. Der Kollege Knoll hat die Kirche angesprochen. Die Teilung der Diözese erfolgte im Jahr 1964. Bis 1964 waren wesentliche Teile Tirols noch beim Bistum Vorarlberg/Innsbruck. Das haben wir freiwillig gemacht. Und dann kam die Ära Durnwalder, wo jede Einrichtung, die im Bundesland Tirol gemacht wurde, auch in Südtirol geschaffen wurde. Man hat eher getrennt, als zusammengeführt. Der politische Wille zur Zusammenarbeit muss auch an Taten erkennbar sein und nicht nur in Sonntagsreden gepredigt werden. Wir haben in Vergangenheit einmal die Einführung eines sogenannten Harmonisierungsamtes vorgeschlagen. Da ist nicht der politische Wille die Grundlage, sondern die Herausforderung auf dem Markt. Dort geht die Einigung viel leichter. Vereinigungen haben meistens aus wirtschaftlichen Gründen stattgefunden, übrigens auch in Deutschland. Die DDR war am Boden. Als autonomes Land hätten wir sicher das Interesse einen Schritt weiterzugehen, aber darüber werden wir sicher im Rahmen des Autonomiekonventes reden. Dann werden wir ja sehen, wer für die Unabhängigkeit, für die Wiedervereinigung oder für beides in Schritten ist.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Es wäre ein deutliches Signal, wenn man so etwas in der Landesregierung schaffen würde. Womit ich in diesem Beschlussantrag aber nicht einverstanden bin, ist die Erwähnung, dass das ganze ohne zusätzliche Kosten geschehen soll. Das soll nicht als Kritik an die Einbringer gelten, aber wir sind mittlerweile soweit gekommen, dass alles, was wir tun sollten und möchten, nichts kosten darf. Politik und Demokratie sollen nichts kosten, und wenn wir etwas Zusätzliches machen wollen, dann wird der Landesrat, der so etwas übernimmt, nicht mehr Entschädigung erhalten, aber er wird Mitarbeiter und ein Amt brauchen. Ich bin nicht der Meinung, dass es nichts kosten darf. Man verplempert hier ja kein Geld, sondern man setzt es ein, weil man der Meinung ist, dass so etwas sinnvoll ist.

Ich bin auf alle Fälle der Meinung, dass der Landtag der Landesregierung diesen Auftrag erteilen sollte.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bezeichnung *"Einrichtung eines eigenen Ressorts für Unabhängigkeit und Wiedervereinigung"* geht selbst mir als bewusste Tirolerin einen Schritt zu weit. Ich möchte die Kollegen der Süd-Tiroler Freiheit darauf hinweisen, in welchen Bereichen es bereits eine Zusammenarbeit gibt. Wir müssen diese Zusammenarbeit ausbauen, und zwar sowohl auf Tiroler, als auch auf Südtiroler Seite. Ich möchte einige Treffen erwähnen, bei denen ich anwesend war und muss sagen, dass dabei auch der Kollege Knoll immer dabei war. Wenn ich an das Forum Alpach und an den Tirol-Tag denke, so könnte das ausgebaut werden. Wenn etwas mehr Abgeordnete des Südtiroler Landtages an diesem Tirol-Tag interessiert wären, dann wäre das ein konkretes Zeichen. Ich habe nicht den Eindruck, dass das Bedürfnis, zusammenzugehen, von beiden Seiten groß wäre. Gerade bei diesem Tirol-Tag in Alpbach hat mich ein Tiroler gefragt: *"Wie weit haben wir uns schon auseinandergeliebt?"* Kollege Knoll, wir waren auch beide bei einem Treffen im Zillertal. Auch dieses siebenjährige Treffen ist zwar schön, muss aber mit neuem Leben erfüllt werden. Hier muss man konkret ansetzen.

KNOLL: *(unterbricht)*

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Genau. Ich denke, dass wir einmal mit den Organisatoren im Tauferer Ahrntal Rücksprache halten sollten. Ich erinnere an das Alpentreffen der Schützen in Niederdorf, bei dem der Tiroler Landeshauptmann anwesend war und eine Ansprache gehalten hat. Es gibt also heute schon viele Initiativen. Es gibt auch die gemeinsame Auszeichnung von Menschen – jedes Jahr am 15. August in Innsbruck -, und

ich glaube, dass auch das eine Aktivität ist, die man nicht separat machen muss. Am letzten Samstag wurde im Rahmen der Bauernbundversammlung der ehemalige Tiroler Landeshauptmannstellvertreter und langjährige Bauernbundobmann von Tirol Toni Steixner mit der goldenen Ehrennadel des Bauernbundes Südtirol ausgezeichnet. Wenn im Rahmen des Südtirolkonvents herauskommen sollte, dass wir hier noch mehr tun sollten, dann werde ich die Erste sein, die mitarbeiten und versuchen wird, diese gemeinsame Beziehung zu verstärken.

MAIR (Die Freiheitlichen): Nur ganz kurz ergänzend zu dem, was mein Kollege Leitner bereits gesagt hat. Herr Landeshauptmann, wenn Sie sich an die Sondierungsgespräche mit den einzelnen Fraktionen erinnern, so haben wir ja auch über dieses Thema gesprochen. Von uns kam damals der Vorschlag, für solche Geschichten die EURAC – dort gibt es ja das Institut für Föderalismus – mehr in die Pflicht zu nehmen. Hat sich etwas in diese Richtung getan? Sie waren damals ja durchaus an dieser Geschichte interessiert. Wir haben damals gesagt, dass es einmal interessant wäre, wenn die EURAC berechnen würde, was die Unabhängigkeit kosten würde. Es wird ja immer wieder gesagt, dass wir uns das nicht leisten können.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte sagen, dass Vergleiche immer nur mit italienischen Regionen gemacht werden und nie mit Österreich, obwohl man im Tourismus und in der Wirtschaft Österreich näher ist als so mancher italienischer Region. Es ist wichtig, dass man hier grenzübergreifend arbeitet. Wir sind doch alle gemeinsam Tiroler! Mit dem geplanten Südtirolkonvent will man wieder nur auf Südtirol bezogen arbeiten. Mit diesem Denken werden Grenzen erneuert bzw. gefestigt. Man muss einmal über den Tellerrand hinausschauen und grenzüberschreitend arbeiten. Hier muss es mindestens ein Tiroler-Konvent, wenn nicht gar ein Konvent auf europäischer Ebene sein. Ich möchte auch die Zusammenarbeit mit dem Flughafen in Innsbruck, der wunderbar funktioniert, ansprechen. Dasselbe gilt für die Krankenhäuser, die auf österreichischer Seite funktionieren. Mit Italien wird es immer schlechter werden, und alleine deshalb muss man anfangen, ein bisschen umzudenken. Immer mehr Südtiroler aller Sprachgruppen, wie der künftige Weg Südtirols ausschauen wird. Mit Italien hat einfach eine ungewisse Zukunft. Wollen wir immer dieser Situation verharren? Warum riskieren wir es nicht, einmal einen anderen Weg einzuschlagen und uns von Italien zu trennen? Ich glaube, dass es wichtig ist, dass dieses Ressort eingerichtet wird. Die Bevölkerung hat zahlreiche Fragen: Was geschieht mit den Renten? Was ist mit dem Euro? Wie schaut es mit den Sicherheitskräften, mit dem Schul- und Sanitätssystem aus? Auch diese Fragen müssen beantwortet werden. Dieses Ressort kann die Fragen der Bevölkerung beantworten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit darf nicht nur eine leere Hülle bleiben, sondern sie muss mit Taten gefüllt werden. Man muss die Angst der Bevölkerung, wie die Zukunft mit Italien wohl ausschauen wird, nehmen und einen anderen Weg gehen. Die Einrichtung dieses Ressorts ist also unumgänglich. Das ist ein modernes und zukunftsorientiertes Denken.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Kollegin Atz Tammerle, es geht nicht an, dass Sie ein Bild zeichnen, das mit der Realität aber schon gar nichts zu tun hat. Sie zeichnen das Bild eines Südtirol, das kurz vor dem Abgrund steht und in dem die Menschen tagtäglich Angst um ihre Zukunft haben müssen. Und dann sagen Sie noch, dass wir Südtirol ständig mit den anderen Regionen in diesem Staat vergleichen würden, statt nach Norden zu blicken. Sie können sich die Landtagsprotokolle anschauen: Ich vergleiche fast ausschließlich nur mit Österreich, mit dem Bundesland Tirol, mit Bayern usw., denn das sind die Benchmarks, die ich bei jeder Gelegenheit zitiere. Im Bundesland Tirol gab es im Jahr 2002 210 Postämter, 47 werden es ab dem 1. Mai sein. Bei uns gibt es 130 Postämter. Soviel nur, weil man auch in diesem Zusammenhang gesagt hat, dass in Tirol alles besser sei. Das, was Sie hier darstellen, entspricht absolut nicht der Wahrheit. Wir haben Kerndaten in Bezug auf die wirtschaftliche Situation dieses Landes, die nach wie vor hervorragend sind. Wir sind im gesamteuropäischen Vergleich nach wie vor eine Spitzenregion mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von pro 39.000 Euro. Es gibt auch in Österreich Bundesländer, die sich in großen Schwierigkeiten befinden. Kärnten ist die jüngste Meldung, und das wird alle anderen mitbetreffen. Das tut mir leid, aber hier geht es nicht darum. Sie dürfen nicht komplett falsche Vergleiche anstellen.

Kurz noch zum Thema des Tirol-Konvents. Nun ja, es wird ein bisschen schwierig sein, die Überarbeitung des Autonomiestatuts im Rahmen eines Tirol-Konvents anzugehen. Das heißt nicht, dass man nicht auch über europäische Perspektiven und anderes diskutieren kann, aber das so in den Raum zu stellen, entbehrt jeder Grundlage. Die Aussage von Wendelin Weingartner bezüglich der Rute im Fenster ist schon geklärt worden. Er hat relativ klar hingewiesen, dass er Hoffnung und Zeichen sieht, dass es die neue Landesregierung mit der Zusammenarbeit und mit der Landeseinheit ernst meint. Wir haben uns für den europäischen Weg entschieden. Die

Südtiroler Volkspartei ist die Partei der Autonomie. Wir haben das nie als eine statische, sondern immer als eine dynamische Sache empfunden, die ständig weiter entwickelt wird und große Perspektiven bietet. Wir wollen die maximale Eigenständigkeit erreichen, vor allem aber auch die europäische Perspektive eines Europa der Regionen und einer Europaregion Tirol innerhalb desselben. Wir wollen nicht nur davon träumen, sondern aktiv etwas dafür tun. Das tun wir, und zwar mit dem EVTZ. Ich darf bereits etwas ankündigen: Heuer jährt sich zum zehnten Mal die Eröffnung der gemeinsamen Vertretung der drei bzw. ursprünglich zwei Länder in Brüssel. Wir werden dies zum Anlass nehmen, eine Sitzung des EVTZ zu organisieren und das in die offizielle ständige Vertretung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino in Brüssel umzuwandeln. Wir wollen das institutionell auf diese Ebene heben, genauso wie wir bei der nächsten Sitzung des EVTZ darüber diskutieren werden, dass der amtierende Vorsitzende pro tempore Weisungsbefugnis gegenüber den zuständigen Ämtern in allen drei Ländern haben soll. Das bedeutet ein Abtreten von Souveränität an dieses gemeinsamen Subjekt. Der EVTZ hat Rechtspersönlichkeit und bietet uns Perspektiven. Es stimmt nicht, dass nichts möglich ist. Es ist sehr vieles möglich, nur müssen wir Fakten schaffen. Das tun wir, in dem wir bereit sind, Souveränität abzutreten. An dieser Bereitschaft mangelt es, und zwar sowohl auf beiden Seiten. Wir müssen uns also alle zusammen einen Ruck geben, denn wenn wir Europäer sein wollen, dann müssen wir diese Bereitschaft haben, so wie sie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben mussten, um dieses Europa auf die Beine zu bringen.

Es wurde der Staatsmann Helmuth Kohl zitiert. Ich möchte sagen, dass es sicher auch der Staatsmann Kohl war. Vor allem aber war es der Moment – der Zusammenbruch der UdSSR –, den der Staatsmann Kohl zu nutzen wusste. Das war die Gelegenheit, die Kohl genutzt hat. Nur mit der Strickjacke alleine wäre es wahrscheinlich nicht geglückt, Deutschland wieder zu vereinen. Man muss die Geschichte schon so betrachten, wie sie sich dargestellt hat. Wir haben jetzt auch einen Moment, nämlich eine europäische Perspektive. Das ist nicht ein Bruch wie damals bei der UdSSR, aber eine Entwicklung, die wir nutzen wollen. Wir haben eine klare Perspektive und verfolgen eine klare Strategie. Das ist vorwärtsgewandt. Etwas anderes wäre rückwärtsgewandt, weil es wieder im Rahmen einer nationalstaatlichen Logik erfolgen würde. Wir brauchen also keine weiteren zusätzlichen Institutionen, sondern wir müssen die, die wir bereits haben, entsprechend nutzen. Darin stimmen wir überein.

In Bezug auf einen eigenen Ausschuss hier im Landtag, sind das Präsidium und die Landtagsfraktionen gefordert. Auf Regierungs- und Verwaltungsebene gibt es entsprechende Einrichtungen. Die Einrichtung eines eigenen Ressorts würde aus unserer Sicht keinen Mehrwert darstellen. Deshalb sind wir gegen die Annahme dieses Beschlussantrages.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, Sie werden sich irgendwann einmal entscheiden müssen. Im Parteistatut der SVP ist ja ein Artikel der Selbstbestimmung gewidmet. Wollen Sie diesen umsetzen oder ...

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Sonst müssen Sie ihn irgendwann einmal herausnehmen und Farbe bekennen.

Wenn Sie sagen, dass es eine ständige Vertretung in Brüssel, Rom oder Wien geben sollen, dann heißt das, dass die Büros, die es zur Zeit schon gibt, nicht oder zu wenig effektiv arbeiten.

Der Kollege Urzi ist jetzt nicht hier. Das ist schade, denn inzwischen hat er sich ja zum größten Verteidiger der Autonomie gewandelt. Das war schon einmal ein bisschen anders.

Kollege Pöder, es ist schwierig, der Bevölkerung zu vermitteln, dass zusätzliche Kosten entstehen könnten, aber Sie haben natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass man das nicht so stehen lassen kann. Deshalb würde ich vorschlagen, im beschließenden Teil den Passus "ohne zusätzliche Kosten zu übernehmen" zu streichen.

Kollege Heiss, dass die Initiative von Bundeskanzler Kohl ausgegangen ist, weiß ich nicht, aber ich hätte keine Probleme damit, wenn das bei uns der Landeshauptmann übernehmen würde und das Zugpferd für die Wiedervereinigung oder Selbstbestimmung sein könnte.

Kollegin Hochgruber Kuenzer, wenn Sie sagen, dass sich die Vereine auseinandergeliebt hätten, so stimmt das einfach nicht. Wenn es nur am Namen scheitern soll, so ist das meiner Meinung nach kein Problem, denn man kann dies auch anders benennen.

Unter Landeshauptmann Durnwalder wurden ständig neue Trennungen geschaffen. Denken wir nur an den Flughafen Bozen, an das Fahrsicherheitszentrum bis hin zum Ötzi. Das sind alles Dinge, die uns auseinanderdriften ließen. Wir müssen wegkommen von dieser Sonntagsredenpolitik und konkrete Initiativen ergreifen. Es müs-

sen gemeinsame Strukturen geschaffen werden, in denen sich die Leute einfach zusammenraufen müssen. Nur so kann es funktionieren.

Ich ersuche wirklich um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag, weil das eine vernünftige und zukunfts-trächtige Lösung wäre. Danke!

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 300/15 vom 30.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend: Verwaltung von Personal und Diensten bei Post und Bahn muss in Südtirol erfolgen!"**

Punto 9) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 300/15 del 30/1/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante: il personale e i servizi delle Poste e delle Ferrovie vanno amministrati in Alto Adige!"**

Spätestens seit der (Teil)Privatisierung von Bahn und Post gibt es in Südtirol keine klare Kompetenzbeschreibung für die Verwaltung des Personals mehr. Das bestätigen nicht nur die vielen Einwände seitens Bediensteter aus Südtirol, sondern z. B. auch der lokale "Eisenbahnerchef" selbst. Auf Nachfrage bestätigte er, ausschließlich für den Regionalverkehr zuständig zu sein, nicht jedoch für das Personal. Dabei wurde die Einsetzung dieser Verantwortungsträger bei Bahn und Post seinerzeit als großer autonomiepolitischer Erfolg gefeiert.

Wenn das in Südtirol tätige Personal bei Post und Bahn nicht in Südtirol selbst verwaltet wird, sondern etwa in Mestre oder Verona, ist es nicht mehr möglich, die Bestimmungen über Proporz und Zweisprachigkeit angemessen zu kontrollieren. Beim Personal machen sich immer stärker Frust, Enttäuschung und Empörung breit. Es kommt nämlich immer wieder vor, dass Bedienstete aus anderen Provinzen nach Südtirol abkommandiert werden und Südtiroler Bedienstete verdrängen bzw. diesen einen Karrieresprung verwehren.

Seit Inkrafttreten des Proporzdekretes Nr. 752/76 sind beinahe 40 Jahre vergangen, ohne dass es ein Südtiroler bei Bahn oder Post geschafft hätte, tatsächlich eine Führungsposition einzunehmen. Da nicht anzunehmen ist, die Südtiroler seien dazu nicht fähig, muss es andere Gründe dafür geben. Mit dem Proporzdekret wurden ursprünglich auch klare Stellenpläne für die Staatsstellen definiert. Auch wenn diese angesichts der Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr zeitgemäß sind, so bräuchte es dennoch eine nachvollziehbare Festlegung der Anzahl der aktuellen Stellen und entsprechender transparenter Kriterien.

Es war eine große Errungenschaft der Autonomiepolitik, den Südtirolern in ausgewogener Weise wieder den Zugang zu den Staatsstellen zu eröffnen. Obwohl es klare Bestimmungen gibt, werden diese immer wieder verwässert oder gar ausgehöhlt. Daher ist es unabdingbar, dass sich die Politik wieder klar für die Einhaltung der Autonomiebestimmungen bei den Staatsstellen einsetzt und den Bediensteten aus Südtirol den Rücken stärkt.

Ähnlich wie beim Personal verhält es sich bei der Reorganisation von Diensten. Es ist nicht klar, wie viele und welche Dienste gerade nicht mehr im Land ausgeführt werden bzw. welche außer Landes verlegt wurden. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt des Personaleinsatzes und der Einhaltung von Autonomiebestimmungen zu beleuchten.

Dies vorausgesetzt und festgestellt, dass die dringende Notwendigkeit besteht, im Bereich der Verwaltung von Personal und Diensten bei Bahn und Post die Einhaltung geltender Autonomiebestimmungen einzufordern,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,*

1. *umgehend alle Vorkehrungen zu treffen, damit das Personal bei Bahn und Post im Sinne der geltenden Autonomiebestimmungen wieder in Südtirol selbst organisiert und verwaltet wird;*

2. *alles zu unternehmen, damit die dem Autonomiestatut widersprechenden Maßnahmen wieder zurückgenommen werden;*
3. *sicherzustellen, dass die Leitung der Dienste bei Post und Bahn in Südtirol von einer Stelle mit Sitz in Bozen wahrgenommen wird.*

Al più tardi dalla privatizzazione (parziale) delle Poste e delle Ferrovie manca per l'Alto Adige una chiara descrizione delle competenze in merito all'amministrazione del personale. Ciò viene confermato non solo dalle numerose lamentele degli altoatesini che lavorano presso le Ferrovie, ma anche dal "capo" a livello locale. Infatti, rispondendo a una domanda precisa, egli ha confermato di essere responsabile solo per il traffico regionale ma non per il personale. All'epoca dell'insediamento di questo dirigente presso le Ferrovie, la misura in questione era stata celebrata come un grande successo per la nostra autonomia.

Se il personale in servizio alle Poste e alle Ferrovie in Alto Adige non viene amministrato in Provincia di Bolzano ma a Mestre o a Verona, non sarà possibile avere alcun controllo sul rispetto delle disposizioni riguardanti la proporzionale e il bilinguismo. Il grado di frustrazione, delusione e sconcerto del personale sta aumentando sempre più. Infatti, succede spesso che dipendenti di altre province vengano trasferiti in Provincia di Bolzano, sottraendo in questo modo il posto ai dipendenti altoatesini oppure impedendo loro di fare carriera.

Dall'entrata in vigore del decreto n. 752/76 sulla proporzionale sono passati quasi 40 anni, e da allora nessun dipendente altoatesino delle Ferrovie o delle Poste è riuscito a ottenere un incarico dirigenziale. Poiché non si può certo dire che agli altoatesini manchino le capacità dirigenziali necessarie, ci devono essere altri motivi.

Originariamente con il decreto sulla proporzionale erano stati definiti degli organici chiari per i posti statali. Anche se – considerato l'andamento degli ultimi anni – essi non sono più attuali, sarebbe necessario in ogni caso stabilire con chiarezza il numero dei posti di lavoro attualmente previsti e fissare criteri trasparenti per accedervi.

Per la nostra autonomia è stata una grande conquista rendere nuovamente accessibili agli altoatesini i posti presso l'amministrazione statale. Tuttavia, nonostante le disposizioni al riguardo siano chiare, esse vengono ripetutamente annacquate o addirittura svuotate di significato. Pertanto è indispensabile che la politica reagisca e chiedi il rispetto delle norme sancite dallo Statuto di autonomia per i posti statali, sostenendo la posizione dei dipendenti statali in Alto Adige.

Quanto detto per il personale, vale anche per la riorganizzazione dei servizi. Non si sa, infatti, quanti e quali servizi non verranno più svolti in Provincia di Bolzano ovvero quali verranno trasferiti fuori Provincia. Questo sviluppo va analizzato anche dal punto di vista dell'impiego del personale e del rispetto delle norme autonomistiche.

Ciò premesso e constatato che è assolutamente necessario esigere urgentemente il rispetto delle vigenti norme dello Statuto di autonomia per quanto riguarda l'amministrazione del personale e dei servizi delle Poste e delle Ferrovie,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

1. *ad adottare quanto prima tutte le misure necessarie al fine di poter nuovamente organizzare e amministrare direttamente in Provincia di Bolzano il personale delle Poste e delle Ferrovie ai sensi delle vigenti disposizioni autonomistiche;*
2. *a fare tutto il possibile perché vengano revocate le misure che violano lo Statuto di autonomia;*
3. *a garantire che la direzione dei servizi forniti in Provincia di Bolzano da Poste e Ferrovie avvenga da un ufficio con sede a Bolzano.*

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich habe in Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass es bei der Verwaltung des Personals der Bahn und Post in Südtirol ganz große Probleme gibt.

Wir haben seinerzeit auch aufgrund des Proporzdekretes aus dem Jahre 1976 sehr viel Werbung gemacht, um Südtiroler in den Staatsdienst zu holen. Damals waren Bahn und Post noch staatliche Betriebe, um den ethnischen Proporz anzuwenden und Zweisprachigkeitsbestimmungen einzuführen und somit das, was der Faschismus unserer Bevölkerung angetan hat, in irgendeiner Weise wieder gut zu machen. Es ist ja eigentlich das Wesen der Autonomie, diesen Ausgleich herbeizuführen. So ist es im Autonomiestatut festgeschrieben. Jetzt haben wir die Situation, dass Südtiroler seit mittlerweile 40 Jahren in diesen Betrieben arbeiten, ohne die Aussicht zu haben, Karriere machen zu können, weil die Verwaltung in der Zwischenzeit eine andere Rechtsform erhalten hat, weil die ehemaligen Stellenpläne in dieser Form nicht mehr vorhanden sind und weil das Personal beliebig hin- und hergeschoben wird. Bei der Bahn wird mit einer Art und Weise vorgegangen, die bei den Südtirolern Frust, ja sogar Verdruss erzeugt, weil sie mit ansehen müssen, dass Leute von außen ins Land geholt werden. Die Südtiroler werden in Trient und nicht mehr in Bozen angestellt. Die Leute von auswärts nehmen unseren Leuten die Posten weg, wobei Leute ins Land kommen, die es eigentlich nicht brauchen würde. Wenn die gehen, dann geht der Posten auch mit. Da gibt es Beispiele noch und nöcher. Ich möchte daran erinnern, dass mein Kollege Roland Tinkhauser schon zum dritten Mal eine Anfrage eingereicht hat, um in Erfahrung zu bringen, wie der ethnische Proporz bei RFI, Trenitalia und Ferrservizi aussieht und wie es dort mit der Zweisprachigkeit bestellt ist. Nachdem Leute von außen berufen werden, werden bei uns keine Wettbewerbe mehr gemacht. Ich könnte Ihnen hier ein Sündenregister aufzählen, auch was einzelne Personen anbelangt, das ich in naher Zukunft öffentlich machen werde. Jene, die das zu verantworten haben, haben einen Namen. Wir haben einen sogenannten Südtiroler Eisenbahnerchef, und ich kann mich noch gut daran erinnern, mit welchem Trara der seinerzeit vorgestellt worden ist. Ursprünglich war es Dr. Fischnaller, der sich sehr bemüht hat. Sein Nachfolger, Dr. Hopfinger, hat mir nach einer einstündigen Aussprache gesagt, dass ich wissen müsste, dass er nicht für das Personal zuständig ist. Er sei nur für den regionalen Verkehr zuständig. Wer macht es also dann? Hier herrscht die reine Willkür! Es werden Südtiroler von Bozen auf den Brenner geschickt, damit Leute von außen eine bessere Stelle besetzen können. Wenn diese dann gehen, dann ist die Stelle weg! 53 Prozent der Stellen sind von der deutschen Sprachgruppe besetzt, aber die Volkszählung sagt ganz etwas anderes. Man muss wirklich schauen, wer angestellt worden ist und wer von außen kommt. Es gibt Leute, die seit 2013 täglich von Trient nach Bozen in den Außendienst geschickt werden. Das kostet natürlich auch Geld. Es kann wirklich nicht sein, dass sich unsere Leute mit den niedrigen Posten begnügen müssen. Dort, wo "gebuggelt" wird, sind Südtiroler am Werk, in den Büros sitzen Leute von auswärts. Wenn es heißt, dass die meisten den Zweisprachigkeitsnachweis haben, dann frage ich mich, wie solche Leute zu einem Zweisprachigkeitsnachweis kommen. Ich weiß schon, dass es mittlerweile auch andere Möglichkeiten gibt, die Sprachkenntnisse nachzuweisen, und ich muss sagen, dass das meiner Meinung nach sehr lax gehandhabt wird.

Man spricht von ein sogenannten "fabbisogno organico", wobei man sich aber fragt, warum dann immer so viel Personal versetzt wird. Hier passt wirklich nichts mehr zusammen! Ich möchte wirklich eine Lanze für die Südtiroler Eisenbahner brechen und sagen, dass man sie endlich anhören und ihre Anliegen ernst nehmen sollte. Die Vorwürfe, die vorgebracht werden, sie gerechtfertigt. Ich bekomme Anrufe von Leuten, die mit mir reden möchten, aber man dürfte nicht zusammen gesehen werden. Sonst hätten sie nämlich ein Problem. Die Leute müssen regelrecht Angst haben, ihre Meinung zu sagen, da sie sonst versetzt werden könnten. Es hat einen Italiener gegeben, der sehr stark für diese Bestimmungen eingetreten ist. Die Folge war, dass er degradiert und versetzt wurde. Ich werde diese Namen irgendwann öffentlich machen, und dann möge man wirklich Fall für Fall überprüfen. Es muss jetzt wirklich die offizielle Politik auf den Plan treten, um hier endlich Klarheit zu schaffen.

Wenn das Thema Südtirol angesprochen wird, wird gerne die Gelegenheit genutzt, überflüssiges Personal von anderswo nach Südtirol zu versetzen. "Solange die Deutschen nichts sagen, machen wir eben dieses Spiel." Das kann es ganz einfach nicht sein! Ich möchte wissen, wie viele Südtiroler den Dienst bei der Bahn aus Frust quittiert haben. Es gibt in den leitenden Positionen keine Südtiroler, mit zwei, drei Ausnahmen, die im Prinzip nicht viel zu sagen haben. Das kann es doch nicht sein! Was nützen uns Proporz und Zweisprachigkeitsbestimmungen, wenn niemand darüber wacht? Die Tatsache, dass Anfragen ganz einfach nicht beantwortet werden, ist eine Geringschätzung dem Landeshauptmann, dem Landtag und den Südtirolern grundsätzlich gegenüber. Den Eifer, den man an den Tag legt, um die Verträge bezüglich des Bozner Bahnhofes zu unterschreiben, möge man auch an den Tag legen, wenn es um das Personal geht. Das haben sich die Südtiroler ganz einfach verdient!

STEGER (SVP): Es handelt sich um einen Beschlussantrag, der einen wunden Punkt anspricht, der tatsächlich nicht zufriedenstellend gelöst ist. Ich bin der Überzeugung, Kollege Leitner, dass Sie mit diesem Beschlussantrag wirklich ein Problem ansprechen, das wir lösen müssen. Es ist so, dass wir bei der Post nicht ein-

mal mehr für das Personal zuständig sind. Jede kleinste Personalentscheidung wird in Mestre getroffen. Für die Überwachung von Proporz und Zweisprachigkeit sind wir zuständig, und zwar die Abteilung Arbeit, wobei die angeforderten Stellungnahmen und Informationen regelmäßig an die Generaldirektion in Rom verwiesen werden, wo sich die Anfragen dann verlaufen. Bei der Eisenbahn wurde der Stellenplan durch den sogenannten "fabbisogno" ersetzt, welcher eine Überwachung der Einhaltung von Proporz und Zweisprachigkeit fast unmöglich macht. Anfragen an den Südtiroler Personalchef Hopfinger in Sachen Personal bleiben oft unbeantwortet. Die Tatsache, dass die Personalverwaltung bei Post und Bahn außerhalb Südtirols erfolgt, steht in klarem Widerspruch zu den Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut. Diese Situation ist wirklich untragbar. Das muss auch im Landtag wieder Thema sein und angesprochen werden. Unsere unmissverständliche Kritik an diesen Zuständen muss nach außen getragen werden. Wir alle müssen uns dafür einsetzen, dass diese Missachtung von elementaren Bestimmungen endlich ein Ende findet.

In Bezug auf die Dienste von Bahn und Post sei noch darauf hingewiesen, dass es immer wieder Umgehungen des Autonomiestatutes gibt. Das ist untragbar. Es stellt sich die Frage, in welcher Form man die Zuständigkeiten von Post und Bahn übernehmen könnte. Dienste oder den Betrieb? Da hätte ich Bedenken. Vielleicht sollte man wirklich in die Richtung gehen, die Dienste der Post zu übernehmen. Ich habe große Sorgen in Bezug auf die zukünftige Bedienung mit Postdiensten im ländlichen Raum. Da sollten wir wirklich nach Lösungen suchen. Ähnliche Probleme gibt es ja in Österreich, auch in Tirol. Dort versucht man, die Dienstleistungen über private Unternehmen abzuwickeln. Ganz ist dies nicht gelungen, weil es gerade bei der Zustellung von Gerichtsakten und raccomandierten Briefen nicht so einfach ist. Wir müssen aber in diese Richtung gehen.

Zusammenfassend darf ich also sagen, dass ich voll und ganz mit dem Beschlussantrag der Freiheitlichen einverstanden bin, auch mit den Prämissen. Ich hoffe, dass meine Fraktion das ebenso sieht und den Beschlussantrag in seiner Gesamtheit unterstützt und annimmt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Dieser Beschlussantrag reiht sich in eine Reihe von Anfragen ein, die uns im Landtag schon seit Jahren begleiten. Die Verletzungen des Rechtes auf Gebrauch der Muttersprache, um Verletzungen des Proporztes usw. haben dazu geführt, dass die Bereiche, die von der italienischen Bahn in Südtirol geführt werden, nicht unbedingt zu einer Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs auf der Schiene beigetragen haben. Vor allem die Frustration, die unter den Mitarbeitern Einzug gehalten hat, ist nicht mehr tragbar. Wir haben gestern über die Post diskutiert und auf die Missstände derselben in Südtirol hingewiesen. Es stimmt, dass im Bundesland Tirol Postämter geschlossen wurden, was aber nicht heißt, dass damit automatisch auch die Dienstleistungen verschwinden. Man hat nämlich in vielen Gemeinden Postpartner installiert. Es muss die Frage gestellt werden, welchen Weg Südtirol hier zukünftig gehen will. Soll Südtirol die italienische Post als Dienstleistungs- und Verwaltungsbetrieb übernehmen, mit all dem Negativen, was dranhängt, oder soll man einen eigenen Weg gehen und eine eigene Poststruktur, in welcher Form auch immer, aufbauen? Wir brauchen nur an die Dienstleistungen denken, die mit dem ursprünglichen Dienst der Post gar nichts mehr zu tun haben. Ich denke an Bankdienste, Überweisungen usw. Wäre es nicht interessant, einen solchen Dienst in Südtirol aufzubauen und den ganzen "Saftladen" der italienischen Post zu überlassen? Die italienische Post hat eigentlich kaum mehr Interesse, den normalen Postverkehr aufrecht zu erhalten, weil die Postämter nicht rentabel sind und es inzwischen auch andere Möglichkeiten der Briefversendung gibt. Denken wir nur an die Möglichkeiten der Telekommunikation übers Internet usw. All diese Dinge haben die Post in die Situation versetzt, dass der Briefverkehr für sie kaum noch interessant ist. Für uns als Land, vor allem für die Wirtschaft, ist sie aber nach wie vor von eminenter Bedeutung. Wenn heimische Betriebe und Hotels Prospekte versenden wollen, dann ist das nicht möglich, weil die Post nicht garantieren kann, dass alle Prospekte ausgeteilt werden können, dass ein Brief innerhalb einer bestimmter Zeit zugestellt werden kann usw. Diese Zustände sind einfach nicht tragbar, und deshalb stimmen wir diesem Beschlussantrag zu, wie wohl wir darauf hinweisen, dass wir das Thema Post noch einmal mit einem eigenen Beschlussantrag zur Sprache bringen werden.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Eine Zustimmung zum Beschlussantrag kommt auch von unserer Seite. Der Kollege Leitner hat die Verhältnisse sehr realitätsnah beschrieben. Vor allem seine Darstellungen für den Bereich der Bahn sind absolut zutreffend. Dem gilt es wenig hinzuzufügen. Einerseits haben die Qualität der Verkehrsverbindungen, die Vertaktung und die Benutzer deutlich zugenommen haben. Das ist sicher eine Erfolgsgeschichte, hinter der aber der Aspekt der personellen Verwaltung und der ganzen Organisationsstruktur unter Einhaltung des Proporztes deutlich zurückgetreten ist. Wir bekommen sicher nicht diese Intensität an Rückmeldungen aus dem Personalbereich, aber es gibt auf jeden Fall Fälle von Mobbing, von Versetzun-

gen, von Willkür, die wahrscheinlich mehr strukturell als autonomiepolitisch bedingt sind. Es ist wirklich so, dass die Koordination des früheren Bahnchefs Fischnaller gut funktioniert hat. Diese Situation hat sich gravierend verschlechtert, wobei Herr Hopfinger doch ein sehr verborgenes Dasein führt, das sich eigentlich nur dann zu Wort meldet, wenn Migranten in den Zugwaggons übernachten und anderes mehr. Es gäbe eigentlich andere Probleme zu lösen. Über die Bahnverwaltung hinaus sollte das Augenmerk auch auf die anderen Subgesellschaften der Bahn gelegt werden, etwa der Verwaltung des Bahnhofs "centrostazioni". Ich nenne sie immer "centrocogioni", weil es wirklich eine absolut schlechte Bahnhofsverwaltung ist. Wenn man den Bahnhof von Bozen mit jenem von Innsbruck vergleicht, dann kommen mir regelmäßig die Tränen. Da liegen einfach Welten dazwischen.

Insgesamt würde ich dem Kollegen Leitner also absolut Recht geben. Im Hinblick auf die Post ist der Diskurs ein deutlich anderer. Hier ist die Schließung der kleinen Postämter natürlich ein wenig dramatisiert. Ihre Funktion wurde im Bundesland durch die Zuteilung der Dienste an Supermärkte abgelöst, aber insgesamt ist draußen auch die Dienstleistungsqualität der Post eine völlig andere. Es handelt sich um ein privates Unternehmen, das wirklich gut funktioniert. Aber das ist ein anderer Diskurs. Ich würde mich vor allem auf die Bahn fokussieren und somit unsere Zustimmung zu diesem Beschlussantrag ankündigen.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Eine kurze Ergänzung zum Thema. Wir können über die Einhaltung des Proporzspeziell bei RFI, Trenitalia und Ferrservizio im Grunde nur spekulieren. Ich habe am 18. September 2014 eine detaillierte Anfrage eingebracht und muss leider feststellen, dass es der zuständigen Landesrätin Stocker nicht gelungen ist, eine Antwort einzuholen. Am 22. Oktober 2014 hat man mir mitgeteilt, dass Trenitalia aufgrund der umfassenden Anfrage nicht in der Lage sein würde, innerhalb von 30 Tagen zu antworten. Am 2.2.2015 habe ich die Anfrage erneut eingebracht, wobei mir Landesrätin Stocker am 17.2.2015 in einer Antwort auf dieselbe Folgendes mitgeteilt hat: *"Ihre Anfrage Nr. 795 vom 17. September 2014 wurde am 13. Oktober 2014 an die Trenitalia-Regionaldirektion mit der Bitte um Auskunfterteilung zur Beantwortung weitergeleitet, da die Abteilung Arbeit nicht über die beantragten Informationen verfügt. Da bis zum heutigen Tag keine Rückmeldung von Trenitalia eingegangen ist, ist davon auszugehen, dass wir mit keiner Antwort mehr rechnen können. Aus diesem Grund kann Ihre Landtagsanfrage leider nicht beantwortet werden."* Das kann es nicht sein! Ich bin mir sicher, dass man hier etwas verbergen will. Mein Kollege Leitner hat angesprochen, dass wir über entsprechende Vorgänge informiert werden, wobei aber so getan wird, als ob es diese nicht geben würde. Mein Kollege Renzler schreitet auch schon zum Rednerpult, um sich vorzumerken. Er hat mir einmal eine Antwort ausgehändigt, die ihm Senator Berger gegeben hat. In derselben steht, dass alles in bester Ordnung sei. Auf alle Fälle hätte ich gerne eine Antwort der zuständigen Landesrätin auf die vorher zitierte Anfrage. Sie muss auf einer Antwort bestehen, denn damit, dass die Landtagsanfrage nicht beantwortet werden kann, gebe ich mich nicht zufrieden.

RENZLER (SVP): Ich kann nur das bestätigen, was die Kollegen Leitner, Tinkhauser und Steger gesagt haben. Ich möchte die Angelegenheit noch ein wenig präzisieren. In den Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut gibt es einen Artikel, der unmissverständlich sagt, dass bei Nichteinhaltung der Zweisprachigkeit und des Proporzspeziell die zuständigen Verantwortlichen mit einer Geldbuße von 500.000 Lire oder einer Haftstrafe von 6 Monaten bedingt sanktioniert werden. Weiters steht, dass sich das Land die Nichteinhaltung im Rechtswege auf ein Verfahren einlassen kann. Wenn man hört, was bei der Eisenbahn geschieht, das heißt, dass die zuständige Landesrätin keine Antwort auf eine Anfrage erhält, dann wird es langsam Zeit, auf diese Bestimmung zurückzugreifen, um endlich einmal einen Präzedenzfall zu schaffen. Der sogenannte "fabbisogno organico" ist ein Stellenplan. Der einzige Unterschied zum normalen Stellenplan besteht darin, dass der "fabbisogno organico" kein endgültiger Stellenplan ist und somit nicht von der Sechser-Kommission genehmigt werden muss. Die Tendenz, die der Kollege Leitner beschrieben hat, beschränkt sich nicht nur auf die Eisenbahn, sondern betrifft alle Staatsverwaltungen, weil sich alle mit diesem sogenannten "fabbisogno organico" herausreden. Schlimmer ist noch, dass versucht wird, die Mitglieder des Einvernehmenskomitees, welches die Aufgabe hat, die Einhaltung des Proporzspeziell bei den Staatsstellen zu überwachen, mit sehr miesen Tricks hinter das Licht zu führen. Wir haben das das letzte Mal wieder erlebt. Für die Eisenbahn gab es 13 Anträge um Versetzung, die bereits sechs Monate früher gestellt wurden, wobei bei Letzteren geschrieben stand "Überstellung von den nationalen in die lokalen Stammrollen". Nachdem das gesetzlich nicht möglich ist, hat man die Anträge nach sechs Monaten wieder eingereicht und dieses Mal einfach um Versetzung angesucht. So kann man mit uns nicht umgehen, und deshalb muss man hier massiv intervenieren und ein Machtwort sprechen.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): In Sachen Trenitalia und Post haben wir ja schon in Vergangenheit gesprochen, wobei der Kollege Leitner die Problematik sehr treffend dargelegt hat. Wenn man "Tränitalia" schreiben würde, dann käme man mit dem Tal der Tränen dieser Sache sicher näher. Man hat es im Prinzip mit mehreren Strukturen zu tun. Trenitalia ist eine Untergruppe der Ferrovie dello Stato und hat ihrerseits wieder einige Untergruppen, darunter RFI usw. Bei den Ferrovie dello Stato gibt es insgesamt vier Untergruppen. Trenitalia kontrolliert zusätzlich acht Gesellschaften. Das ist ein unglaublicher Wust, und ich glaube, dass die selbst oft nicht wissen, wer für was zuständig ist. Natürlich ist es angenehm, wenn man alles weiterschieben kann und muss, wobei es bei der Post ähnlich ist. Die Post hat ja auch bestimmte Dienstleistungen wie den Paketservice ausgelagert. Ich glaube, dass es denen völlig egal ist, ob wir eine Auskunft wollen oder nicht. Das zeigen sie uns dann ja auch! Ich weiß nicht, ob es Druckmittel gibt, beispielsweise von Seiten des Einvernehmenskomitees oder der Landesregierung? Mit besagter Landtagsanfrage des Kollegen Tinkhauser wurden wichtige Informationen eingefordert, die die Einhaltung des Proporztes betreffen. Ich glaube, dass es schwierig ist, bei verschiedenen Verhandlungen herauszufinden, wer für das zuständig ist. Bei der Post wechseln im Übrigen fast jedes Jahr die Bestimmungen hinsichtlich des Zeitungsversands. Auch dort kennen sie sich untereinander nicht aus. Das ist eine ganz schwierige Sache, und je mehr wir selbst kontrollieren können, desto besser ist. Beim Personal sperrt man sich natürlich, uns Auskunft zu erteilen, weil sie wahrscheinlich nicht in Ordnung sind oder es ihnen egal ist. Es ist also richtig, dass wir die gesamte Gruppe im Auge behalten.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich werte diesen Beschlussantrag schlicht und einfach auch als Unterstützung der Landesregierung. Wir haben diese Missstände bereits in der Vergangenheit aufgezeigt, und zwar sowohl informell mit Gesprächen als auch formell mit schriftlichen Anmahnungen. Man muss aber feststellen, dass es kaum einen oder gar keinen Erfolg gegeben hat. Es handelt sich um gravierende Verletzungen des Autonomiestatutes bzw. der Durchführungsbestimmungen zum selben, im Besonderen der 752-er Durchführungsbestimmung. Das ist eine Sache, die wir nicht hinnehmen können, da diese Verletzungen konkrete Auswirkungen haben. Wie gesagt, ich betrachte diesen Beschlussantrag als unterstützend. Wir werden ihn auch nützen, nochmals formell eine klare Forderung zu stellen, übrigens auch bezüglich der Beantwortung von Landtagsanfragen und der Herausgabe von Informationen. Das ist aber nur ein Thema in einem wesentlich größeren Rahmen, bei dem es um die Einhaltung des Proporztes und der Zweisprachigkeitspflicht geht. Ich werde das auch bei einem Treffen am Montag mit Spitzenvertretern der italienischen Eisenbahn ansprechen, wobei ich ankündigen werde, dass wir die Rechtsmittel, die das Autonomiestatut vorsieht, wahrnehmen werden. Insofern ist dem nichts hinzuzufügen.

Die Situation bei der Post ist nicht so gravierend wie bei der Eisenbahn, aber es gibt auch bei der Post Probleme. Deshalb gilt dieser Beschlussantrag genauso für die Post, und deshalb ist ihm vollinhaltlich zuzustimmen.

Ich erlaube mir noch eine Stellungnahme in Bezug auf Dienste selbst, denn das ist noch einmal ein anderes Thema. Es ist angekündigt worden, dass zum Thema Post ein eigener Beschlussantrag eingebracht werden wird. Bei der Eisenbahn ist es so, dass wir in den letzten Jahren immer mehr in die Richtung gearbeitet haben, immer mehr Dienste selbst zu unternehmen und auszuführen, die in der Regel auch gut funktionieren. Wir sind nun drauf und dran, die Linie Bozen – Meran übernehmen. Die Hauptachse werden wir nicht ohne weiteres übernehmen können, da darauf auch internationaler Verkehr verläuft.

Bei der Post muss man sich eine ähnliche Frage stellen. Macht es Sinn, diese Post zu übernehmen oder wäre es vernünftiger, selbst etwas aufzubauen. Es ist durchaus diskussionswürdig, dass wir bei den Diensten zumindest einmal neue Wege studieren. Wir können im Rahmen des Mailänder Abkommens Dienste, die vom Staat finanziert werden, übernehmen. Das ist für uns ein Null-Summen-Spiel, und es ist besser, wenn das Geld hier ausgegeben wird. Allerdings muss man sich die Frage stellen, wie sich das Postwesen in Zukunft insgesamt entwickeln wird, welche Dienstleistungen wir noch brauchen usw. Wir wissen, dass die Post sehr stark im Bankenwesen vernetzt ist. Diese Frage müssen wir uns also auch stellen, immer mit dem Ziel, dass wir qualitativ hochwertige Dienste anbieten und am besten in die eigene Hand nehmen können.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich bedanke mich für die Zustimmung von allen Seiten. Es freut mich, dass die Wichtigkeit des Anliegens erkannt worden ist. Diesen Eindruck hatte ich in Vergangenheit nicht immer. Ich meine damit die vorhergehende Landesregierung, denn die Probleme sind ja nicht neu. Es ist richtig, dass man Post und Bahn unterschiedlich bewertet, und es stimmt, dass die Dimensionen bei der Bahn ganz andere sind. Vom Prinzip her gilt es aber für alle öffentlichen Verwaltungen gleich. Es ist auch klar, dass sich diese Verwaltun-

gen in den letzten 40 Jahren verändert haben. Die Bahn funktioniert heute anders, dasselbe gilt für die Post. Dass Anpassungen notwendig sind, ist uns allen klar, aber wir dürfen nicht zuschauen, wenn es um Autonomiebestimmungen geht. Dass parallele Stellenpläne erstellt werden, so wie es einem gerade passt oder Leute von auswärts ins Land kommen und die Stellen der Südtiroler besetzen, die die Voraussetzungen hätten, kann es einfach nicht sein. Ich war Zollbeamter und noch bei den staatlichen Stellenplänen und hatte keine Chance, in den lokalen Stellenplan zu wechseln. Das war nicht möglich, weil ich den Wettbewerb gemacht habe, bevor das Proporzdekret in Kraft getreten ist. Umso unverständlicher ist es heute, dass man Leute ins Land holt und sie in den lokalen Stellenplan integriert. Man könnte beispielsweise hergehen und eine Sanierung und einen auslaufenden Stellenplan machen. Es gäbe Möglichkeiten. Die tagtägliche Verletzung der Autonomiebestimmungen können wir einfach nicht hinnehmen.

Ich bedanke mich für die Zustimmung zum Beschlussantrag.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Abstimmung: mit 29 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 311/15 vom 2.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Mit dem Stundentakt soll es auch von Bozen abwärts aufwärts gehen!"**

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 311/15 del 2/2/2015, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: Anche a sud di Bolzano vanno finalmente introdotti i treni con cadenza oraria!"**

Im Jahr 2006 hat das Land Südtirol ein Konzept des Integralen Taktfahrplans entwickeln lassen, der den später berühmt gewordenen "Südtirol-Takt" zum Ziel hatte. Landesweit wurde ein Stundentakt vorgesehen, der auf den wichtigsten Strecken zum Halbstundentakt verdichtet werden sollte. In den vergangenen Jahren ist man diesem Ziel durchaus näher gekommen: Im Jahr 2014 gab es etwa im Pustertal oder auf der Strecke Bozen-Meran schon den Halbstundentakt und nur an Feiertagen fahren die Züge stündlich. Auf der Strecke Bozen-Brenner fahren die Züge die ganze Woche im Stundentakt.

Ausgenommen von diesem positiven Trend bleibt leider der südliche Landesteil. Hier fahren die Züge unter der Woche jede halbe Stunde, wobei allerdings das berüchtigte "Vormittagsloch" auch nach den Fahrplanverbesserungen bestehen blieb. Wer etwa um 12.15 Uhr in Bozen sein möchte, muss bereits um 10.20 in Auer starten. Umgekehrt gibt es keinen Zug zwischen 9.06 und 11.36 Uhr Richtung Süden, das sind 2,5 Stunden! Am Wochenende gibt es interessanterweise jede Menge Vormittagszüge. Dafür ist die Südstrecke am Rest des Tages an den Wochenenden arg verwaist: Nur alle zwei Stunden gibt es hier eine Verbindung. Das heißt, dass insgesamt der Süden Südtirols fahrplanmäßig im Vergleich zum restlichen Land benachteiligt ist.

Dies alles vorausgeschickt,

*beauftragt
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,*

durch Verhandlungen mit den entsprechenden Stellen

- *den Stundentakt auf der Strecke Bozen-Trient, zumindest aber Bozen-Salurn, auch in den Vormittagsstunden an Werktagen zu garantieren;*
- *den Stundentakt auf derselben Strecke auch für die Wochenenden sicherzustellen.*

Nel 2006 la Provincia autonoma di Bolzano ha affidato l'incarico per il progetto che di seguito sarebbe diventato famoso con il nome di "Südtirol-Takt", vale a dire l'introduzione di un cadenzamento nell'intera rete di trasporto pubblico. Il lavoro presentato prevede una cadenza oraria in tutto il territorio provinciale e sulle tratte più importanti una frequenza di ogni mezz'ora. Negli anni passati ci si è senz'altro avvicinati all'obiettivo, in quanto dal 2014 in Val Pusteria o sulla linea Bolzano-Merano ci sono già treni ogni mezz'ora e solo nei giorni festivi la cadenza è oraria, e sulla linea Bolzano-Brennero i treni circolano con cadenza oraria tutti i giorni della settimana.

Da questo sviluppo positivo resta purtroppo tagliata fuori la parte sud del territorio provinciale, dove nei giorni lavorativi ci sono treni ogni mezz'ora, ma il famigerato "buco mattutino" è comunque rimasto anche dopo i miglioramenti introdotti nell'orario. Chi per esempio vuole essere a Bolzano per le 12.15 deve partire da Ora alle 10.20. Nella direzione opposta, tra le ore 9.06 e le ore 11.36 (vale a dire per ben 2,5 ore!) verso sud non circola alcun treno. Nei fine settimana invece ci sono stranamente parecchi treni prima di mezzogiorno, mentre nel pomeriggio la tratta a sud è praticamente abbandonata e non servita, visto che c'è solo un treno ogni due ore. Ciò significa che per quanto riguarda i treni in circolazione la parte sud dell'Alto Adige è nettamente svantaggiata rispetto al resto della provincia.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

incarica

la Giunta provinciale

mediante trattative con le sedi deputate

- di garantire treni a cadenza oraria sulla tratta Bolzano-Trento, o almeno Bolzano-Salorno, anche nelle ore antimeridiane dei giorni feriali,
- di assicurare la presenza di treni a cadenza oraria sulla stessa tratta anche nei fine settimana.

Herr Abgeordneter Heiss, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Nachdem die Kollegin Foppa krankheitsbedingt abwesend ist, liegt es nun an mir, diesen Beschlussantrag vorzustellen.

Im Jahr 2006 hat das Land Südtirol ein Konzept des Integralen Taktfahrplans entwickeln lassen, der den später berühmt gewordenen "Südtirol-Takt" zum Ziel hatte. Landesweit wurde ein Stundentakt vorgesehen, der auf den wichtigsten Strecken zum Halbstundentakt verdichtet werden sollte. In den vergangenen Jahren ist man diesem Ziel durchaus näher gekommen: Im Jahr 2014 gab es etwa im Pustertal oder auf der Strecke Bozen-Meran schon den Halbstundentakt und nur an Feiertagen fahren die Züge stündlich. Auf der Strecke Bozen-Brenner fahren die Züge die ganze Woche im Stundentakt.

Ausgenommen von diesem positiven Trend bleibt leider der südliche Landesteil. Hier fahren die Züge unter der Woche jede halbe Stunde, wobei allerdings das berüchtigte "Vormittagsloch" auch nach den Fahrplanverbesserungen bestehen blieb. Wer etwa um 12.15 Uhr in Bozen sein möchte, muss bereits um 10.20 in Auer starten. Umgekehrt gibt es keinen Zug zwischen 9.06 und 11.36 Uhr Richtung Süden, das sind 2,5 Stunden! Am Wochenende gibt es interessanterweise jede Menge Vormittagszüge. Dafür ist die Südstrecke am Rest des Tages an den Wochenenden arg verwaist: Nur alle zwei Stunden gibt es hier eine Verbindung. Das heißt, dass insgesamt der Süden Südtirols fahrplanmäßig im Vergleich zum restlichen Land benachteiligt ist.

Dies alles vorausgeschickt,

beauftragt

der Südtiroler Landtag

die Landesregierung, durch Verhandlungen mit den entsprechenden Stellen den Stundentakt auf der Strecke Bozen-Trient, zumindest aber Bozen-Salurn, auch in den Vormittagsstunden an Werktagen zu garantieren; den Stundentakt auf derselben Strecke auch für die Wochenenden sicherzustellen.

Die Kollegin Foppa zeichnet hier ein Bild einer gewissen Unterversorgung, was das Unterland angeht. Es handelt sich zweifellos um eine wichtige Bahnverbindung, da das Unterland, wenn man sich den Verkehr anschaut, der auf der Autobahn unterwegs ist, ein hoch intensiv befahrener Abschnitt des Südtiroler Verkehrssystems ist. Durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und eine dichtere Vertaktung wäre es möglich, einen kleinen Teil dieses sehr dichten Verkehrsaufkommens in den Zug zu ziehen. Das Vormittagsloch wird zu Recht angesprochen, aber das ist ein generelles Defizit auf der gesamten Nord-Süd-Strecke. Es gibt zwar zwischen Bozen und Brixen Vormittagsverbindungen, aber die sind mitunter oder sehr häufig nicht bedient, sodass sie eher kosmetischer Natur sind, weil der famose Schlern-Tunnel gewartet werden muss. Im Unterland gibt es genauso eine entsprechende Lückenbildung. Das Wochenende scheint wirklich ein wenig unterbelichtet zu sein. Deshalb wird der Vergleich mit den übrigen Bahnrouten des Landes ins Spiel gebracht. Er sollte für das Unterland entsprechend angepasst werden, auch im Hinblick auf die Strecke Bozen - Meran. Auch hier ist nicht alles Gold, was glänzt, da es sich nach wie vor um eine relativ lange Fahrzeit handelt und es auch trotz des Halbstunden-Taktes immer wieder Verzögerungen gibt.

Wir ersuchen also um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

SCHIEFER (SVP): Lieber Kollege Heiss, das Unterland ist sehr gut an Bozen angeschlossen. Für Pendler und Schüler gibt es in der Früh und am Abend in der Stunde sogar drei, vier Züge. Das einzige Problem, das wir schon seit Jahren haben, ist das Loch am Vormittag. Inzwischen gibt es nur einen Schnellzug, den man nach Auer nehmen kann. Allerdings muss man auch sagen, dass der Bedarf zwischen 10.00 Uhr und 12.00 Uhr nicht sonderlich groß ist. Ich fahre jetzt auch öfters mit dem Zug und merke, dass die Züge zu dieser Zeit ziemlich leer sind. Ich habe diesbezüglich auch nicht viele Klagen gehört, aber wenn jemand, der nicht oft mit dem Zug fährt und das nicht weiß, dann kann es passieren, dass er am Bahnhof steht und nicht nach Bozen kommt. In dieser Zeit gibt es aber Busverbindungen, damit man eventuell nach Bozen kommt. Vielleicht kann eine Lösung gefunden werden, in diesen zwei Stunden zumindest an Werktagen einen Zug einzuführen. Danke!

MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Vermögen und Mobilität - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst Folgendes zitieren: *"In den vergangenen Jahren ist man diesem Ziel durchaus näher gekommen."* Ich bedanke mich für diese anerkennenden Worte, die auf ein Thema eingehen, das bei uns sehr gut funktioniert. Selbstverständlich könnte man immer noch etwas Zusätzliches machen.

Darüber, den Stundentakt auf der Strecke Bozen – Trient, zumindest aber auf der Strecke Bozen – Salurn in den Vormittagsstunden an Werktagen zu garantieren, haben wir schon gesprochen. Man muss sagen, dass die Fahrplanlücke von Montag bis Freitag besteht, während es am Samstag und Sonntag anders ist. Zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr gibt es eine Vorgabe von RFI, um eventuelle Wartungsarbeiten auf der Strecke durchzuführen. Die autonome Provinz Bozen hat bereits mehrmals den Versuch gestartet, diese Lücke zu füllen, aber leider wurden alle diesbezüglichen Anfragen bis heute negativ bewertet. Nach Norden gibt es dasselbe Problem, wobei es dort circa 100 Minuten sind, in denen kein Zug fährt.

Zu Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages - den Stundentakt für dieselbe Strecke auch am Wochenende sicherzustellen – wurden auch bereits Überlegungen angestellt. Aus technischer Sicht wäre es möglich, an den Wochenenden zusätzliche Züge anzubieten. Diese könnten Auer, Neumarkt, Mezzocorona oder auch Trient anfahren, wobei eine Anfahrt von Salurn nicht möglich ist, weil Salurn eine Haltestelle und kein Bahnhof ist. Die Züge können also nicht in Salurn enden. Hier gibt es ein Problem bezüglich der Kosten. Wir haben Rechnungen angestellt. Wenn man einen Stundentakt einführen möchte, dann würde innerhalb eines Jahres eine gewisse Anzahl von Kilometern entstehen. Zwischen Bozen und Auer wären das zusätzlich 36.224 Kilometer, die Kosten von 400.000 Euro verursachen würden. Man rechnet durchschnittlich mit 11,06 Euro pro Kilometer. Für die Strecke Bozen – Trient würden sogar mehr als 100.000 Kilometer zusätzlich anfallen und wir hätten zusätzliche Kosten von circa 1.350.000 Euro.

Es wäre schon möglich, die Linie bis Trient oder Mezzocorona herzustellen, aber man müsste immer auch schauen, dass sie ausgelastet ist. Der Kollege Schiefer hat bereits gesagt, dass am Vormittag nicht viele den Zug benutzen. Außerdem gibt es die Alternative des Busses. Man muss sich also fragen, ob sich die Provinz Bozen diesbezüglich noch mehr leisten kann. Diese Frage muss ich mit Nein beantworten. Der Dienst insgesamt funktioniert sehr gut. Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten, aber einen Stunden- oder Halbstundentakt zu garantieren, ist meiner Ansicht nach nicht möglich, vor allem aufgrund der Folgekosten. Wir können dem Beschlussantrag also nicht zustimmen.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Landesrat, für die Auskunft. Ich glaube, dass Sie in vielerlei Hinsicht als anerkanntenswert bewertet haben. Auch aus Ihrer Sicht gibt es hier deutlichen Verbesserungsbedarf. Wir sehen natürlich auch den Aspekt der Kosten, der hier eine wichtige Rolle spielt. Deshalb ersuche ich Sie um Aushändigung der entsprechenden Unterlage, die Sie in den Händen halten, damit die Kollegin Foppa ein realistisches Bild der Situation erhält. Die Nachfrage hängt immer auch vom Angebot ab. In dem Moment, in dem es ein verstärktes Angebot gibt, gibt es auch mehr Nachfrage. Wir würden den Beschlussantrag aufrecht erhalten und bitten um ein gutes Ranking.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Abstimmung: mit 7 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 320/15 vom 13.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend die Süd-Tiroler Vertretung in der OSZE."**

Punto 12 all'ordine del giorno: **"Mozione n. 320/15 13/2/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante la rappresentanza altoatesina all'OSCE."**

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), welche am 1. August 1975 mit der Schlussakte von Helsinki aus der vormaligen KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit) entstand, ist eine der wichtigsten internationalen Staatenkonferenzen, welche sich die Friedenssicherung zur Aufgabe gemacht hat.

Die OSZE versteht sich als direkter Ansprechpartner für Probleme und versucht diese unter der Beteiligung und Mithilfe anderer Staaten zu lösen, um so die Entstehung größerer Konflikte zu vermeiden.

Für Süd-Tirol hat die OSZE besondere Bedeutung, da mit der Helsinki-Akte 1975 das Selbstbestimmungsrecht festgeschrieben und von den Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde. Darin heißt es wörtlich:

"Grenzen können in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen verändert werden. Kraft dieses Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen."

Italien ist der KSZE am 25. Juni 1973 beigetreten und hat am 1. August 1975 die Schlussakte von Helsinki, mit dem für Süd-Tirol so wichtigen Selbstbestimmungspassus unterzeichnet.

Neben den Vertretern der "Nationalstaaten" sind heute auch die Repräsentanten verschiedener Minderheiten in der OSZE. Slowenien entsendet beispielsweise Vertreter der italienischen Minderheit und die Slowakei Vertreter der ungarischen Minderheit zu den OSZE-Versammlungen.

Zur Wahrung und Durchsetzung der Rechte von Minderheiten wurde 1992 sogar ein eigener Kommissar für Minderheiten bestellt.

Süd-Tirol ist in der OSZE bisher leider noch nicht eigenständig vertreten.

Der Südtiroler Landtag hat daher bereits am 7. Juni 2011 mit großer Mehrheit beschlossen, eine Süd-Tiroler Vertretung in der OSZE anzusuchen. Bis heute ist dies jedoch noch nicht geschehen.

Im Hinblick auf die geopolitischen Veränderungen wäre es von größter Bedeutung, in der OSZE die Interessen Süd-Tirols zu vertreten.

Da die Minderheitenvertreter in der OSZE bisher nur von den jeweiligen Staaten ernannt werden, ist es notwendig, diesen Vertretungswunsch für Süd-Tirol bei der italienischen Regierung einzufordern.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

*Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:*

Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Minderheitenvertretung Süd-Tirols in der OSZE aus und fordert die Landesregierung auf, die italienische Regierung um eine solche Vertretung in der OSZE zu ersuchen.

L'OSCE (Organizzazione per la sicurezza e la cooperazione in Europa), nata il 1° agosto 1975 con l'atto finale di Helsinki dalla precedente CSCE (Conferenza sulla sicurezza e la cooperazione in Europa), è una delle più importanti conferenze fra Stati, e il suo fine è assicurare la pace.

L'OSCE si considera l'interlocutore diretto in caso di problemi e cerca risolverli con la partecipazione e l'aiuto di altri Stati per evitare che nascano conflitti ancora più gravi.

Per l'Alto Adige l'OSCE ha un'importanza particolare, perché con l'atto di Helsinki del 1975 il diritto all'autodeterminazione è stato sancito e sottoscritto da tutti gli Stati membri. Al riguardo l'atto recita:

"[Gli Stati partecipanti] considerano che le loro frontiere possono essere mutate, in conformità al diritto internazionale, con mezzi pacifici e mediante accordo. [...] In virtù del principio dell'eguaglianza dei diritti e dell'autodeterminazione dei popoli, tutti i popoli hanno sempre il diritto, in piena libertà, di

stabilire quando e come desiderano il loro regime politico interno ed esterno, senza ingerenza esterna, e di perseguire come desiderano il loro sviluppo politico, economico, sociale e culturale."

Il 25 giugno 1973 l'Italia ha aderito alla CSCE e il 1° agosto 1975 ha firmato l'atto finale di Helsinki, comprendente il succitato passaggio sull'autodeterminazione, così importante per l'Alto Adige.

Oggi oltre ai rappresentanti degli "Stati nazionali" fanno parte dell'OSCE anche i rappresentanti di diverse minoranze. Per esempio la Slovenia fa partecipare alle riunioni dell'OSCE rappresentanti della minoranza italiana e la Slovacchia fa lo stesso con la minoranza ungherese.

Per tutelare e far valere i diritti delle minoranze nel 1992 è persino stato nominato un commissario per le minoranze nazionali.

L'Alto Adige non ha ancora una propria rappresentanza presso l'OSCE.

Per questo motivo il 7 giugno 2011 il Consiglio provinciale ha deliberato a larga maggioranza di chiedere una rappresentanza altoatesina all'OSCE, che però non è ancora istituita.

In considerazione dello scenario geopolitico in mutamento sarebbe estremamente importante avere un proprio rappresentante in quella sede.

Siccome all'OSCE i rappresentanti delle minoranze sono nominati unicamente dai rispettivi Paesi, è necessario sottoporre al Governo italiano questo desiderio di rappresentanza.

Per questo motivo i sottoscritti consiglieri invitano

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
a deliberare quanto segue:

Il Consiglio provinciale si dichiara favorevole all'istituzione di una rappresentanza all'OSCE dell'Alto Adige in quanto minoranza e invita la Giunta provinciale a chiedere al Governo di provvedere in tal senso.

Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), welche am 1. August 1975 mit der Schlussakte von Helsinki aus der vormaligen KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit) entstand, ist eine der wichtigsten internationalen Staatenkonferenzen, welche sich die Friedenssicherung zur Aufgabe gemacht hat.

Die OSZE versteht sich als direkter Ansprechpartner für Probleme und versucht diese unter der Beteiligung und Mithilfe anderer Staaten zu lösen, um so die Entstehung größerer Konflikte zu vermeiden.

Für Süd-Tirol hat die OSZE besondere Bedeutung, da mit der Helsinki-Akte 1975 das Selbstbestimmungsrecht festgeschrieben und von den Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde. Darin heißt es wörtlich:

"Grenzen können in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen verändert werden. Kraft dieses Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen."

Italien ist der KSZE am 25. Juni 1973 beigetreten und hat am 1. August 1975 die Schlussakte von Helsinki, mit dem für Süd-Tirol so wichtigen Selbstbestimmungspassus unterzeichnet.

Neben den Vertretern der "Nationalstaaten" sind heute auch die Repräsentanten verschiedener Minderheiten in der OSZE. Slowenien entsendet beispielsweise Vertreter der italienischen Minderheit und die Slowakei Vertreter der ungarischen Minderheit zu den OSZE-Versammlungen.

Zur Wahrung und Durchsetzung der Rechte von Minderheiten wurde 1992 sogar ein eigener Kommissar für Minderheiten bestellt.

Süd-Tirol ist in der OSZE bisher leider noch nicht eigenständig vertreten.

Der Südtiroler Landtag hat daher bereits am 7. Juni 2011 mit großer Mehrheit beschlossen, eine Süd-Tiroler Vertretung in der OSZE anzusuchen. Bis heute ist dies jedoch noch nicht geschehen.

Im Hinblick auf die geopolitischen Veränderungen wäre es von größter Bedeutung, in der OSZE die Interessen Südtirols zu vertreten.

Da die Minderheitenvertreter in der OSZE bisher nur von den jeweiligen Staaten ernannt werden, ist es notwendig, diesen Vertretungswunsch für Süd-Tirol bei der italienischen Regierung einzufordern.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Minderheitenvertretung Süd-Tirols in der OSZE aus und fordert die Landesregierung auf, die italienische Regierung um eine solche Vertretung in der OSZE zu ersuchen.

All jene Abgeordneten, die in der letzten Legislatur bereits hier waren, die wird jetzt das Gefühls eines Déjà-vu beschließen haben. Genau dieser Beschlussantrag, mehr oder weniger wortgleich wurde damals am 7. Juni 2011 vom Südtiroler Landtag beschlossen, damals mit großer Mehrheit. Ich erinnere mich, es fand damals eine große Diskussion hier im Landtag statt, wo man z. B. auch die Frage aufgeworfen hat, in wie weit das Modell Südtirol für andere Krisenregionen als Vorbild dienen könnte, wo man beispielsweise - das war damals glaube ich Landeshauptmann Durnwalder, das hat die Geschichte schon damals so gebracht, - darauf hingewiesen hat, dass man das Modell Südtirol vorstellen könnte, er möchte als Friedensmissionär in die Ukraine. Gerade für solche Initiativen ist es von Bedeutung, dass derartige Modelle nicht nur von Drittparteien vorgestellt, sondern dass dann effektiv Südtirol selbst sich dort drinnen vertreten kann und die eigenen Anliegen zur Sprache bringen kann, so wie das die Italiener in Slowenien und die Ungarn in der Slowakei machen. Der Südtiroler Landtag, wie gesagt, hat das damals mit großer Mehrheit beschlossen, das ist bis heute aber noch nicht umgesetzt worden. Ich habe daher eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in wie weit die jetzige Landesregierung sich noch an Beschlüsse verpflichtet fühlt, die in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurden bzw. welche bisher noch nicht umgesetzt wurden und habe zur Antwort bekommen, dass die neue Landesregierung rechtlich nicht verpflichtet ist, die Beschlüsse des letzten Landtages umzusetzen. Deswegen interpretiere ich es so, dass es hier einen neuen Auftrag braucht, die Materie an sich hat sich nicht geändert, es ist dieselbe Zielsetzung, d.h. dass Südtirol in der OSZE eine Minderheitenvertretung bekommen soll, so wie das eben die Italiener für Slowenien und die Ungarn für die Slowakei haben. Es ist damals dieser Beschlussantrag mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden und auch von der Mehrheit unterstützt worden. Nachdem die geopolitischen Entwicklungen in Europa gerade zeigen, wie bedeutsam es ist, dass diese Position Südtirols in der OSZE vertreten wird und diese Möglichkeit besteht und wir sie bisher leider noch nicht ausgenutzt haben, ersuche ich die anwesenden Damen und Herren, auch dieses Mal dem Beschlussantrag zuzustimmen, damit die neue Landesregierung das umsetzt, was der Landtag 2011 eigentlich schon mehrheitlich beschlossen hat.

STEGER (SVP): Ich würde um eine Änderung ersuchen. Könnten wir folgendermaßen den beschließenden Teil formulieren:

Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Minderheitenvertretung Südtirols in der OSZE aus. Die Landesregierung wird beauftragt – und da wäre jetzt die Änderung – das Präsidium des italienischen Parlaments zu ersuchen, in Südtiroler gewählte deutsche oder ladinischsprachige Parlamentarier als Vertretung der deutschen und ladinischen Minderheit in die Parlamentarische Versammlung der OSZE zu entsenden. Wenn Ihnen das gut ginge, ... es ist die Präzisierung wer das ...

PRÄSIDENT: Bitte Kollege Knoll, aber im Falle müsste man das schriftlich deponieren bzw. übersetzen oder ich müsste es noch einmal vorlesen, bevor es zu einer Abstimmung kommt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Grundsätzlich ist mir das natürlich bewusst, die Frage ist dann aber, wer macht das von den Parlamentariern. Hier wäre es mir schon wichtig, dass der Landtag ein Wort mitzureden hätte, dass beispielsweise der Landtag sagt, wen er als Vertretung der Parlamentarier in der OSZE haben möchte. Welcher Vertreter im Parlament, es gibt nicht nur SVP-Vertreter, es gibt auch andere, wer bestimmt das dann? Ich möchte nicht, dass das dann das Präsidium des Parlaments in Rom bestimmt. Deshalb möchte ich vorschlagen,

STEGER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): ... ist mir bewusst,auf Antrag des Südtiroler Landtages einen der deutsch- und ladinischsprachigen Parlamentarier in Rom ... das ist mir bewusst, aber ich möchte, dass man das so formuliert, wenn die Mehrheit diese Abänderung mitträgt, geht es für mich in Ordnung ... wir können es ausformulieren und setzen den Antrag einen Moment aus

PRÄSIDENT: Wir brauchen einen schriftlichen Abänderungsantrag. Wir setzen die Behandlung des Beschlussantrages inzwischen aus lassen den Änderungsantrag übersetzen. den

Wir kommen also zu Punkt 11 zurück. Ich erfahre soeben, dass dieser Tagesordnungspunkt zurückgezogen worden ist.

Punkt 13 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 324/15 vom 13.2.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend Gesicherte Finanzierung und ein genauer Zeitplan für die Renovierung des Konservatoriums."**

Punto 13) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 324/15 del 13/2/2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante i lavori di risanamento del Conservatorio, sono necessarie risorse definite e tempistica certa."**

Seit der Übernahme des Monteverdi-Konservatoriums in Bozen durch das Land Südtirol müsste dieses auch für dessen Instandhaltung sorgen. Aber in den letzten Jahren wurden die erforderlichen Wartungsarbeiten immer wieder aufgeschoben, weshalb der prekäre Zustand des Gebäudes, dessen Verputz abbröckelt, nun für alle Augen sichtbar ist. Daher ist eine Renovierung dringend erforderlich, die sich zu den geplanten Bauarbeiten gesellt, um die volle Funktionalität des Gebäudes, eines Schmuckstücks des Südtiroler Schulwesens, wiederherzustellen: eine neue Eingangshalle, neue Toiletten, die Deckenerhöhung im 3. Stock, die statische Abstützung des Konzertsaaldaches, die akustische Optimierung der Proberäume und der Abbau von Barrieren.

Aus diesen Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung*

zur Ausarbeitung eines Plans mit den Renovierungs- und Sanierungsarbeiten am Bozner Monteverdi-Konservatorium, der eine zügige Durchführung und die Finanzierungssicherheit gewährleistet.

Da quando il conservatorio Monteverdi di Bolzano è passato alla Provincia autonoma di Bolzano questa avrebbe dovuto curarne la manutenzione. Ma nel corso degli anni gli interventi necessari sono stati via via rimandati ed ora le precarie condizioni dell'edificio con l'intonaco che cade a pezzi sono visibili agli occhi di tutti. Sono quindi necessari interventi di ristrutturazione urgenti che si aggiungono agli interventi previsti per poter ripristinare la piena funzionalità della struttura, uno dei fiori all'occhiello della didattica altoatesina: il nuovo atrio, i nuovi bagni, il rialzo del terzo piano, il rafforzamento statico del tetto della sala concerti, l'ottimizzazione acustica delle sale prove e l'eliminazione delle barriere architettoniche.

Tutto ciò premesso e considerato,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna
la Giunta provinciale*

ad elaborare un piano degli interventi di ristrutturazione e risanamento del conservatorio Monteverdi di Bolzano in cui siano garantiti i tempi di esecuzione delle opere e la disponibilità certa delle risorse finanziarie per realizzarle.

Herr Abgeordneter Urzi, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): *Da quando il conservatorio Monteverdi di Bolzano è passato alla Provincia autonoma di Bolzano questa avrebbe dovuto curarne la manutenzione. Ma nel corso degli anni gli interventi necessari sono stati via via rimandati ed ora le precarie condizioni dell'edificio con l'intonaco che cade a pezzi sono visibili agli occhi di tutti. Sono quindi necessari interventi di ristrutturazione urgenti che si aggiungono agli interventi previsti per poter ripristinare la piena funzionalità della struttura, uno dei fiori all'occhiello della didattica altoatesina: il nuovo atrio, i nuovi bagni, il rialzo del terzo piano, il rafforzamento statico del tetto della sala concerti, l'ottimizzazione acustica delle sale prove e l'eliminazione delle barriere architettoniche.*

Tutto ciò premesso e considerato, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale ad elaborare un piano degli interventi di ristrutturazione e risanamento del conservatorio Monteverdi di

Bolzano in cui siano garantiti i tempi di esecuzione delle opere e la disponibilità certa delle risorse finanziarie per realizzarle."

Credo che ci sia poco altro da aggiungere, se non ricordare che sul tema c'è stata un'ampia attenzione da parte dell'opinione pubblica e degli addetti ai lavori che sono particolarmente gelosi della propria infrastruttura, il Conservatorio, quale luogo di educazione musicale importante ed è quindi una soluzione che possa garantire un soddisfacente recupero anche del decoro della struttura nel suo complesso, al di là della qualità della docenza che in esso viene svolto, avrebbe un grande significato proprio sul piano della percezione, da parte della comunità tutta, del ruolo che questa struttura ha nell'ambito della nostra società. Non voglio aggiungere altro auspicando che su questo tema ci possa essere la più ampia convergenza, perché è un tema che potrebbe toccare le sensibilità e le corde emozionali di tutti.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Wir haben hierzu auch eine Anfrage eingebracht, datiert vom 7. Jänner 2015 und wir haben die Antwort auch erhalten. Es wurde 2012 vom alten Landeshauptmann die Meldung verbreitet, die 17,1 Millionen Euro wird das Land in den kommenden Jahren für die Umbauarbeiten am Bozner Konservatorium ausgeben. Es freut uns, dass die Antwort, die uns Landesrat Tommasini gegeben hat, dass dieser Kostenvorschlag noch nicht überholt bzw. nachgebessert werden muss. Das einzige was mich derzeit stört ist die lange Zeit. Man hat lange nichts gehört, bis wir unsere Anfrage gestellt haben. Wenn man im Innenhof des Musikkonservatorium steht, hat man eher den Eindruck, man steht in einer Wohnanlage in Beirut, ohne Übertreibung. Hier fehlen wirklich ganze Ziegel in den Wänden. Putz ist abgebröckelt, aber nicht im Quadratzentimeterbereich sondern über ganze Quadratmeter fehlt der Putz. Hier ist auch ein Stück weit die öffentliche Sicherheit betroffen. Es sind auch die Elektroanlagen nicht mehr normgerecht. Man sieht in einigen Orten, dass es zu Kurzschlüssen, zu Kabelspürungen und dergleichen gekommen ist. Auch die öffentlichen Toiletten sind nicht in Top-Zustand. Zu bedenken ist auch, dass das Konservatorium einen wunderschönen Konzertsaal hat, der aber auch was Fluchtwege und dergleichen betrifft, nicht mehr optimal den Sicherheitsvorkehrungen entspricht. Deshalb habe ich mir erlaubt, zu diesem Beschlussantrag einen Abänderungsantrag einzureichen, und zwar neben dem sinnvollen Vorschlag vom Kollegen Urzi möchte ich den Satz ergänzen, dass man dieses Bauvorhaben bzw. diese Sanierungsarbeiten prioritär voranbringt.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Der Zustand ist treffend beschrieben worden, als privates Wohnhaus bekäme man keine Benützungsgenehmigung, ganz sicher nicht. Der Antrag ist absolut gerechtfertigt. Wir haben vorher auch schon über die Aufschnaiter Schule geredet, das ist zwar ein ganz anderer Fall, aber auch da haben wir über ein Gebäude und die Erhaltung einer Schule diskutiert. Für ein privates Wohngebäude in diesem Zustand bekäme man keine Benützungsgenehmigung. Deshalb ist dieser Antrag des künftigen Bozner Bürgermeister durchaus gerechtfertigt. Ich denke, dass man hier schon die eine oder andere Initiative unternommen hat. Die Problematik ist nicht ganz neu, hier wird noch einmal darauf gedrängt und es ist unterstützenswert und deshalb stimme ich dem zu.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Molto brevemente per dare il mio completo appoggio a questa mozione. Ovviamente voterò a favore della stessa.

STEGER (SVP): Da sind wir jetzt wieder in einer Situation, wo uns vorgeworfen wird, ... wir sind ja schon dabei, wir sind ja schon in der Durchführung, und eigentlich würde ich das ablehnen, wobei ich das Anliegen des Kollegen Urzi zu 100 Prozent teile, denn das Gebäude ist in einem Zustand der nicht tragbar ist. Ich sage nicht, es ist in Ausarbeitung, denn es gibt dazu bereits Beschlüsse und es gibt schon Berechnungen was es kosten wird. Die Landesregierung wird dann bestätigen, dass sie schon inmitten der Vorbereitung der Renovierungsarbeiten ist. Also volle Zustimmung zum Anliegen, aber als Partei, die die Regierung vertritt, sage ich wir haben das alles schon in Vorbereitung und müssen, weil dieser Antrag insofern nicht mehr aktuell ist, weil die Entscheidungen schon vorweggenommen sind, eigentlich ablehnen. Es wird an der Landesregierung sein, einen Vorschlag zu machen, wie sie mit diesem Beschlussantrag vorgehen will.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Tutti siamo coscienti del fatto che il Conservatorio di Bolzano sia una scuola di alta qualificazione della nostra provincia e che contemporaneamente sia stata fino adesso un po' la "Cenerentola" dal punto di vista degli investimenti strutturali. Ci sono bellissimi spazi con una grandissima potenzialità, ma purtroppo la scuola, come nel gennaio di quest'anno ha dichiarato il direttore

in diverse interviste, è in condizioni precarie. Mi risulta che fossero stati promessi circa 17 milioni di euro per la ristrutturazione della scuola, mi risulta però che fino adesso siano stati attivati solo 4 milioni di euro per i primi lavori.

Chiedo se c'è un programma cronologico di investimenti e di lavori, che cosa riguarda questo programma, se questo programma è completo o no. Siamo favorevoli a questa mozione e voteremo a favore.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Blaas hat einen Änderungsantrag eingebracht, der wie folgt lautet: "Der beschließende Teil wird mit nachfolgendem Satz ergänzt: "Die Renovierungs- und Sanierungsarbeiten am Bozner Monteverdi-Konservatorium werden als prioritär eingestuft."

"Nella parte dispositiva è aggiunto il seguente periodo: "Gli interventi di ristrutturazione e risanamento del conservatorio Monteverdi di Bolzano sono considerati prioritari."

Abgeordneter Urzì, nehmen Sie den Änderungsantrag an?

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): L'emendamento serve a garantire la considerazione della priorità di interventi. Siccome gli interventi devono svolgersi a scaglioni, chiederei di modificare ulteriormente l'emendamento, perché il primo lotto degli interventi di ristrutturazione e risanamento sono considerati prioritari perché è il primo impatto attraverso il quale si possa intervenire sulla struttura, ovviamente fermo restando l'impegno a proseguire per completare in una programmazione chiara e certa che è prevista nel resto della parte impegnativa. Approvo quindi l'emendamento con questa integrazione: "Il primo lotto degli interventi di ristrutturazione."

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich denke, dass das Gebäude des Konservatoriums sanierungsbedürftig ist, das hat ja schon die vorhergehenden Landesregierung festgestellt, ansonsten gäbe es dieses Programm nicht. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wenn es bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode festgestellt worden ist, umso mehr – es ist wieder Zeit vergangen – ist es auch heute der Fall. Es ist ein Programm erstellt worden, 17,1 Millionen, wie schon von verschiedener Seite gesagt worden, es sind vier Baulose die geplant sind, vier Eingriffseinheiten. Das auch deshalb, weil man das auf eine Art und Weise machen muss, dass auch weiterhin die Unterrichtstätigkeit aufrecht erhalten bleibt. Das könnte man nie in einem Mal bauen, sondern man muss versuchen, es schrittweise zu erledigen, um die Tätigkeit aufrecht erhalten zu können. Das erste Baulos betrifft vor allem die sanitären Anlagen, nach außen schaut der Putz natürlich schlimm aus, aber noch dringlicher sind intern die sanitären Einrichtungen und das erste Obergeschoss, die Sanierung und die Renovierung dieser Räumlichkeiten, es sind rund 4 Millionen für diesen ersten Eingriff geplant. Ich wäre mit dem Antrag selbst einverstanden, der entspricht dem was bereits gesagt worden ist. Das Novum würde durch den Änderungsantrag vom Kollegen Blaas entstehen. Ich würde allerdings bitten, zu präzisieren, denn dann halten wir das so ein, dass zunächst das erste Baulos prioritär eingestuft wird. Prioritär einstufen heißt wirklich im Bauprogramm nach vorne ziehen und es heißt das Geld rasch zur Verfügung stellen für die Ausführungsplanung und -ausschreibung. Der Vorschlag wäre es genau so mit dieser Korrektur anzunehmen, genau wie vom Kollegen Urzì vorgeschlagen, die Pflicht ein gesamtes Einsatzprogramm vorzulegen, auch mit den entsprechenden Finanzmitteln auszustatten und auch umzusetzen, wobei das erste Baulos prioritär einzustufen ist und dann schrittweise die weiteren zu erledigen sind. Das wäre der gesamte Antrag. Aus meiner Sicht kann dem zugestimmt werden, das ist genau das, worauf wir uns auch in der Landesregierung verständigt haben.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Ringrazio i colleghi che sono intervenuti, il collega Blaas per aver proposto un'importante riflessione sull'urgenza delle opere, ringrazio il presidente per aver chiarito che comunque per questo primo lotto deve essere evidenziata una priorità, fermo restando che esiste un piano complessivo delle opere di risanamento che deve essere completato dopo il primo intervento. In questo senso esprimo soddisfazione.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Abstimmung: mit 25 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

Wir kommen zurück zum Beschlussantrag Nr. 320/15. Ich verlese den Änderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Steger und Knoll: "Der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt: "Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Minderheitenvertretung Südtirols in der OSZE aus. Die Landesregierung wird beauftragt, das Präsidium des italienischen Parlaments zu ersuchen, auf Vorschlag des Südtiroler Landtages, in Südtirol gewählte deutsch- oder ladinischsprachige Parlamentarier als Vertretung der deutschen und ladinischen Minderheit in die Versammlungen der OSZE zu entsenden'."

"La parte dispositiva è così sostituita: 'Il Consiglio provinciale si dichiara favorevole all'istituzione di una rappresentanza all'OSCE delle minoranze dell'Alto Adige. Si incarica la Giunta provinciale di invitare la presidenza del Parlamento a inviare, su proposta del Consiglio provinciale, alle riunioni dell'OSCE parlamentari di lingua tedesca o ladina, eletti in Alto Adige, quali rappresentanti della minoranza tedesca e ladina'."

Abgeordneter Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Ringrazio il presidente per la lettura dell'emendamento, però chiedo che venga fornito anche in forma cartacea.

PRÄSIDENT: Das ist momentan nicht möglich. Dann müssen wir noch einmal aussetzen, weil es geheißen hat, dass es sich nur um kleine Änderungen handeln würde.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): *(interrompe)*

PRÄSIDENT: In Ordnung, dann setzten wir die Behandlung des Beschlussantrages nochmals aus und lassen den Änderungsantrag übersetzen.

Punkt 15 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 327/15 vom 16.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Bozner Verwaltungsgericht: Öffentliche Ausschreibung der Hälfte der Richterstellen.**"

Punto 15) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 327/15 del 16/2/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il Tar di Bolzano: pubblici concorsi per metà di/delle magistrati/e.**"

Seit geraumer Zeit steht die Forderung nach einer Autonomie im Raum, die sich nach Kriterien der Transparenz, der Gewaltenteilung und des Verdienstes richtet, anstatt sich auf rein politisch motivierte Ernennungen zu stützen. Auch die neue Landesregierung hat sich zu diesen Grundsätzen bekannt.

Die Bozner Verwaltungsrichterinnen und -richter werden allesamt politisch ernannt: 4 Richter werden von der Regierung (im Einvernehmen mit dem Landtag in Bezug auf die zwei deutschen Richter) und 4 Richter vom Landtag ernannt. Dies ist im Artikel 2 der entsprechenden Durchführungsbestimmung (Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 426 vom 6. April 1984) so festgelegt.

Die politische Ernennung der gesamten Bozner Verwaltungsrichterschaft stellt in der Rechtsordnung der italienischen Republik eine Ausnahme dar, da man in Italien über eine Stellenausschreibung zum Richter wird. Nicht einmal in der benachbarten Provinz Trient existiert sie in dieser Form, obgleich dort dieselbe Durchführungsbestimmung wie in Südtirol gilt. Artikel 1 des besagten Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 426 vom 6. April 1984 regelt nämlich die Ernennungen der Richterinnen und Richter zum Verwaltungsgericht mit Sitz in Trient. Diesem werden sechs Richter zugewiesen, aber nur zwei davon werden vom Trentiner Landtag namhaft gemacht, während die anderen vier Berufsrichter sind. Nach der Trientner Bestimmung besteht auch das rechtsprechende Kollegium aus 3 Richtern, von denen nur einer von der Politik ernannt wird. Die Befugnisse des Präsidenten können nur von einem Berufsrichter ausgeübt werden.

Außerdem scheint die Tatsache, dass in Südtirol hingegen alle acht Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts von der Politik ernannt werden, keinesfalls dem Autonomiestatut zu entsprechen.

Artikel 91 des Autonomiestatus lautet nämlich wie folgt:

"Die Mitglieder der im Artikel 90 dieses Statutes vorgesehenen Sektion für die Provinz Bozen müssen in gleicher Zahl den zwei stärksten Sprachgruppen angehören. Die Hälfte der Mitglieder der Sektion wird vom Südtiroler Landtag ernannt. Als Präsidenten der Sektion lösen sich für gleiche Zeiträume jeweils ein Richter italienischer Sprache und ein Richter deutscher Sprache, die dem Kollegium zugewiesen sind, ab. Der Präsident wird mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Präsidenten des Ministerrates aus den Berufsrichtern, die das Kollegium bilden, ernannt". Da der Präsident laut Statut aus dem Kreis der Berufsrichter zu ernennen ist, die das Kollegium bilden, ist es offensichtlich, dass es auch beim Bozner Verwaltungsgericht Berufsrichter geben muss,

also Richter, die nicht von der Politik ernannt wurden, ansonsten wäre diese Bestimmung des Statuts nicht anwendbar (und in der Tat wurde sie auch noch nie angewandt).

Angesichts des Klimas der Erneuerung, das diese Legislaturperiode kennzeichnet, bedarf es einer Trendwende im Zeichen der Transparenz, der Gewaltenteilung und des Vorrangs der Professionalität vor der rein politisch motivierten Ernennung.

Dabei kann auch von einer Änderung des Autonomiestatuts abgesehen werden. Es bedarf lediglich einer neuen Durchführungsbestimmung, die jene aus dem Jahre 1984 reformiert, wonach zumindest die andere Hälfte des Richterkollegiums des Bozner Verwaltungsgerichts, unbeschadet der im Statut festgelegten Ernennung der Hälfte der Richter durch den Landtag, über eine Ausschreibung besetzt wird, die mit derselben Durchführungsbestimmung zu regeln ist.

Aus diesen Gründen

fordert

der Südtiroler Landtag

die Vertreter Südtirols in der Sechserkommission auf,

das Verfahren zur Ernennung der Bozner Verwaltungsrichter an die demokratischen und universellen Grundsätze der Gewaltenteilung und Transparenz über eine Reform der entsprechenden Durchführungsbestimmung (Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 426 vom 6. April 1984) anzupassen und die Festlegung einzuführen, wonach die vier nicht vom Landtag bestimmten Richterinnen/Richter auf der Grundlage einer Ausschreibung in Südtirol ernannt werden, die mit derselben Durchführungsbestimmung zu regeln ist.

Da tempo si invoca un governo dell'Autonomia improntato ai criteri di trasparenza, separazione dei poteri e prevalenza della professionalità sulla nomina puramente politica. Anche la nuova Giunta provinciale ha dichiarato di volersi ispirare a questi principi.

I/Le giudici del Tar di Bolzano sono tutti/e di nomina politica: 4 da parte del Governo (con l'intesa con il Consiglio provinciale sui due di lingua tedesca) e 4 da parte del Consiglio provinciale. Ciò è stabilito dall'articolo 2 della relativa Norma di Attuazione (Decreto del Presidente della Repubblica 6 aprile 1984, n. 426).

La nomina politica della totalità dei/delle giudici del Tar di Bolzano è un'eccezione nell'intero ordinamento della Repubblica italiana – dove si diventa giudice con concorso – e non trova eguali neppure nella vicina Provincia di Trento, che pure con noi condivide la stessa Norma di Attuazione. Lo stesso Decreto del Presidente della Repubblica 6 aprile 1984, n. 426, infatti, all'articolo 1 regola le nomine per il Tribunale di Giustizia amministrativa con sede a Trento. A questo sono assegnati 6 magistrati, ma solo due di questi sono quelli designati dal Consiglio provinciale di Trento, mentre gli altri 4 sono magistrati di carriera. La norma per Trento stabilisce anche che il collegio giudicante sia composto di 3 magistrati e di questi solo uno sia scelto tra quelli di nomina politica. Le funzioni di presidente sono svolte in ogni caso da un magistrato di carriera.

Va aggiunto inoltre che il fatto che invece a Bolzano tutti/e gli/le otto magistrati/e del Tar siano di totale nomina politica non sembra neppure coerente con quanto previsto dallo stesso Statuto di Autonomia.

L'articolo 91 dello Statuto infatti così recita:

"I componenti della Sezione per la provincia di Bolzano di cui all'articolo 90 del presente Statuto devono appartenere in egual numero ai due maggiori gruppi linguistici. La metà dei componenti la sezione è nominata dal Consiglio provinciale di Bolzano. Si succedono quali Presidenti della sezione per uguale periodo di tempo un giudice di lingua italiana ed un giudice di lingua tedesca assegnati al collegio. Il Presidente è nominato tra i magistrati di carriera che compongono il collegio, con decreto del Presidente della Repubblica su proposta del Presidente del consiglio dei Ministri".

Poiché dunque lo Statuto prevede che "Il Presidente è nominato tra i magistrati di carriera che compongono il collegio", è evidente che debbano esistere anche nel Tar di Bolzano magistrati non di nomina politica ma di carriera, altrimenti questa previsione statutaria è inapplicabile (ed in effetti non si è mai potuta realizzare).

Nel clima di rinnovamento con cui si è aperta la presente legislatura, occorre dare un segnale di svolta nel senso della trasparenza, della separazione dei poteri e della prevalenza della professionalità sulla nomina puramente politica.

Lo si può fare anche a Statuto invariato, semplicemente con una nuova Norma di Attuazione che ri-formi quella del 1984, prevedendo che – fermo restando la previsione statutaria per cui la metà dei/delle magistrati/e viene nominata dal Consiglio provinciale – almeno l'altra metà dei/delle componenti del Tar di Bolzano siano scelti/e attraverso pubblico concorso, da disciplinare con la stessa Norma di Attuazione.

Tutto ciò considerato,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

i propri rappresentanti

nella Commissione dei Sei

ad adeguare la procedura di nomina dei giudici amministrativi del Tar di Bolzano ai principi democratici e universali di separazione dei poteri e di trasparenza attraverso una riforma della relativa Norma di Attuazione (Decreto del Presidente della Repubblica 6 aprile 1984, n. 426), prevedendo che i/le quattro magistrati/e non designati/e dal Consiglio provinciale siano nominati/e in base a concorso pubblico locale, da disciplinare con la stessa Norma di Attuazione.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Noi abbiamo già discusso all'inizio della legislatura una mozione simile. L'abbiamo riproposta perché sappiamo che dobbiamo prepararci a nominare un giudice del TAR di lingua italiana. Sappiamo che ci sono 28 domande, tutte certamente di persone adeguate al ruolo, ma la contraddizione sta a monte, cioè nel procedimento di nomina. Il nostro procedimento di nomina, come si sa, è una nomina al 100% politica, la metà dei giudici del TAR viene nominata dal Consiglio provinciale e l'altra metà viene nominata dal Governo italiano. Questa è un'eccezione in Italia e anche nella nostra regione, perché il Trentino che ha lo stesso Statuto di autonomia, lo stesso articolo che regola la nomina dei giudici del TAR sia di Bolzano che quelli regionali di Trento è diverso, nel senso che a Trento su sei magistrati solo due vengono nominati dal Consiglio provinciale e gli altri quattro sono magistrati di carriera. Di più, sono due commi dello stesso articolo, uno riguarda Trento e uno riguarda Bolzano, a Trento si stabilisce che su sei giudici del TAR due sono nominati dal Consiglio provinciale e quattro sono di carriera, e che il presidente è scelto dai magistrati di carriera. Si prevede che il consiglio giudicante sia composto da due magistrati di carriera e da uno di nomina politica. Voi direte che questo è Trento, Bolzano è diverso, però nello stesso Statuto di autonomia, nel nostro articolo che riguarda Bolzano, guarda caso si dice: *"I componenti della sezione per la provincia di Bolzano di cui all'art. 90 del presente Statuto, devono appartenere in egual numero ai due gruppi linguistici. La metà dei componenti della sezione è nominata dal Consiglio provinciale di Bolzano. Si succedono, quali presidenti della sezione, per uguale tempo un giudice di lingua italiana e un giudice di lingua tedesca. Il presidente è nominato tra i magistrati di carriera che compongono il collegio."* Cioè nell'art. 91 dello Statuto si prevede che anche per Bolzano il presidente del TAR sia nominato tra i magistrati di carriera che compongono il collegio. Oggi abbiamo scoperto che c'è una legge regionale che contrasta con lo Statuto di autonomia, per quanto riguarda la candidatura nel diritto elettorale passivo. Scopriamo anche che c'è una norma d'attuazione che contrasta, perché il fatto che quattro magistrati vengono eletti dal Consiglio provinciale di Bolzano è previsto dallo Statuto, ma che gli altri 4 vengano nominati politicamente dal Governo non è previsto dallo Statuto ma dalla norma di attuazione. C'è stata probabilmente una concessione, un regalo che abbiamo fatto al Governo, e contrasta con la previsione dello Statuto che dice che il presidente del TAR di Bolzano è nominato tra i magistrati di carriera. Ora, non essendo nessun magistrato del TAR di Bolzano di carriera, ma tutti nominati politicamente, non possiamo applicare questa norma dello Statuto. A mio parere la norma di attuazione contrasta con lo Statuto, oltre a contrastare, ovviamente, con una serie di principi, tipo la divisione dei poteri, il fatto che non è possibile che un organo che deve giudicare la correttezza degli atti amministrativi presi da organi politici sia totalmente, al 100% nominato dagli organi politici stessi, già a Trento che ha una nomina politica sono due su quattro, con tutto quello che ne consegue. Noi andremo tra poco a dover eleggere un magistrato del TAR di lingua italiana, non è ancora chiara quale sarà la procedura ma pare, almeno così mi ha spiegato il segretario generale, che il Consiglio provinciale dovrà deliberare con denominazione conforme alla proposta che viene dal gruppo dei consiglieri di lingua italiana. Se è così, i consiglieri di lingua italiana sono 5 su 35, nel gruppo di lingua italiana dovrebbe venir fuori un nome, quindi potrebbe essere indicato da tre consiglieri contro due, e questi tre esponenti politici di lingua italiana del Consiglio provinciale possono da soli, sostanzialmente, nominare un magistrato del TAR, perché il Consiglio provinciale, se questa è l'interpretazione,

sarebbe qui solo a ratificare la decisione presa a maggioranza fra i consiglieri del gruppo linguistico italiano. Io credo che tutto ciò sia grottesco. Il fatto che i consiglieri del gruppo linguistico italiano siano così pochi accentua il carattere grottesco di questa faccenda. Quindi io penso che questa situazione sia intollerabile, penso che la norma di attuazione sia stata concepita in modo sbagliato e che contrasti con lo Statuto di autonomia, cioè che impedisca l'attuazione di quella previsione dello Statuto di autonomia che dice che il presidente del TAR di Bolzano deve essere scelto tra uno dei magistrati di carriera. Poiché nel TAR di Bolzano non esiste neanche un magistrato di carriera, credo che lo Statuto prevedesse una formula tipo quella di Trento, cioè che una parte sia di carriera e una parte di nomina politica, e poi questa previsione dello Statuto sia stata contraddetta dalla norma di attuazione evidentemente trattata col Governo. Chiedo a questo Consiglio provinciale di esprimersi favorevolmente ad una modifica della norma di attuazione, direi ad un adeguamento della norma di attuazione alla previsione dello Statuto attraverso una modifica che renda possibile attuare quanto è previsto dallo Statuto, cioè che ci sia, tra i magistrati del TAR di Bolzano, una parte di magistrati di carriera, che secondo me devono essere quelli che attualmente nomina il Governo, i quali dovrebbero essere reclutati attraverso concorso.

Leggo la parte dispositiva della mozione: "*.... il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita i propri rappresentanti nella Commissione dei Sei*

ad adeguare la procedura di nomina dei giudici amministrativi del Tar di Bolzano ai principi democratici e universali di separazione dei poteri e di trasparenza attraverso una riforma della relativa Norma di Attuazione (Decreto del Presidente della Repubblica 6 aprile 1984, n. 426), prevedendo che i/le quattro magistrati/e non designati/e dal Consiglio provinciale siano nominati/e in base a concorso pubblico locale, da disciplinare con la stessa Norma di Attuazione." Cioè si prevede che invece che la nomina politica da parte del Governo italiano, i quattro non nominati dal Consiglio provinciale vengano nominati con un concorso pubblico locale da designare con norma di attuazione. Questa soluzione aiuterebbe la nostra maggiore indipendenza dal Governo di Roma e rafforzerebbe la nostra maggiore autonomia e maggiore sovranità, dato che sarebbe, invece che una nomina fatta dal Governo cioè dall'esecutivo, una nomina fatta attraverso un concorso pubblico locale, sul territorio.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Vielen Dank, Herr Präsident, das ist ein schwieriges Thema, weil im Prinzip der Ansatz richtig ist und das wäre der Normalfall. Es ist immer schwierig, wenn die Politik Richter ernennt. Wir haben auch beim Staatsrat nicht nur ein Mitsprache- sondern ein Ernennungsrecht. Es ist sehr schwierig, wenn die Mehrheit eines Landtages einen Richter ernennt, der dann darüber befinden muss, ob möglicherweise das Land selbst gegenüber einem Bürger sich richtig oder falsch verhalten hat oder einen Bürger in seine Rechte beschnitten hat oder was auch immer. Das Problem an der ganzen Sache ist – ich bin mit dem Inhalt des Antrages schon einverstanden, und es hat eine bestimmte Logik warum das so ist, das habe ich auch verstanden – weil dieses Verwaltungsgericht unter Umständen hoch politische Entscheidungen treffen kann, und ich meine jetzt hochpolitische Autonomieentscheidungen. Es geht bei diesen Verwaltungsgerichtsentscheidungen in der Regel um Einwände von Organisationen, Bürgern bzw. immer die gegen Verwaltungsentscheidungen auftreten. Das ist die eine Sache. Das andere ist, das Verwaltungsgericht könnte tatsächlich in ganz wichtigen wesentlichen Fragen der Autonomie und auch der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut die sprachgruppenbetreffenden, ganz wesentliche Punkte, entscheiden und trifft dann eine hochautonomiepolitische Entscheidung. Dann ist es nicht mehr nur ein einfaches Gericht, ein einfaches Verwaltungsgericht, so wie es sie in ganz Italien gibt, sondern ein Entscheidungsgremium, das natürlich Entscheidungen trifft, die im Sinne dieses Landes, dieser Provinz, der autonomen Provinz sein müssen. Deshalb verstehe ich die Logik, warum die Politik hier bzw. die Institution Landtag ein Ernennungsrecht hat. Das ist mir klar! So ungut es immer wieder ist, dass ein Landtag Richter ernennen muss, so richtig ist es im autonomiepolitischen Sinne. Wenn wir einen normalen Fall hätten, wenn wir unabhängig wären, dann wäre diese Thematik nicht gegeben, dann könnte man einen Richter nach ganz üblichen Modalitäten ernennen, auswählen, usw. Solange wir in der Situation sind, dass ein Verwaltungsgericht ganz wesentliche Entscheidungen in Fragen der Autonomie und auch der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut treffen kann, solange werden wir das auch akzeptieren müssen, und wir müssen fast froh darüber sein, so ungut es im Einzelfall sein mag.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Il collega Dello Sbarba pone una questione di strettissima attualità ma che ci insegue da molti anni e ci richiama da molti anni ad assumere degli interventi che possano ripristinare il percorso che conduce alla nomina di un giudice del TAR caratterizzato da una maggiore trasparenza e congruità nelle forme e nei modi rispetto alle esigenze di chiarezza del processo di formazione di questa decisione.

Ecco perché sosterrò la mozione, che è di strettissima attualità, cade in un momento in cui siamo richiamati tutti a riflettere su come negli ultimi anni la serie di nomine o elezioni sia avvenuta, da una parte con un procedimento protetto a livello nazionale, di governo, tanto che sappiamo qual è stato l'esito dell'ultimo procedimento di selezione, la "sorpresa non sorpresa" della nomina che il Governo ha voluto formalizzare, dall'altra parte c'è l'anomalia di fondo di un coinvolgimento della politica in senso diretto nell'elezione dei magistrati che dovranno vigilare, valutare e decidere sulle cause che avranno, paradossalmente questo Consiglio e comunque la Provincia di Bolzano, parte in causa. Questa è l'anomalia di fondo, il controllato che nomina il controllore. Questa è la sostanza del rilievo che riguarda la procedura che fra qualche giorno dovrà essere avviata in Consiglio a Bolzano.

Vorrei aggiungere una considerazione per lasciarla a verbale e che ci stimoli in una riflessione nei prossimi giorni, perché si parla di nomina, da parte del Consiglio provinciale, su una proposta dei consiglieri del gruppo linguistico italiano da comprendere esattamente cosa questo significhi, se l'indicazione da parte dei consiglieri all'unanimità di un nominativo, come accaduto nel passato, o di una proposta a maggioranza come ventilato dal collega Dello Sbarba, o come alternativa addirittura, come una rosa di proposte avanzate dai consiglieri del gruppo linguistico italiano. Questo sarà un tema che nella prima riunione che si svolgerà prossimamente, intendo seriamente affrontare.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Nachdem ich morgen nicht im Landtag anwesend sein kann, weil ich bei Staatspräsident Mattarella bin, aber doch gerne Stellung nehmen würde, möchte ich fragen, wenn alle einverstanden sind, ob ich nach der Stellungnahme vom Abg. Köllensperger das noch machen könnte, sonst wird jemand für mich antworten, aber ich würde es gerne selber tun.

Danke Kollege Köllensperger!

Ich bin selten so einer Meinung mit Kollegen Pöder wie diesmal. Es handelt sich nämlich im Artikel 91 doch um eine autonomiepolitische Errungenschaft. Ich bin doch manchmal erstaunt mit welcher Leichtfertigkeit man sagt, das könnte man auch anders machen, es wäre eleganter, heutzutage haben sich die Zeiten geändert und inzwischen vertraut man auch den staatlichen Wettbewerben, - das ist ja auch der Hintergrund - und es ist alles gut. Gut wenn es gut ist, aber Regeln braucht man immer dann wenn es nicht funktioniert, dann hat man was, was hilft. Aus meiner Sicht wäre es gefährlich ohne weiteres zu sagen, das brauchen wir so nicht, diese Nominierung durch den Landtag. Es ist bereits genannt worden, es braucht sie, weil dieses Verwaltungsgericht ein Verwaltungsgericht sui generis ist. Es ist ein ganz besonderes! Die autonome Sektion des regionalen Verwaltungsgerichtes hier in Bozen ist ein ganz besonderes, nämlich dieses Verwaltungsgericht hat politische Funktion in einer Reihe von Fällen, die sind im Autonomiestatut vorgesehen und deshalb gibt es auch, das ist der Grund, diese besondere Form von Nominierung. Wir wissen alle, Gewaltenteilung ist ein Prinzip seit Montesquieu, das wir alle kennen, aber in diesem Fall ist diese Nominierung vorgesehen und wir sind nicht dafür diese autonomiepolitische Errungenschaft, die eine Garantie für Südtirol darstellt, ohne weiteres über Bord zu werfen und wir können dem Antrag deshalb nicht zustimmen. Aber über allfällige Verbesserung beim Nominierungsprozedere, bei der Auswahl der Kandidaten, bei der Transparenz und bei den Zulassungsvoraussetzungen, darüber sollten wir diskutieren. Ich denke das ist der geeignete Ort, der Konvent, wo wir über viele Dinge diskutieren können. Für kommende Nominierungen wäre es ohnehin zu spät, die müssen wir nach dem vorgesehenen Verfahren vornehmen. Das Verwaltungsgericht selbst hat bei der Eröffnung des Gerichtsjahres darum gebeten, - und es ist die Gelegenheit, das hier zu übermitteln - möglichst schnell die Nominierung vorzunehmen, denn das Gericht hat viel Arbeit und es sind zwei Mitglieder des Richterkollegiums neu zu bestellen. Das Anliegen geht zum einen an den Landtag und zum anderen an die Regierung, damit dies rasch vorgenommen werden möge. Die nächste Nominierung dürfte nicht so schnell anfallen und bis dahin sollte man sich über das Nominierungsverfahren selbst, über die Auswahl und über die Zugangsvoraussetzungen durchaus Gedanken machen. Aber diese autonomiepolitische Errungenschaft sollte man nicht aus der Hand lassen!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ringrazio il presidente per la risposta, ma volevo farLe una domanda, se può rispondermi dopo, visto che domani non c'è. Qui non si tratta di rinunciare alla nostra nomina, ma di far rinunciare al Governo la sua nomina, perché nella parte deliberativa scrivo: *"...prevedendo che i quattro magistrati non designati dal Consiglio provinciale"*, quindi voglio che siano di carriera quelli nominati dal Governo. Quelli del Consiglio provinciale, come a Trento, li nominiamo noi. Questa è una precisazione, non so se Lei ha messo a fuoco questo punto.

Seconda domanda. L'articolo 91 che Lei ha davanti prevede che il presidente sia nominato fra i magistrati di carriera. Mi dice come si fa se non ce n'è neanche uno?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Auch das sollte im Konvent diskutiert werden, ob es die drei Richter, die vom Staat ernannt werden, ob es die politische Nominierung braucht. Sicher nicht. O.k., ich nehme das zur Kenntnis, es ist also nicht in Frage gestellt, dass der Landtag die Garantie hat, diese zu ernennen. Ob die Regierung dann ernennen muss, ob man einen eigenen Wettbewerb vorsieht, das ist ein Diskussionsthema. Auch das erst im Konvent, denn für die anstehende Nominierung wäre es zu spät. Es ist hingegen ein Trugschluss zu glauben, dass es durch dieses Verfahren nicht auch Berufsrichter sein könnten. Wir haben gerade ein Beispiel, Peter Miachaeler ist Berufsrichter, eindeutig, und ist zum Verwaltungsrichter nominiert worden. Peter Michaeler hat einen Richterwettbewerb gemacht, war Zivilrichter, usw. Also dieser Automatismus stimmt nicht, dass die Durchführungsbestimmung dem Autonomiestatut widerspräche. Nur muss man darauf achten, dass entsprechend das Personal dann nominiert wird. Und die Frage ist, ob dies immer gemacht worden ist. Das ist aber ein anderes Thema. Es gibt diesen Widerspruch nicht, das möchte ich an dieser Stelle festhalten. Man kann in diesem Verfahren auch Berufsrichter nominieren, die die Richterkarriere gemacht haben. Noch einmal also die Stellungnahme, die ich vorhin abgegeben habe, mit der Präzisierung, ja das stimmt, dass wenn der Beschlussantrag in diese Richtung geht, dass man sagt, es geht um die staatliche Quote dann trotzdem aber die Ablehner, die sagen, das machen wir beim Konvent, um dann auch das ganze Thema aufzustellen, wie es auch mit der Nominierung ausschaut und dort noch einmal zu prüfen, ob es notwendig ist, ob es richtig ist, in Bezug auf die staatlich nominierten, die künftig nicht nominiert werden. Ich habe das jetzt so verstanden. Trotzdem würden wir den Antrag jetzt ablehnen und diese Diskussion allfällig dann im Konvent führen, den wir dann hoffentlich über das Gesetz verabschieden können und somit bald seine Arbeit beginnt.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Chiedo di fare la replica domani.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 18.06 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ACHAMMER (20, 26)

AMHOF (4)

ARTIOLI (32, 34)

ATZ TAMMERLE (12, 15, 38)

BLAAS (15, 24, 53)

DELLO SBARBA (5, 7, 16, 18, 53, 57, 59, 60)

HEISS (2, 6, 12, 22, 24, 35, 43, 47, 48)

HOCHGRUBER KUENZER (1, 37)

KNOLL (6, 15, 19, 23, 25, 34, 43, 50, 51)

KÖLLENSPERGER (17, 21, 53)

KOMPATSCHER (38, 45, 54, 59, 60)

LEITNER (3, 9, 17, 25, 37, 41, 45)

MAIR (23, 25, 38)

MUSSNER (48)

OBERHOFER (24)

PÖDER (18, 22, 37, 45, 53, 58)

RENZLER (44)

SCHIEFER (48)

STEGER (18, 23, 30, 42, 51, 53)

STOCKER S. (22, 27)

TINKHAUSER (44)

TOMMASINI (20, 33)

TSCHURTSCHENTHALER (24)

URZÌ (8, 19, 26, 36, 52, 54, 55, 58)

ZIMMERHOFER (2, 25, 29, 34, 39)